

Dokumentation

Europäische Konferenz „Gegen den Krieg – Gegen den sozialen Krieg!“ Berlin, 2./3. November 2024 Reden und Grußadressen

Verstärken wir unseren Kampf gegen den Krieg in Europa und den sozialen Krieg der Regierungen gegen das eigene Volk; gegen den Völkermord am palästinensischen Volk, gegen die Angriffe auf die demokratischen Freiheiten!

Gewerkschafter, politisch organisierte Kräfte unterschiedlicher Traditionen, aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Portugal, Belgien, Norwegen, Schweden, Polen, Serbien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien und Griechenland diskutierten gemeinsam, über den Krieg in der Ukraine und den Genozid-Krieg in Gaza, die sozialen Folgen der Kriegspolitik und die Angriffe auf die demokratischen Rechte und Freiheiten. 30 Redebeiträge haben über die Situation in den verschiedenen Ländern informiert und diskutiert, wie wir weiter handeln können. Im Ergebnisprotokoll heißt es:

Wir bekräftigen unsere Forderungen.
Wir sagen Nein zur Politik unserer Regierungen:

- Stoppt das Genozid an der palästinensischen Bevölkerung!
- Stoppt die Ausweitung des israelischen Zerstörungskriegs auf Libanon und Syrien!
- In Palästina wie in der Ukraine: Sofortiger Waffenstillstand!
- Stoppt die Waffenlieferungen!
- Nein zu jeder militärischen Intervention der NATO-Truppen in der Ukraine!
- Wir stehen an der Seite der jungen Ukrainer und Russen, die den Krieg nicht länger ertragen können.
- Wir verteidigen die demokratischen Grundrechte und Freiheiten: Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit.



Berlin, 3. Oktober 2024

2 Nov. 2024 European Conference

Against war, against social war

2. Nov. 2024 Europäische Konferenz

Gegen den Krieg, gegen den sozialen Krieg

2 nov. 2024 Conférence européenne

Contre la guerre, contre la guerre sociale

2 nov. 2024 Conferencia Europea

Contra la guerra, contra la guerra social

London, 3. Oktober 2024



Inhaltsverzeichnis

Bericht	3
Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Redebeiträgen	4
Einleitender Beitrag von Gotthard Krupp, Mitinitiator der Europäischen Konferenz	5
Redebeiträge - in der Reihenfolge der Vorträge auf der Konferenz	7
Grußadressen	35
Ergebnisprotokoll der Europäischen Konferenz vom 2./3. November in Berlin	36

Koordination des EVK in Deutschland

Folgende Mitglieder gehören der **deutschen Koordination Europäische Konferenz „Gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“** an (die Angaben in Klammern dienen lediglich der Information):

Gotthard Krupp (ver.di, Mitglied im Landesbezirksvorstand Berlin-Brandenburg; Arbeitskreis für unabhängige Arbeitnehmerpolitik)

Carla Boulboulé (Redaktion *Soziale Politik & Demokratie*)

Rainer Braun (International Peace Bureau (IPB, Internationales Friedensbüro)

Andrej Hunko (Mitglied des Deutschen Bundestages, Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW))

Harri Grünberg (Vorstand Trägerkreis *aufstehen*)

Andreas Grünwald (Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.)

Kathrin Otte (Koordinierungskreis „Was Tun?!“)

Marcus Staiger (Aktivist/Publizist)

Andreas Kutsche (Bündnis für Frieden, Brandenburg an der Havel; Betriebsrat; ver.di, Mitglied im Landesbezirksvorstand Berlin-Brandenburg; stellvertretender Landesvorsitzender BSW, Brandenburg)

Michael Altmann (Initiative „Gewerkschafter sagen Nein zum Krieg“, ver.di, Mitglied im Landesbezirksvorstand Hessen)

Britta Brandau (ver.di, Mitglied im Gewerkschaftsrat; Die Linke Hessen)

Impressum

Die Redaktion der Zeitschrift *Soziale Politik & Demokratie* hat die Verantwortung für die Herausgabe dieser Dokumentation in Zusammenarbeit mit der deutschen Koordination übernommen.

Kontakt und Bestellungen an

Gotthard Krupp (V.i.S.d.P.), Postfach 120 364, 10593 Berlin | Fax: 030 / 313 16 62

E-Mail: GotthardKrupp@t-online.de

Konto für Bestellungen der Broschüre und Spenden für die Veröffentlichung:

C. Boulboulé, Berliner Volksbank, IBAN: DE42 1009 0000 5629 4550 02, BIC: BEVODEBB,

Kennwort: „Konferenz November 2024“

Hinweis

Alle Angaben zu Organisationen und Funktionen der Personen, die mit ihren Beiträgen auf und für die Veranstaltung beigetragen haben, dienen lediglich der Information.

Dank

Besonderer Dank geht an die Übersetzerinnen und Übersetzer und an die Kolleginnen und Kollegen der Technik und der Organisation der Konferenz.

Berlin

2./3. November 2024

Europäische Konferenz „Gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“

Bericht

Über 80 Delegierte unterschiedlicher Traditionen, Gewerkschafter, politisch organisierte Kräfte, Aktivisten der Friedensbewegung aus Frankreich, Spanien, Portugal, Belgien, Norwegen, Schweden, Polen, Serbien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien, Griechenland und Deutschland diskutierten gemeinsam über den Krieg in der Ukraine, den Genozid-Krieg in Gaza, die sozialen Folgen der Kriegspolitik und die mit ihr verbundenen verschärften Angriffe auf die demokratischen Rechte und Freiheiten.

Es lagen Grußadressen aus weiteren europäischen Ländern und der USA vor. Durch die Konferenz führten Kathrin Otte vom Koordinierungskreis „Was Tun?!“ und Carla Boulboulé von der Redaktion der „Sozialen Politik & Demokratie“.

Grundlage der Diskussion waren der am 4. Mai 2024 auf dem Treffen des Europäischen Verbindungskomitees (EVK) in Paris verabschiedete Aufruf, der von mehreren Hundert Aktivisten aus 21 europäischen Ländern unterzeichnet wurde und die Einladung der deutschen Koordination.

Die Dringlichkeit und Aktualität der Konferenz, deren Ziel die Stärkung der Widerstandskräfte in jedem Land und ihre Vereinigung über die Grenzen hinweg ist, wird dadurch betont, dass unter Führung der US-Regierung, die NATO, EU und die Regierungen den Ukraine-Krieg eskalieren, Netanjahus Genozid-Krieg in Gaza weiterhin finanziell und militärisch unterstützen, sowie die Ausweitung des israelischen Zerstörungskriegs auf den Libanon, den Nahen Osten bis zum Iran.

In den 30 Redebeiträgen zeigte sich, dass trotz der Unterschiedlichkeit der Situation in den verschiedenen Ländern alle politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereiche in die Spirale der Kriegsvorbereitungen gerissen werden, bis

hin zur Demontage der demokratischen Grundrechte. Es wurden auch die Erfahrungen über die Schwierigkeiten und Probleme ausgetauscht, mit denen sich die Kollegen im Aufbau und der Organisierung der Widerstandsbewegungen konfrontiert sehen. Oft gegen die Proteste der Kollegen nimmt die Gewerkschaftsführung in vielen Ländern ihren Platz an der Seite der kriegstreibenden Regierung ein und steht für die Waffenlieferungen z.B. in die Ukraine oder auch an Israel. Aber auch die Tatsache, dass viele der Parteien, die sich auf die Arbeiterbewegung berufen, oder Parteien, wie die Grünen, die von Friedensbewegungen mit aufgebaut wurden, heute den Krieg Selenskyjs in der Ukraine wie den Kriegszug Netanjahus in Gaza verteidigen, erschwert den Kampf gegen den Krieg enorm.

Der Widerstand findet einerseits in Demonstrationen, in den Streiks und Aktionen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend einen Ausdruck, die mit Lohnsenkungen und Arbeitsplatzabbau, Verteuerungen, dem Zusammenbruch der öffentlichen Daseinsvorsorge die Kosten des Krieges bezahlen sollen. Andererseits hatten die Berichte über den Aufbau neuer Parteien als politische Kraft und ihren Kampf für die Mobilisierung gegen den Krieg einen wichtigen Platz auf der Konferenz: es sprachen Vertreter der Parteineugründung FOR (Frieden und Gerechtigkeit) in Norwegen, der „Radikalen Linken“ in Serbien und der „Solidarität in Schweden“, sowie Abgeordnete des Bündnisses Sahara Wagenknecht (BSW) deren historische Erfolge in den Europa- und Landtagswahlen in Deutschland Mut machen.

Es wurde beschlossen, um den Widerstand gegen die kriegstreibenden Regierungen zu stärken und zu vereinen, ein Bulletin des Europäischen Verbindungskomitees herauszugeben. Dafür wurde eine Redaktion gebildet, deren erste Aufgabe die Herausgabe einer Dokumentation der Beiträge der Konferenz sein wird. So kann der Erfahrungsaustausch, aber auch die bilaterale Unterstützung von Versammlungen und Aktionen intensiviert werden.



Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Redebeiträgen

An der Europäischen Konferenz nahmen Kolleginnen und Kollegen aus 13 europäischen Ländern teil.

Die folgende Liste enthält die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 12 Ländern, die während der Konferenz am 2. November gesprochen haben.

Hinweis: Die Angaben in Klammern dienen lediglich der Information.

Deutschland

- Carla Boulboulle (Redaktion *Soziale Politik und Demokratie*, ehem. MdL) - Begrüßung
- Gotthard Krupp (Koordination des Europäischen Verbindungskomitees (EVK), Mitglied im ver.di Landesbezirksvorstand Berlin-Brandenburg)
- Kathrin Otte (Koordination *Was Tun?!*, Mitglied der deutschen Koordination des EVK)
- Dr. Khaled Hamad (Vorsitzender der palästinensischen Gemeinde Deutschland)
- Josephine Thyrêt (Co-Vorsitzende des BSW Landesverbandes Berlin, Betriebsratsvorsitzende bei Vivantes)
- Andrej Hunko (Mitglied des Bundestages, BSW)
- Andreas Kutsche (ver.di, Betriebsrat, stellvertretender Vorsitzender des BSW-Landesverbandes Brandenburg)
- Britta Brandau (Mitglied im ver.di Gewerkschaftsrat)
- Harri Grünberg (Trägerkreis *aufstehen, Was Tun?!*)
- Heinz Deininger (Friedensrat Heilbronn)
- Jonas Winkler (Jugend gegen Krieg und Sozialabbau, Leipzig)
- Marcus Staiger (Aktivist/Publizist, Berlin)
- Jörn Rieken (IG Bauen-Agrar-Umwelt, IG BAU, Berlin)

Belgien

- Ludo de Brabander (Sprecher der Initiative Abrüstung für Entwicklung, VREDE)
- Bud Blumenthal (Comité Surveillance OTAN)

Frankreich

- Jérôme Legavre (Abgeordneter der LFI in der französischen Nationalversammlung, Aktivist der POI)
- Kevin Crépin (Gewerkschafter der CGT)
- Ambre (Studentin, Aktivistin der POI)

Griechenland

- Christos Marsellos (Delphi Initiative, Defend Democracy Press, Autor)

Kroatien

- Luka Šikić (Kroatischer Delegierter auf der Europäischen Konferenz)

Norwegen

- (Fred og Rettferdighet (FOR, Frieden und Gerechtigkeit))

Polen

- Agnieszka Wolk-Laniewska (Chefredakteurin der Wochenzeitung "NIE")

Portugal

- Sílvia Timóteo and Pedro Soares (Portugiesische Delegation auf der Europäischen Konferenz)

Rumänien

- Popescu Mugurel (Vorsitzender des Gewerkschaftsverbands Hermes, Bukarest)

Schweden

- Marcus Carlstedt (Gewerkschafter im Bildungsbereich)

Serbien

- Ratibor Trivunac (Serbisches Komitees gegen Krieg und Imperialismus)
- Milena Repajic (Vorsitzende der Radikalen Linken)

Spanischer Staat

- Jordi Salvador i Duch (Abgeordneter für Katalonien im spanischen Parlament)
- Laura Castel Fort (Esquerra Republicana de Catalunya (ERC), Republikanische Linke Kataloniens, Mitglied des spanischen Senats für Tarragon)

Die folgenden Reden und Grußadressen in dieser Dokumentation sind in der Reihenfolge, in der sie auf der Europäischen Konferenz vorgetragen wurden, veröffentlicht.

Reden und Grußadressen

Gotthard Krupp (EVK): Eröffnungsrede auf der Europäischen Konferenz am 2. November 2024

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
im Namen der deutschen Koordination des „Europäischen Verbindungskomitee gegen Krieg – gegen den sozialen Krieg“ (EVK) begrüße ich Euch herzlich in Berlin.

Vor mehr als einem Jahr, am 8. Juli 2023, haben wir es auf unserer Europäischen Konferenz, als unseren Auftrag definiert, die Widerstandskräfte gegen die kriegstreibende, sozialzerstörerische und antidemokratische Politik der Regierungen auf europäischer Ebene zu vereinen und so auch in jedem unserer Länder zu stärken.

Am 30. September haben wir mit diesem Ziel das „Europäische Verbindungskomitee gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“ konstituiert.

Heute, in einer Situation, in der wir neben dem Ukraine-Krieg in Nahost mit dem völkermörderischen Krieg von Netanjahu gegen das palästinensische Volk und seine Ausweitung auf den Libanon und darüber hinaus konfrontiert sind, zeigt sich, wie richtig die Entscheidung zur Gründung des EVK war.

Ich will an dieser Stelle nicht auf die gesamte Bilanz unserer Arbeit eingehen. Ich will hier nur auf die Konferenz in Oslo und die Balkankonferenz in Belgrad hinweisen, die im Vorfeld unserer heutigen Konferenz stattgefunden haben.

Der Ukraine-Krieg, in dem schon mehr als eine Million ukrainischer und russischer Soldaten getötet oder verwundet wurden, aber noch mehr der Genozid-Krieg, in dem über 42.000 Palästinenser, viele Frauen und Kinder, getötet, Dörfer und Städte verwüstet wurden, haben Millionen Menschen in Europa und weltweit zu Protesten und Demonstrationen mobilisiert.

Dieser Krieg gegen das palästinensische Volk trifft auch das Westjordanland, und mündet heute in einen Krieg gegen den Libanon. Unter US-Kommando bereiten sie den Krieg gegen Iran vor.

US-Präsident Biden, unterstützt Netanjahu weiterhin mit milliardenschweren Waffenlieferungen, während der deutsche Bundeskanzler Scholz gerade eine Verdoppelung der Rüstungsexporte nach Israel versprochen hat. Alle Regierungen in Europa tragen Verantwortung für den Genozid in Palästina.

Die ukrainische Offensive auf russischem Territorium wie bei Kursk, wie auch die von Biden geplante Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Deutschland mit der Reichweite bis tief nach Russland hinein, signalisieren, dass die US-Regierung, die Nato, die EU und alle europäischen Regierungen auf Eskalation setzen und zum großen Krieg gegen Russland rüsten.

In Palästina geht es um das Existenz- und Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. In der Ukraine geht es vor allem um Rohstoffe im Wert von ca. 10 Billionen US Dollar, für die gestorben wird.

Wir sind uns einig in unserem Kampf für die Forderungen:

- **Sofortiger Stopp des Massakers an der palästinensischen Bevölkerung!**
- **Stopp aller Waffenlieferungen in die Ukraine wie an Israel! Sofortiger Waffenstillstand in Palästina und**



der Ukraine!

- **Nein zu jeder militärischen Intervention der NATO-Truppen in der Ukraine!**

Und ich möchte hinzufügen:

- **Stopp der Kriegsverbrechen der Netanjahu-Regierung in Nahost, im Mittlerem Osten!**

Liebe Kollegen und Kolleginnen,
in allen europäischen Ländern erleben wir immer massivere Angriffe auf die demokratischen Freiheiten, um jeden Widerstand zu ersticken. Demonstrationen, Versammlungen, Studentencamps für die Verteidigung des palästinensischen Volkes werden verboten oder mit Polizeigewalt aufgelöst, das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Demokratie wird ausgehöhlt. Wer für den Frieden auf die Straße geht, wird als *rechts offen*, oder als *Putin-gesteuert* diffamiert, wer die Kriegsverbrechen Israels anklagt, wird als *Antisemit* verunglimpft.

Lasst mich eines hinzufügen. 80 % der Jugendlichen in Deutschland fürchten einen Krieg in Deutschland. Sie wollen nicht als Kanonenfutter an die Front. Sie haben Recht, wie auch die Hunderttausende Jugendliche aus der Ukraine und Russland, die vor dem Krieg fliehen. Ihnen gehört unsere ganze Solidarität!

Erlaubt mir am Beispiel aus Deutschland zu zeigen, wie die Regierung Scholz den Krieg vorbereitet:

Auf der militärischen Ebene:

- Die Schaffung eines neuen Nato-Hauptquartiers für die Ukraine in Wiesbaden
- Ein Nato-Führungszentrum in Rostock für den See-Krieg in der Ostsee wurde vor wenigen Tagen eingeweiht.
- Die schon genannte Stationierung von US-Mittelstrecken Waffen in Deutschland.

Auf der zivilen Ebene:

- Das Gesundheitswesen wird kriegstauglich umgestaltet. Durch die Ambulantisierung, d.h. durch Umwidmung vieler stationärer Krankenhäuser werden die Betten verlegbar wie ein Feldlazarett. Man rechnet mit 1000 verletzten Soldaten täglich.
- Wenige Kilometer von hier entsteht eines der größten und modernsten Bevölkerungsschutzzentren in Deutschland. Es kann 5.000 Menschen im Krisenfall autark versorgen – als Beispiel einer Krise wird u.a. der Ukraine-krieg genannt.
- Die Zivilklauseln, die Militärforschung an den Unis verboten werden gekippt, die Schulen als Rekrutierungsfeld für die Bundeswehr geöffnet.

Auf der ökonomischen Ebene:

- Der verstärkte Aufbau einer Rüstungsindustrie. Horrende Milliarden Investitionen werden von der zivilen Produktion in die Rüstungsproduktion umgeleitet. Entlassene Arbeiter aus der bankrotten Autoindustrie finden einen neuen Arbeitsplatz bei den Rüstungskonzernen.

Um die Kosten des Kriegs zu bezahlen, entfesselt die Re-

gierung den sozialen Krieg gegen das eigene das Volk.

Ich will nicht alle Beispiele wiederholen, die wir schon oft analysiert haben. Ob die Reallöhne, die Rente, die soziale Sicherheit, ob Krankenhäuser, Schulen oder Universitäten, der deutsche Sozialstaat, alle sozialen Errungenschaften der Völker werden demontiert.

Um es hier nur kurz zu nennen:

Deutschland, die stärkste Industriemacht in Europa leidet besonders unter dem brutalen Wirtschaftskrieg, den der US-Imperialismus gegen Europa führt.

Die Sanktionspolitik gegen Russland und das Abschneiden von den russischen Rohstoffen wie Gas haben die deutsche Wirtschaft schwer geschädigt. Die hohen Energiekosten führen zu einer Abwanderung der Industrie aus Deutschland.

VW will zum ersten Mal seit über 80 Jahren drei Werke schließen. 250.000 bis 300.000 Arbeitsplätze in der deutschen Metall- und Elektroindustrie sind bedroht.

Doch der Widerstand wächst. Deutschland erlebt die größten Streikwellen zur Verteidigung der Reallöhne, die Zahl der Streiktage allein im Bereich von ver.di haben sich vervierfacht. Die zahlreichen Betriebsstillegungen und der Abbau von Arbeitsplätzen werden – wie es sich jetzt bei VW ankündigt – neue Kämpfe provozieren.

Auf der Demonstration am 3. Oktober in Berlin demonstrierten viele Gewerkschafter, im Konflikt mit einer Gewerkschaftsführung, welche die Kriegspolitik der Regierung unterstützt und die jeden Zusammenhang des Krieges mit den Angriffen auf die sozialen Errungenschaften leugnet. Diese Erfahrungen gibt es sicher auch in anderen Ländern...

Ihr werdet berichten können.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Der Widerstand hat sich auch in den Wahlen ausgedrückt. Das BSW, die Partei um Sahra Wagenknecht, lehnt die Waffenlieferungen an die Ukraine und an Israel konsequent ab, und hat von Anfang an gegen die Kriegspolitik der Regierung mobilisiert.

Diese Partei ist im Bundestag die einzige politische Kraft, die dem Nein der gesellschaftlichen Mehrheit zu den Kriegen und dem Völkermord in Palästina eine Stimme gibt.

Während die Regierung Scholz von über 80 % der Bevölkerung abgelehnt wird, erreichte in den letzten drei Landtagswahlen das BSW historische Erfolge. Hinter diesen Entwicklungen steht das Nein breiter Schichten der Bevölke-

rung gegen den Krieg, gegen den sozialen Krieg.

In verschiedenen anderen Ländern gibt es ähnliche Entwicklungen. Die Kollegen und Kolleginnen werden uns sicher berichten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, heute sind wir, Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Portugal, Schweden, Norwegen, Polen, Griechenland, Serbien, Rumänien, Griechenland, Kroatien und Mazedonien, hier versammelt.

Wir alle sind gewerkschaftlich aktiv, unterschiedlich politisch organisiert, haben verschiedene Traditionen. In manchen Fragen sind wir sicher unterschiedlicher Meinungen.

Ich habe auch gelernt, dass in den einzelnen Ländern gleiche Bewegungen existieren, die Situationen aber auch sehr verschieden sind. So sind die Kollegen und Kolleginnen in Norwegen, wo keine der etablierten Parteien gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ist, dabei, eine neue Antikriegspartei aufzubauen.

Ähnliche Entwicklungen haben wir in Serbien und Schweden.

Aber die erste Bilanz des EVK zeigt, dass wir in gegenseitiger Respektierung unserer jeweiligen Erfahrungen und Meinungen Differenzen weiteren Diskussion überlassen können.

Der Friede zwischen den Völkern, dass ist das zentrale Anliegen der Arbeiterbewegung. Ohne vergleichen zu wollen, möchte ich an ein historisches, die Geschichte der Arbeiterbewegung prägendes Ereignis erinnern.

Vor 160 Jahren wurde die erste Arbeiterinternationale gegründet, unter maßgeblicher Beteiligung von Karl Marx und Friedrich Engels. Auf der internationalen Arbeiterversammlung in St. Martin's Hall vom 28. September 1864, also vor 160 Jahren, schrieben Vertreter der englischen Arbeiter in ihrer Adresse: „Lasst uns über die großen Fragen diskutieren, von denen der Friede der Nationen abhängt.“

Ich würde heute, ohne unsere Versammlung mit diesem historischen Ereignis zu vergleichen, sagen: Lasst uns heute dafür Handeln. **„Nicht erst wenn der Krieg 1.000 Soldaten pro Tag tötet, wenn die Freiheiten durch Zensur und Kriegerrecht unterdrückt werden, kann man den Krieg bekämpfen, sondern vorher, wenn man sich noch organisieren und demonstrieren kann. DIESES MAL MÜSSEN SIE VORHER GESTOPPT WERDEN!“**



Das BSW empfängt die europäischen Delegierten im Bundestag

Am 1. November, dem Vorabend der Europäischen Konferenz wurden die ausländischen Delegierten von den Bundestagsabgeordneten des BSW, Sevin Dagdelen und Andrej Hunko, im Bundestag empfangen.

Sie begründeten ausführlich das Nein des BSW „zum Krieg und sozialen Krieg“, sowie ihre Forderung nach Stopp der Waffenlieferungen, Waffenstillstand und Verhandlungen. Sie stellten den politischen Kampf der neu gegründete Partei BSW dar. Über die Mobilisierung des Widerstands, zum Beispiel durch die Organi-

sierung der Massendemonstration am 3. Oktober, konnten sie dem Willen der Mehrheit des Volkes eine Stimme geben. Das BSW war die einzige Partei, die im Bundestag Initiativen für den Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel und der Unterstützung des Massakers am palästinensischen Volk ergriffen hat.

Es schloss sich eine sehr offene Debatte an. Die Delegierten stellten Fragen zu den Erfahrungen des BSW und berichteten über die Situation in ihren Ländern.

Es wurde von allen begrüßt, dass dieser so wichtige Austausch stattfinden konnte, der am Abend bei einem Treffen in den Räumen des IPB (International Peace Bureau) sowie auf der folgenden Konferenz seine erste Fortsetzung fand.



Rede von Kathrin Otte

Mitglied der deutschen Koordination des EVK und des Koordinierungskreises „Was tun?!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte euch auch im Namen von Reiner Braun begrüßen, der für das International Peace Buro, IPB, zu den Einladern gehört und heute nicht hier sein kann. Zur Erinnerung: das IPB wurde 1891 von Bertha von Suttner und dem Sozialisten Jean Jaures gegründet. Heute ist es in 85 Ländern präsent und beinhaltet somit 440 Organisationen.

Reiner – ihr habt ihn zum Teil gestern schon erlebt – war ein Jahrzehnt lang Director und Executive Director von IPB. Bereits vor über 40 Jahren war er die ersten Jahre nach dem „Krefelder Appell“ gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Deutschland Anfang der 1980er Jahre intensiv mit dessen Umsetzung befasst und an der Gründung verschiedener berufsbezogener Friedensstrukturen wie „Sportler für den Frieden“, aber auch Naturwissenschaftler und Künstler beteiligt.

Vor einem Monat, am 3. Oktober, fand in Berlin die größte Demonstration der Friedensbewegung seit Jahren statt. Über 42.000 zogen in drei Zügen durch Berlin. Ein großer Auftakt für eine breit anwachsende Friedensbewegung und ein deutliches Zeichen an die Regierenden. Dank auch widerständiger Gewerkschafter/innen, widerständiger Sozialdemokrat/innen und der stützenden Mitwirkung vom Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW).

Reiner Braun mit der Gruppe „Nie wieder Krieg“ war wesentlicher Teil des politischen Konzepts, die Sorgen der Bevölkerung aufzugreifen und durch eine breit gestreute Redner/innenliste repräsentieren zu lassen. Sektierertum jedweder Art wurde eine Absage erteilt.

Damit wurde das Momentum getroffen. Die Friedensbewegung lebt und wird stärker und bei aller Diversität hat sie einen klaren Fokus – neben der Orientierung auf Diplomatie anstelle von Waffen – ausgehend von der Bedrohungslage

- Mittelstreckenwaffen: Erstschlags Waffen, Zentren, atomar, Hyperschall – Präventiv, konventionell und atomar einsetzbar, singular in Deutschland
- Angriff auf die Zentren Russlands bedeutet Atomkrieg
- Am 3.10. wurde der „Berliner Appell“ zur Massensunterschriftensammlung mit Ziel einer Volksbefragung

und Basis für weitere große Aktionen auch an dem Stationierungsort.

- Ziel: die US-Mittelstreckenwaffenstationierung bis 2026 politisch undurchführbar machen!

Was wir wollen: Kein Europa im Schutt und Asche, sondern Frieden und Abrüstung, d.h. neue Sicherheitsarchitektur in Europa auf der Basis der Konzeption der Gemeinsamen Sicherheit unter Einschluss von Russland.

Wir stehen inmitten einer drohenden Eskalationsgefahr hin zu einem großen atomar geführten Weltkrieg. Die 3 Hotspots (Ukraine, Westasien/„Nahost“ und Indo-Pazifik), die die Eskalationsdynamik zu einem alles verschlingenden Krieg akut verschärfen.

Die NATO, getrieben durch die USA, spitzt angesichts des fortschreitenden Hegemonieverlusts weiter zu: in Europa/Deutschland insbesondere durch die Stationierung von Langstreckenwaffen gegen Russland. Wir brauchen eure Hilfe aus ganz Europa, um diesen mörderischen Schachzug zu verhindern!

Dieser kriegsrische Block gegen die Selbständigkeit und Gleichberechtigung des Globalen Südens mit den US-Mittelstreckenwaffen bringen Europa an den Rand seiner Existenz – wir müssen alles tun, diesen Todeszug aufzuhalten!

Die gleichzeitige Mittel- und Langstreckenproduktion in EUROPA – Stichwort ELSA (European Long Strike Approach) muss gleichermaßen wie US-Waffenstationierung abgelehnt und verhindert werden.

Europa besser koordinieren, Strukturen bilden, die strategisch in dieselbe Richtung gehen, die eine aktive Beteiligung der Bevölkerung schaffen. Es gibt 2025 wichtige Daten, an denen wir gleichzeitig agieren und Gegendruck erzeugen können:

- 8. Mai – das bedeutet 80 Jahre Befreiung vom Faschismus
- NATO-Gipfel – 75 Jahre NATO – der Gegengipfel in Den Haag am 21.-22.06.
- 50 Jahre KSZE Helsinki Konferenz am 1. August
- weitere

Für ein Ende der Kriege in der Ukraine und Palästina/Libanon!

Bundesweite Friedensdemonstration

3. Oktober 2024
Berlin

Nein zu Krieg
und Hochrüstung!
Ja zu Frieden
und internationaler
Solidarität!

Es ist kurz vor 12 – Widerstand und
Protest jetzt – Es liegt an uns!

Kommt massenhaft!

Sternmarsch
Treffpunkte:
Invalidenpark
Willy Brandt Haus
Neptunbrunnen (Rotes Rathaus)
Auftakt: 12.30 Uhr
Demonstration: ab 13.00 Uhr

Abschlusskundgebung
Platz des 18. März
(Brandenburger Tor)
Ab 14.30 Uhr



Die Demonstration am 3. Oktober 2024 in Berlin fand ein beachtliches internationales Echo, dass sich in Botschaften aus ganz Europa und darüber hinaus ausdrückte, unter anderem in Grußadressen an das Europäische Verbindungskomitee „gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“ (EVK) aus Spanien, der Schweiz, Österreich, Serbien, Norwegen, Frankreich und Polen. In einem Video dankte der Mitorganisator der Demonstration, Reiner Braun, den Kolleginnen und Kollegen und betonte, nur gemeinsam sei der Krieg zu stoppen. Er lud in seiner Botschaft zur Berliner Konferenz am 2./3. November ein.

Rede von Jérôme Legavre

Abgeordneter der LFI in der französischen Nationalversammlung, Aktivist der POI



Es ist für mich sehr wichtig, an einem Treffen teilnehmen zu können, in der Delegationen aus mehreren europäischen Ländern in einer Situation zusammenkommen, die für die Arbeiter und für die Völker unseres Kontinents natürlich, aber eigentlich der ganzen Welt, höchst alarmierend und besorgniserregend ist.

Seit mehreren Monaten spitzt sich die Lage immer weiter zu. Wir sind Zeugen dessen, was man einen Marsch in den Krieg nennen muss. Das kapitalistische Ausbeutungssystem, dem die Luft ausgeht, ist dabei, die Menschheit zum Schlimmsten zu treiben. Vor unseren Augen findet die Barbarei derzeit in der Ukraine, in Gaza, im Westjordanland und im Libanon statt.

Für dieses System, das am Ende ist, reicht es nicht mehr aus, nur auszubeuten und zu plündern. Heute brauchen sie mehr, und deshalb beteiligen sich die Regierungen auf beiden Seiten – Putin in Russland, Selenskyj in der Ukraine und seine der NATO, den USA unterworfenen Unterstützer, Scholz in Deutschland, Starmer in Großbritannien, Macron in Frankreich – an der kriegszerstörerischen Eskalation. Es wurde vom Genossen Gotthard gesagt: 1 Million Opfer, junge Ukrainer, junge Russen, die aufs Schlachtfeld geschickt werden. Ein hoher amerikanischer Offizier hat das bereits im April 2022 als „Fleischwolf“ bezeichnet, 1 Million Opfer, Russen und Ukrainer. Doch das reicht den Schlächtern auf beiden Seiten nicht, der Krieg muss weitergehen.

Und währenddessen explodieren die Profite der russischen Oligarchie. Der französische Verteidigungsminister Sébastien Lecornu erklärte im Dezember letzten Jahres: „Man muss es anerkennen, der Krieg ist für die französische Industrie, die französische Rüstungsindustrie eine großartige Gelegenheit.“

Zur gleichen Zeit sind in Gaza bereits mehrere Zehntausende Palästinenser unter grausamen Bedingungen ums Leben gekommen. Eine ganze Bevölkerung leidet unter einer mörderischen Blockade; sie erleidet das, was man einen Völkermord nennen muss, der mit der Komplizenschaft all unserer Regierungen organisiert wird. Die deutsche Regierung unter Olaf Scholz hat beschlossen, die Waffenlieferungen an die völkermörderische Regierung Netanjahu auszuweiten, Starmer in Großbritannien liefert weiterhin Waffen, die Regierung unter Macron liefert weiterhin Waffen und die US-Regierung hat Waffen im Wert von zig Milliarden Dollar geliefert. Wir wissen, dass ohne diese Waffen und

militärische Ausrüstung der Völkermord nicht möglich wäre.

Ja, unsere Regierungen sind Komplizen und es sind unsere Regierungen, gegen die sich der Widerstand der Völker richtet.

Dieser Widerstand ist notwendiger und legitimer denn je. Die gleichen Regierungen, die den Marsch in den Krieg anheizen, kürzen zur gleichen Zeit alle Budgets. Derzeit diskutieren die Abgeordneten in Frankreich in der Nationalversammlung über den Haushalt.

Gegen die Bevölkerung meines Landes kürzt die Regierung – die illegitim ist, da sie sich aus den Parteien zusammensetzt, die bei den letzten Parlamentswahlen geschlagen

wurden – alle Sozialhaushalte: Krankenhaus-, Schul-, Sozialversicherungshaushalt. All das sollte gekürzt werden. Es gibt zwei Budgets, die nicht gekürzt werden: das der Armee und das der Polizei, weil die französische Regierung die Repression verstärken muss.

Alle, die seit mehreren Monaten insbesondere gegen den Völkermord in Palästina und den Krieg im Libanon kämpfen, werden systematisch eingeschüchtert, bedroht und Opfer von Repressionen.

Natürlich kann man nicht bei diesem Bild über die Situation stehen bleiben, überall

wollen die Völker leben. Die Völker wollen keinen Krieg. Trotz der Repressionen seit nunmehr einem Jahr, von denen ich gerade gesprochen habe. Es gibt in Frankreich, und das gilt überall, massive Demonstrationen gegen den Völkermord in Palästina, gegen die Komplizenschaft der Regierung, von Macron mit der Regierung von Netanjahu.

Und das hat einen großen Anteil am Ergebnis der letzten Parlamentswahlen.

Ich möchte mit einer Sache schließen. Die Priorität ist der Kampf gegen unsere Regierungen, gegen diese kriegsverursachenden Regierungen. Mehr denn je liegt es an uns, unseren Austausch fortzusetzen, die gegenwärtigen Diskussionen weiterzuführen, um alle Kräfte zu bündeln. Und es gibt viele, die sagen: Stoppt den Krieg, stoppt den Krieg in der Ukraine, stoppt das Massaker in Palästina, stoppt die Waffenlieferungen. Leisten wir Widerstand, schließen wir uns zusammen, versammeln wir uns gegen unsere Regierungen.

Dieser Kampf muss jetzt geführt werden. Er ist jetzt notwendig.

„Unsere Regierungen sind Komplizen und gegen unsere Regierungen richtet sich der Widerstand der Völker.“

Die Reden und Grußbotschaften sowie Berichte und schriftliche Beiträge von den Europäischen Konferenzen sind ebenso wie Infobriefe auf der Webseite des Europäischen Verbindungskomitees „Gegen den Krieg - gegen den sozialen Krieg“ (EVK) veröffentlicht:

gegendenkrieg-gegenensozialenkrieg.info

Die Zeitschrift Soziale Politik & Demokratie hat die Konferenzen und Aktivitäten des EVK in der Vergangenheit unterstützt und darüber berichtet. Sie wird auch in Zukunft mit Interviews, Artikeln und aktuellen Dokumenten die Arbeit des EVK begleiten. Auf der Webseite der Zeitschrift in der Kategorie „Nein zum Krieg:

sopode.info/



Rede von Jordi Salvador i Duch

Abgeordneter für Katalonien im spanischen Parlament

Genossinnen und Genossen,
es ist mir eine Ehre, auf diesem für die internationale Arbeiterklasse so wichtigen Treffen zu euch zu sprechen.

Heute möchte ich auf den Zusammenhang zwischen militärischen Kriegen, Wirtschaftskriegen oder globalen Ungleichheiten, Migration, Militärausgaben für diese Kriege und die Folgen für die sozialen Dienste eingehen. Dieser Zusammenhang ist von grundlegender Bedeutung für das Verständnis der Politik, die uns betrifft, und für die Entwicklung wirksamer Strategien für Widerstand und Wandel.

Ein deutliches und aktuelles Beispiel ist die Katastrophe in der Autonomen Gemeinschaft Valencia.

Das AEMET warnte Tage im Voraus vor dem Eintreffen eines „kalten Tropfens“. Am Tag der Tragödie gab es um 7:31 Uhr ein ROTES ALERT aus, um die Bevölkerung zu schützen und die Aktivitäten einzustellen.

Diese Warnung wurde jedoch erst um 20:00 Uhr von der autonomen Regierung weltweit bekannt gegeben.

Auch die Arbeitgeber handelten nicht; im Gegenteil, sie nutzten die Erklärungen der Regionalregierung, um nichts zu schließen und die Menschen zur Arbeit zu schicken. Unternehmen wie Ikea, Mercadona, Ford... 300 Menschen wurden in der Nacht in der Fabrik eingeschlossen und konnten nicht nach Hause zurückkehren, ebenso wie Transporteure und Arbeiter, die in ihren Autos eingeschlossen wurden.

Auch die Zentralregierung hat nicht rechtzeitig interveniert.

Das Ergebnis: mehr als 200 Tote, 1.900 Vermisste, massive Zerstörung von Wohnungen, Industrie und Infrastruktur.

Bei dieser Katastrophe handelt es sich nicht um Schicksal oder eine bloße Folge des Klimawandels, sondern um das Ergebnis krimineller Fahrlässigkeit. Die Behörden haben es versäumt, rechtzeitig zu handeln, und darüber hinaus wurden jahrelang ungeplante Bauvorhaben in überschwemmungsgefährdeten Gebieten genehmigt, ohne dass in eine vorbeugende Infrastruktur investiert wurde.

Gleichzeitig ist der Militärhaushalt in den letzten Jahren stetig gestiegen. Die Mittel sind vorhanden, aber sie werden für den Krieg und nicht für das Wohlergehen der Bevölkerung ausgegeben.

Dieser Fall veranschaulicht perfekt den direkten Zusammenhang zwischen Militärausgaben für Kriege, den Folgen für die sozialen Dienste und der Migration:

Heute leisten 100.000 Menschen Hilfe für die Bevölkerung und versorgen den Staat und die autonomen Gemeinschaften, die unsere Steuergelder nicht sinnvoll verwendet haben.

- Kriege und Armut führen zu Massenmigration.

- Unverhältnismäßige Militärausgaben verringern die Fähigkeit der Staaten, in öffentliche Dienstleistungen und Katastrophenschutz zu investieren. Die nationalen Haushalte werden von der NATO diktiert, wobei Investitionen in Rüstungsgüter Vorrang vor sozialen Bedürfnissen haben.

- Der Mangel an sozialen Investitionen verschlechtert die Lebensbedingungen der Bevölkerung, sowohl der Migranten als auch der Einheimischen.

- Globale und wirtschaftliche Ungleichheiten vertiefen sich, was einen Teufelskreis aus Konflikten und Migration anheizt.

- Die Haushaltsprioritäten müssen neu überdacht werden. Wir können nicht zulassen, dass weiterhin in Rüstung auf Kosten sozialer Bedürfnisse investiert wird.

- Beispiel: 9 Milliarden für IMV-Waffen.

- Ein anderes Beispiel: Wohnen. 900 Euro für eine Wohnung, Zimmer zu 700 Euro und ein SMI (Mindestlohn) von 1.100 Euro.

- Stärkung der Einheit der Arbeiterklasse und Ablehnung der Spaltung aufgrund von Herkunft, Ethnie oder Nationalität.

- Unterstützung der sofortigen Legalisierung von einer halben Million Menschen, von denen bekannt ist, dass sie in der Schattenwirtschaft tätig sind.

- Verteidigung der demokratischen Freiheiten. Es ist notwendig, sorgfältige internationale Medien zu schaffen. Wenn ich den hegemonialen Medien in meinem Land Glauben schenke, dann ist das Bündnis Sahara Wagenknecht die Partei des Teufels, die Partei des absolut Bösen. Antisemitisch, Putinistisch, populistisch, etc.

- Förderung der internationalen Solidarität und Zusammenarbeit, Aufbau von Unterstützungsnetzen mit Arbeiterbewegungen in anderen Ländern.

In den letzten Tagen haben wir erlebt, wie fünfzehn Länder der Europäischen Union, von der Regierung von Giorgia Meloni in Italien über Keir Starmer von der Labour-Partei in Großbritannien bis hin zur Passivität von Pedro Sanchez und Yolanda Diaz in Spanien, eine härtere Politik der Ausweisung von Einwanderern gefordert haben. Selbst der britische Labour-Chef Keir Starmer hat seine Absicht bekundet, von Meloni zu lernen, wie man mit der Einwanderung umgeht.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission hat Vorschläge zur Einrichtung von Konzentrationslagern für Migranten außerhalb der EU akzeptiert, d.h. Auslagerung des Asylverfahrens für unsere Kollegen und harte Unterdrückung.

Diese Situation ist nicht einfach eine Aktion der extremen Rechten; es ist eine Politik des Angriffs und der Spaltung der Arbeiterklasse. In Hasstiraden wird der Migrant als Ursache aller sozialen Übel dargestellt, um von den wahren Schuldigen abzulenken: große Spekulationsunternehmen, Geierfonds und neoliberale Politik.

Auch der Krieg ist ein guter Vorwand, um eine unsoziale Politik zu betreiben.

Genossinnen und Genossen, Einigkeit ist unsere größte Stärke. Wir müssen klar verstehen und erklären, wie militärische und wirtschaftliche Kriege, die von kapitalistischen Interessen angetrieben werden, Migration erzeugen und Ressourcen, die für unser Wohlergehen benötigt werden, umleiten.

Nur durch den gemeinsamen Kampf für demokratische und soziale Rechte können wir Widerstand leisten und diese ungerechte Politik umkehren.

Ich lade alle ein, sich aktiv an der Debatte zu beteiligen, um diese Vorschläge zu ergänzen und unseren gemeinsamen Kampf zu stärken.

Für die Einheit der Arbeiterklasse, für die Verteidigung unserer Rechte und für die Union der freien Völker!

Ich danke Euch sehr.

Rede von Dr. Khaled Hamad

Vorsitzender der palästinensischen Gemeinde Deutschland



Zuerst möchte ich mich bei euch für die Einladung bedanken. Für mich als Vertreter der Palästinensischen-Gemeinde-Deutschland ist es wichtig, an dieser Konferenz teilzunehmen, damit wir voneinander lernen und Erfahrungen darüber austauschen können, welche Kampfmethoden in verschiedenen Ländern und Situationen angemessen sind. Außerdem ist es uns ein Anliegen, euch für Ihre Solidarität mit den Palästinensern zu danken und unsere Vorschläge für weitere Unterstützung zu verbreiten.

Wir wissen alle, dass das kapitalistische zionistische Projekt viel älter als der 7. Oktober ist. Heute vor 107 Jahren war der Balfour Deklaration (Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land). Bereits 1929 sowie 1936 gab es starken palästinensischen Widerstand gegen das britische Mandat in Palästina. Denn der palästinensische Kampf begann schon vor der Ankunft der israelischen Siedler in Palästina. Erst Mitte bis Ende der vierziger Jahre des letzten Jahrhunderts wuchs auch der Widerstand gegen die Siedler, die sich ausbreiteten und in Palästina Massaker verübten, wie in Deir Yasin.

Die Teilung Palästinas und die Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 führten für die Palästinenser zur Nakba. 800.000 Menschen wurden vertrieben, und mehr als zwei Drittel Palästinas wurden von den Israelis eingenommen.

Seit Jahrzehnten kämpfen die Palästinenser für ihr Selbstbestimmungsrecht und das Rückkehrrecht, gemäß der UN-Resolution 194. Seit 1967 hält Israel den Rest von Palästina besetzt.

Nach dem Oslo-Abkommen wurden die Jahrzehnte genutzt, um mehr Land zu enteignen, Siedlungen zu bauen und die palästinensische Gesellschaftsstruktur zu zerstören. Denn die Zionisten planen ein „Groß-Israel“ ohne die Palästinenser und haben das sogenannte Nationalgesetz verabschiedet, dass Israel als jüdischen Nationalstaat definiert. Außerdem wurde ein palästinensischer Staat von der israelischen Knesset abgelehnt.

Jahrzehntelang galt die Solidarität mit Palästina als Maßstab für die Progressivität und links zu seinen. Verschiedenen Kräften, Parteien und Staaten. Viele Länder haben sogar versucht, eigene Gruppen zu bilden, um die Palästinenser zu unterstützen.

Nach dem 7. Oktober und dem israelischen Krieg gegen Gaza hat Israel versucht zu zeigen, dass sich dieser Krieg zur Befreiung der Geiseln dient und sich gegen eine islamistische Organisation und nicht gegen das palästinensische Volk richtet. Doch angesichts der Tausenden von Toten und Verletzten, der Zerstörung von Wohnhäusern, Krankenhäusern, UN-Institutionen, Schulen, Moscheen und Kirchen in Gaza, wurde weltweit klar, dass der Krieg andere Ziele verfolgt.

Internationale Gremien und die UNO sprechen schon lange von einem Genozid gegen die Palästinenser. Die israelischen Pläne im Westjordanland und innerhalb Palästinas haben gezeigt, dass Israel das Land ohne die Palästinenser besitzen möchte. Alle Versuche, den Krieg zu stoppen, sind von der rechtsgerichteten israelischen Regierung zunichte gemacht worden.

Wir haben auch die Bilder gesehen, die zeigen, wie israelische Besatzungstruppen palästinensische Gefangene in den israelischen Gefängnissen behandeln. Es werden mittelalterliche Foltermethoden angewendet. Die Gefangenen haben kaum Rechte, werden regelmäßig geschlagen und erhalten nicht genug Nahrung oder Wasser. 30 Gefangene sind bereits in diesem Jahr gestorben. Auch Berichte über Vergewaltigungen, selbst von Männern, wurden von der israelischen Regierung geduldet.

Die Menschen, die aus Gaza verschleppt wurden, sind unter noch schlechteren Bedingungen inhaftiert. Niemand weiß, wo sie sich befinden, und die Berichte über ihre Folter haben weltweit für Entsetzen gesorgt.

Ungefähr 20.000 palästinensische Gefangene befinden sich derzeit in Gefängnissen, und insgesamt wurden über die Jahrzehnte mehr als 850.000 Palästinenser verhaftet.

Die Europäische Allianz für Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen plant für Mai nächsten Jahres in Brüssel den 9. Kongress. Wir bitten um Teilnahme und Unterstützung.

Hier in Europa, insbesondere in Deutschland, haben wir als palästinensische Gemeinde seit dem 7. Oktober verstärkt Anfeindungen erlebt. Es gab kaum politische Parteien oder Organisationen, die bereit waren, mit uns zu sprechen. Die Behörden haben zahlreiche Demonstrationen verboten, und Parolen, Fahnen und Transparente wurden teilweise als volksverhetzend und somit strafbar eingestuft.

Mit der Zeit hat sich die Lage etwas entspannt, da deutlich wurde, dass der Krieg gegen Gaza sich nicht nur gegen eine bestimmte Organisation richtet, sondern das gesamte palästinensische Volk betrifft. Die Entwicklungen im Westjordanland haben dies weiter verdeutlicht. Die israelische Regierung hat kein Geheimnis daraus gemacht, dass ihre Ziele die Vertreibung der Palästinenser und der Bau neuer Siedlungen und nicht nur die Befreiung der Geiseln oder die Zerschlagung des Widerstands in Gaza umfassen.

Auf der anderen Seite haben wir in palästinensischen, arabischen und internationalen Gemeinden eine wachsende Teilnahme an Demonstrationen und Aktionen erlebt. Besonders viele junge Leute Frauen und Männer beteiligen sich an diesen Protesten. Die Lage und die Entwicklungen in Palästina haben viele Menschen dazu bewegt, sich gegen die israelische Invasion zu positionieren. Das Vorhaben, die Palästinenser entweder zu vertreiben oder ihren Widerstand zu brechen, ist gescheitert. Stattdessen wächst eine Generation heran, die sich stark mit Palästina verbunden fühlt. Wir versuchen diese Entwicklung zu fördern, indem wir die Jugendarbeit verstärken.

Außerdem hat die palästinensische Gemeinde versucht, Bündnisse sowohl auf kommunaler als auch auf bundesweiter Ebene zu schmieden. Wir stehen zwar noch am Anfang, doch die bisherigen Erfolge stärken diese Bestrebungen. Außerdem versuchen wir, die Bundesregierung zu überzeugen, palästinensische Kinder für eine medizinische Behandlung hier in Deutschland aufzunehmen.

„Das Vorhaben,
den Widerstand
der Palästinenser
zu brechen, ist
gescheitert.“

Liebe Freunde!

Wir brauchen eure Unterstützung bei diesen Forderungen:

- für ein Ende der Besatzung und illegalen Besiedlung
- sich für einen dauerhaften Waffenstillstand
- Einstellung aller Waffenlieferungen an Israel
- Zulassung der humanitären und medizinischen Hilfe
- Nicht nur für die Freilassung der israelischen Geiseln, sondern auch für die Freilassung der palästinensischen Gefangenen – insbesondere der Kinder –

- Anerkennung des Staats Palästina
- Ende der Missachtung der Beschlüsse des internationalen Gerichtshofs.

Wir sind sicher, dass unser gemeinsamer Kampf gegen Kriege und kapitalistische Interessen weltweit erfolgreich sein wird. Wir stehen für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, einschließlich des palästinensischen Volkes.

Freiheit für Palästina – Free, Free Palestine! Viva, Viva Palästina!



Rede von Josephine Thyrêt

Co-Vorsitzende des BSW Landesverbandes Berlin, Betriebsratsvorsitzende bei Vivantes

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich habe die Aufgabe, Euch im Namen des Landesverbandes des BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) in Berlin als Freunde zu begrüßen.

Wir haben uns schon gestern im Bundestag bei einer wunderbaren Veranstaltung gesehen.

Gestattet mir kurz ein paar Worte. Ich komme aus dem Gesundheitswesen und ich erlebe, wie meine 18.000 Kolleginnen und Kollegen hier (bei Vivantes) in Berlin, natürlich die große Angst vor der Kriegsertüchtigung, die noch zu den Problemen dazu kommt, die ohnehin schon vorherrschen.

Wir haben den Slogan: Wir sind gegen den Krieg – und gegen den sozialen Krieg. Der soziale Krieg zeigt bereits seine Auswirkungen. Ich erlebe bei meinen Kollegen und Kolleginnen im Betrieb ganz deutlich die Folgen der Inflation. Viele von ihnen können sich ein normales Leben nicht mehr leisten. Und nun stehen wir auch noch vor einer Krankenhausreform, die Auswirkungen annimmt, die von der Politik banalisiert werden, von denen ich aber weiß, dass bereits über 60 Kliniken geschlossen wurden. Und wir rechnen in den nächsten Jahren mit weiteren ca. 400 Schließun-

gen. Was passiert mit der zivilen Gesundheitsversorgung? Das ist ein Riesenproblem.

Ich freue mich, dass die Jugend hier anwesend ist und bin gespannt, was ihr erarbeitet. Ich kann sehr gut verstehen, dass die Jugend Angst hat vor dem Krieg. Ich bin ein Kind der ehemaligen DDR. Und als damals die Diskussion losging, dass Mittelstreckenraketen in Westdeutschland aufgestellt werden, und die Sowjetunion natürlich die entsprechende Antwort geben wollte, hatte ich Angst – und ich habe heute ein déjà vu, das sage ich ganz ehrlich.

Jetzt soll in Deutschland eine ominöse Wehrpflicht wieder eingeführt werden. Die Unternehmen werden angehalten, die Anzahl ihrer Reservisten an die Bundesregierung zu melden. Wenn das nicht die Vorbereitung auf einen Krieg ist...

Gestattet mir noch einen letzten Aspekt. Ich erfahre von vielen Parteien, in den Gewerkschaften und vielen Institutionen einen Akt der Heuchelei. Jeder bestätigt, natürlich sind wir für den Frieden – aber das Recht auf Selbstverteidigung – von wem auch immer – muss natürlich mit Waffen unterstützt werden.

Bei allem Respekt, ich sage Nein – und das sagen wir hier sicher alle, dafür sind wir da. Vielen Dank!

Treffen Jugendlicher auf der Konferenz (Kurzbericht)

Wir sind Jugendliche und Studierende aus verschiedenen Ländern in Europa und haben uns im Rahmen der Europäischen Konferenz am 2.11. getroffen. In unseren Ländern (Deutschland, Frankreich, Kroatien, Mazedonien, Serbien) erleben wir, wie unsere Regierungen Kriege und Genozid unterstützen, Krieg vorbereiten und dafür die soziale Zerstörung vorantreiben. Dagegen erhebt sich überall Widerstand.

Wir sagen NEIN zum Völkermord am palästinensischen Volk. In verschiedenen Ländern haben wir Widerstand in Protest-Camps und Demonstrationen organisiert. Unsere Solidarität gehört auch den vielen Jugendlichen in Israel, die trotz Kriegsrecht und harter Repressalien den Wehrdienst verweigern.

Wir sagen NEIN zum Krieg in der Ukraine, den schon mehr als eine Millionen Menschen in Russland und der Ukraine mit dem Tod und schweren Verletzungen bezahlen mussten. Unsere Solidarität gilt den tausenden Jugendlichen, die von der Front fliehen, weil sie nicht als Kanonenfutter sterben wollen. Sie haben Recht, wenn sie ihr Leben verteidigen, gegen die Ziele der Oligarchen.

Unsere Regierungen bereiten Krieg vor. Dafür steigern sie das Militärbudget in bisher ungekannte Höhen. Uns Jugend-

liche wollen sie durch die Wiedereinführung bzw. Ausweitung der Wehrpflicht zur Verfügungsmasse der Armee im Kriegsfall machen. Das trifft vor allem für die Ländern im Balkan zu, die durch ihre Nähe zu Russland unter besonderem Druck der NATO-Staaten stehen.

Die Regierungen schröpfen die öffentlichen Haushalte und greifen die Daseinsvorsorge in ihren Wurzeln an. Viele Familien verarmen. Das trifft besonders Jugendliche. Ihre Zukunft wird zerstört. Die Schulen sind marode, Lehrer fehlen und Unterrichtsstunden fallen aus. Auch an den Universitäten fehlen die Mittel. Auszubildende und Studierende leben in Armut. Sie finden keinen bezahlbaren Wohnraum. Studierende werden in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwungen.

Doch es gibt Widerstand! Zum Beispiel haben in Leipzig 1.500 Studierende in einer Vollversammlung für ein elternunabhängiges Studierendeneinkommen gestimmt. Gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht gibt es einen Vorschlag für eine gemeinsame Kampagne.

Überall erleben wir eine ähnliche Situation. Deshalb wollen wir im gegenseitigen Austausch bleiben und wenden uns an die Jugendlichen in anderen europäischen Ländern. Lasst uns gegenseitig über unsere Situation und Erfahrungen informieren.

Kontakt in Deutschland

Jonas Winkler, Jugend gegen Krieg und Sozialabbau (JgSK)
E-Mail: jonasf.lysander@gmail.com

Rede von Ludo De Brabander

Sprecher der Friedensorganisation Vrede (Frieden) und Publizist, Belgien



Nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober hagelte es empörte Reaktionen und Unterstützungsbekundungen aus der EU. Israel habe das Recht, sich zu verteidigen, hieß es. Aber wie kann sich eine Besatzungs- und Kolonialmacht, ein Apartheidstaat und Aggressor verteidigen? Mehr als ein Jahr danach möchte ich Euch einige schockierende Beobachtungen mitteilen.

In Gaza sind wir Zeugen eines Völkermords und groß angelegter Kriegsverbrechen durch eine rechtsextreme, faschistische Regierung, die offen eine Politik der ethnischen Säuberung und der Ausweitung der derzeitigen Grenzen Israels befürwortet. Mehr als 43.000 Menschen wurden getötet, Krankenhäuser und Schulen angegriffen, medizinisches Personal getötet oder entführt. Im Libanon wendet Israel dieselben Terrormethoden an, wobei die Zahl der Todesopfer bereits 3.000 erreicht hat und ganze Dörfer in die Luft gesprengt wurden. Besonders schockierend ist, dass dies offen und ohne Bestrafung geschieht. Die Täter selbst filmen ihre Verbrechen.

Eine weitere schockierende Tatsache ist die Mittäterschaft des Westens bei diesem medialisierten Völkermord. Seit Oktober letzten Jahres, als Israels brutale militärische Niederschlagung begann, haben die USA Israel Militärhilfe im Wert von 17,9 Milliarden US-Dollar bewilligt. Noch nie war die Militärhilfe der USA für Israel so hoch. Auch Deutschland leistet weiterhin Militärhilfe, obwohl Kriegsverbrechen von den Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen umfassend dokumentiert wurden. (Im Jahr 2023 erteilte Berlin Lizenzen für Waffen und militärische Ausrüstung im Wert von 326 Millionen Euro. Seit August hat Deutschland diese Unterstützung wieder aufgenommen und seitdem Hilfsgüter im Wert von fast 100 Millionen Euro geliefert.) Diese militärische Unterstützung wird von diplomatischer und wirtschaftlicher Unterstützung begleitet. Israel bleibt ein privilegierter Partner der EU. Es nimmt im Rahmen eines Assoziierungsabkommens an Forschungs- und Entwicklungsprogrammen teil und genießt Handelsvorteile. Gemäß dem 2005 vereinbarten Aktionsplan EU-Israel basieren die gemeinsamen Beziehungen auf „gemeinsamen Werten wie Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Grundfreiheiten“. Was für eine Heuchelei!

Ebenso schockierend ist die Weigerung, den sogenannten grundlosen Krieg in der Ukraine zu beenden. Die NATO hat diesen Krieg mit ihrer Entscheidung provoziert, der Ukraine die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der Militärallianz zu geben, obwohl sie wusste, dass dies für Russland inakzeptabel war, das unter anderem eine so lange direkte Grenze mit der NATO teilt und dass dies das Ende der langjährigen russischen Militärpräsenz auf der Krim bedeuten würde. Die Invasion der Ukraine durch Russland stellt zwar einen inakzeptablen Verstoß gegen die UN-Charta dar, doch dieser Krieg hätte vermieden werden können, wenn der Westen die russischen Sicherheitsvorstellungen berücksichtigt hätte. Moskau bekräftigte Anfang September 2024 seine Bereitschaft, auf der Grundlage der bei den Verhandlungen in Istanbul im Frühjahr 2022 erzielten Vereinbarungen an einem Tisch zu sitzen. Doch für die NATO geht es nicht um die Ukraine, sondern um die strategischen Interessen der NATO, Russland zu schwächen. Der Westen ermutigte die

Ukraine, den Krieg mit massiver militärischer Unterstützung und auf Kosten unzähliger Opfer und massiver Zerstörung fortzusetzen. Die Ukraine wird benutzt und aufgegeben, indem ihr durch massive westliche Militärunterstützung ein Zermübungskrieg aufgezwungen wird. Die Fortsetzung des Krieges geht eindeutig zu Lasten der Ukraine, die immer mehr von ihrem Territorium verliert und mit enormen menschlichen und wirtschaftlichen Kosten konfrontiert ist.

Die selektive Empörung über israelische und russische Aggressionen ist auffällig. Auf der Website des Europäischen Rates kann man nachlesen, dass die EU massive und beispiellose Sanktionen gegen Russland verhängt hat. Wir warten immer noch auf die erste Sanktion, die diesen Namen verdient und gegen Israel verhängt wird. Diese Doppelmoral untergräbt das internationale Rechtssystem, zumal Israel nun offen die UN-Institutionen selbst angreift.

Eine weitere Folge ist die Militarisierung der EU- und NATO-Mitgliedstaaten zum Nachteil der Diplomatie, der öffentlichen Dienste und des Umweltschutzes. Die NATO-Mitgliedstaaten machen bereits mehr als die Hälfte der weltweiten Militärausgaben aus, und wenn der aktuelle Trend anhält, wird dieser Anteil stark zunehmen. Laut NATO werden die Militärausgaben der europäischen Mitgliedstaaten und Kanadas in diesem Jahr um fast 20 Prozent

steigen. Dies ist ein gefährlicher Trend, der zu einem globalen Wettrüsten beiträgt.

Die Friedensbewegung trägt Verantwortung. Auch wenn das politische und mediale Klima nicht zu unseren Gunsten ist, sehen wir, wie Menschen auf die Straße gehen, um sich gegen Kriegspolitik und Doppelmoral zu wehren.

Zuallererst ist ein Waffenstillstand dringend erforderlich (in Gaza, im Libanon und anderswo) ... Ein Boykott Israels, Desinvestition und Sanktionen, beginnend mit einem vollständigen Militärembargo.

In Europa verstehen immer mehr Menschen, dass mehr Waffen und mehr Militarisierung keine Sicherheit schaffen, sondern Unsicherheit. Mehr denn je müssen wir uns an Gewerkschaften, die Umweltbewegung, Jugend- und Frauenorganisationen und den Rest der Zivilgesellschaft wenden, um das Blatt zu wenden. Militarisierung führt zu angespannten Beziehungen zwischen den Nationen und zu einem Mangel an Ressourcen, um drängende globale Herausforderungen anzugehen. Was wir brauchen, ist eine unteilbare gemeinsame Sicherheit zwischen Nationen und Menschen. Wir können nur sicher sein, wenn andere sich sicher fühlen.

Wir sollten unsere Kräfte gegen die Kriegspolitik vereinen und uns auf dem NATO-Gipfel Ende Juni 2025 in Den Haag mobilisieren. Wir müssen den wahnsinnigen und geldgierigen Militarismus stoppen! Wir müssen uns für das internationale Rechtssystem einsetzen und uns gegen diejenigen stellen, die es zerstören und nach den Gesetzen des Dschungels handeln wollen. Wir müssen die wahre, hegemoniale Natur der NATO aufzeigen. Ihr seid herzlich eingeladen, am 21. November, 18 Uhr MEZ, an einem vorbereitenden Webinar mit dem Titel „Das wahre Gesicht der NATO“ teilzunehmen.

**„Vereinen wir
unsere Kräfte
gegen die
Kriegspolitik“**



Rede von Peter Eisenstein

Fred og Rettferdighet (FOR, Frieden und Gerechtigkeit), Norwegen

Zunächst möchte ich denjenigen unter Euch, die unsere Parteivorsitzende Marielle Leerand erwartet haben, sagen, dass sie ihre solidarischen Grüße sendet und bedauert, dass sie heute nicht bei Euch sein kann. Und sowohl sie als auch ich entschuldigen uns dafür, dass wir keinen besseren Ersatz finden konnten.

Aber ich möchte mich für die Gelegenheit bedanken, über die Bedingungen in Norwegen zu sprechen.

Norwegen ist ein Land der Gegensätze.

Während jeder weiß, dass Norwegen eine wunderschöne Natur hat, gibt es eine deutliche Zunahme von Krankheiten, die auf langfristige Umweltzerstörung zurückzuführen sind. Der Boden und das Wasser, die sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Fischindustrie genutzt werden, sind so stark verschmutzt, dass sich dies nun in schweren Krankheiten bei denjenigen messen lässt, die früher gesunde Lebensmittel waren, wie Wildlachs und Forelle, ganz zu schweigen von Zuchtlachs.

Vor kurzem protestierten norwegische Gymnasiasten gegen Schulschließungen. Ihre Proteste stießen bei der Regierungskoalition, den Sozialdemokraten und der Zentrumsparterie, der früheren Bauernpartei, auf taube Ohren. Selbst die Bauernpartei ist jetzt an Bord, um das norwegische Land zu entvölkern.

Die Ausgaben für das Gesundheitswesen sind aufgrund der jüngsten Pandemie schwer einzuschätzen. Die Gesundheitsausgaben sanken von einem Höchststand von 10,5% des BIP vor der Pandemie im Jahr 2016 auf 8% im Jahr 2022, dem letzten Jahr, für das solche Aufzeichnungen verfügbar sind. Das ist eine Kürzung von mehr als 20%. Gleichzeitig haben Organisationen wie der Internationale Währungsfonds Norwegen aufgefordert, Reformen wie die Kürzung von Krankengeld und Invalidenrenten zu verabschieden. Die aktuellen Haushaltsanpassungen der Regierung zeigen, dass sie diese Vorschläge als Befehle auffasst.

Eine rosige Zukunft ist in Norwegen jedoch garantiert, wenn man in der sogenannten „Verteidigungsindustrie“ tätig ist. Für 2025 schlägt die Regierung vor, das Verteidigungsbudget um fast 20 Milliarden NOK auf 110 Milliarden zu erhöhen. Das ist eine Steigerung von mehr als 20%. Darüber hinaus schlug die norwegische Regierung am 8. Oktober vor, die Gesamtmittel für die Ukraine von 75 Milliarden Kronen auf 135 Milliarden zu erhöhen. Das ist eine Erhöhung um 80% und entspricht mehr als 12 Milliarden Dollar. Es sei darauf hingewiesen, dass es sich hierbei eher um ein Minimum als um eine Obergrenze für die Finanzierung handelt. Vor einer Woche, am 24. Oktober, berichtete die norwegische Finanzpresse, dass der Waffenhersteller The Kongsberg Group Rekordergebnisse erzielt habe. Die Zeitung erklärte weiter: „Die Kongsberg-Gruppe ist in diesem Jahr der klare Gewinner an der Börse, mit einem Anstieg von mehr als 140%.“ Sie fügte hinzu: „Der Krieg in der Ukraine hat die Nachfrage nach den Produkten der Kongsberg-Gruppe erhöht und der Auftragsbestand des Unternehmens liegt bei einem Rekordwert von 96,9 Milliarden NOK.“ Norwegens Wandel zu einer Nation des Krieges zeigt sich auch in dem Krieg, den es gegen seine eigene Um-

welt führt. Dieselbe Regierung hat kürzlich dem Sprengstoffhersteller Chemring Nobel eine Genehmigung erteilt, seine Stickstoffemissionen um 400% zu erhöhen. Die Schlagzeile des norwegischen öffentlich-rechtlichen Rundfunksenders NRK bringt es auf den Punkt: „Verteidigung geht vor Umwelt“.

Die Realität verdeutlicht diese Widersprüche:

- Es reicht nicht aus, eine der längsten Küsten der Welt zu haben, Norwegen muss sich auf die ökologische Katastrophe einlassen, die die Fischzucht darstellt.
- Es reicht nicht aus, nach Öl zu bohren, Norwegen muss sicherstellen, dass ein Großteil des Öls für die Kriegsmaschinerie verwendet wird.
- Es reicht nicht aus, dass Norwegen mehr als genug Geld hat, um seinen Bürgern ein Leben in Würde zu ermöglichen, es muss sicherstellen, dass so viel Geld wie möglich in Produkte fließt, die bei sachgemäßer Verwendung das Leben auf der Erde beenden werden.
- Es reicht nicht aus, dass fast die Hälfte der norwegischen Belegschaft gewerkschaftlich organisiert ist, die Regierung den Empfehlungen des IWF folgt, um die Organisationskraft ihrer eigenen Bürger zu schwächen.
- Es reicht nicht aus, dass Norwegen international als friedliche Nation gilt.

Es muss diesen Ruf nutzen, um die NATO zu stärken und der Zusammenarbeit mit dem Hegemon der Welt, den Vereinigten Staaten, ein freundliches Gesicht zu verleihen.

Während andere europäische Länder zweifellos einen ähnlichen Weg eingeschlagen haben, hat Norwegen nicht wegen seiner Bevölkerungszahl, sondern wegen der Größe seines Ölfonds. Es gibt einen wunderbaren englischen Ausdruck: „Money talks, bullshit walks“. Ich muss nicht darauf hinweisen, dass es sich hierbei um einen Ausdruck im amerikanischen Englisch handelt, nicht um das King's English. Der Ölfonds hat erhebliche Investitionen in israelische Unternehmen getätigt, was Norwegen zu einem Komplizen bei allem macht, was Israel tut. Und die Geschichte ist nicht viel anders für die Ukraine. Der jüngste Bericht des in Kalifornien ansässigen Oakland Institute, Krieg und Diebstahl: Die Übernahme des Agrarlandes der Ukraine zeigte, dass der norwegische Ölfonds auch einen nicht unerheblichen Teil des Landes in der Ukraine besitzt.

Auch in dieser Hinsicht ist Krieg für Norwegen ein Segen. Norwegen war vielleicht einmal ein Land des Friedens, aber heute macht es sich nicht einmal mehr die Mühe, die Farce aufrechtzuerhalten. Am 7. Oktober, dem Jahrestag des Angriffs auf Israel und des 76. Jahrestags der ethnischen Säuberung Palästinas entschied sich der König, eine Kippa zu tragen und die ultra-zionistische Synagoge in Oslo, die Mosaiske Trosamfunn, zu besuchen. Der König hat noch kein Wort über den Völkermord in Palästina verloren.

Norwegen war vielleicht einmal ein Land des Friedens, aber heute gibt es dort nicht einmal eine einzige politische Partei, die antizionistisch, antiimperialistisch und NATO-feindlich ist. Dies ist – so glaube ich – die wichtigste Entwicklung in Norwegen seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie ist wichtig, weil die beiden Parteien, die kürzlich ihre Plattform

**„Norwegen war
vielleicht einmal
ein Land des
Friedens...“**

geändert haben, um die NATO zu unterstützen, nun auch per Definition pro-zionistisch und pro-imperialistisch sind.

Wie jeder weiß, gibt es bei der NATO kein Menü à la carte. Das nächste Ziel des US-Imperialismus wurde bereits vom damaligen Präsidenten Barack Obama angekündigt, als er die „Hinwendung nach Asien“ proklamierte – eine nicht allzu versteckte Drohung gegen China. China verfügte zu dieser Zeit nicht über ein großes Militär, stellte aber dennoch eine große Bedrohung für die wirtschaftliche Hegemonie der USA dar. Im Zuge von Obamas „Hinwendung nach Asien“ wurde die NATO 2016 in diesen zukünftigen Konflikt hineingezogen. Laut der Website der NATO hat sie „sich zunehmend politisch mit ihren Partnern im indopazifischen Raum – Australien, Japan, der Republik Korea und Neuseeland – auf der Ebene der Außenminister zusammengetan, um die Verschiebung des globalen Kräfteverhältnisses und den Aufstieg Chinas zu erörtern“.

Noch wichtiger ist, dass China sich zwar verteidigen kann, andere, verwundbarere Völker auch Ziele der NATO-Aggression sind (oder von der NATO als „Übeltäter“ angesehen werden, die besiegt werden müssen). Eine solche Gruppe sind die Palästinenser.

Die NATO verfolgt zwar keine direkte Politik gegen Palästinenser, hat aber im Rahmen ihres „Mittelmeerdialogs“ eine Partnerschaft mit Israel geschlossen. Laut NATO ist der „Dialog“ ein „Partnerschaftsforum, das zur Sicherheit und Stabilität im Mittelmeerraum beitragen soll ...“. Israel ist ein festes Mitglied dieser „Partnerschaft“, zusammen mit anderen amerikanischen Vasallenstaaten wie Ägypten und Jordanien.

Die Welt von heute muss nicht daran erinnert werden, wie Israel „Sicherheit“ definiert. Das bedeutet, dass die beiden früheren norwegischen Anti-NATO-Parteien, ob sie es wollen oder nicht, ob sie sich dessen überhaupt bewusst sind oder nicht, jetzt die „Sicherheit“ Israels aufrechtzuerhalten. Sie mögen zwar behaupten, dass sie Palästina unterstützen, aber durch ihre Unterstützung der NATO helfen sie Israel, seinen Völkermord an den Palästinensern fortzusetzen.

Ich bin stellvertretender Vorsitzender der Stiftung FOR – fred og rettferdighet (FOR ist die Abkürzung für Frieden und Gerechtigkeit). Wir sind auf dem Weg, eine politische Partei zu werden, die aus der Frustration heraus entstanden ist, dass der größte Teil, wenn nicht sogar der gesamte Reichtum Norwegens in Kriegsinstrumente umgeleitet werden. Dies geschieht mit Unterstützung einer angeblich freien Bürgerschaft, die in Wirklichkeit durch ein Bildungssystem,

das kritisches Denken einschränkt, geistig gefangen gehalten wird, und einer Konzernpresse, die eine einfache, aber verdrehte Version der Realität präsentiert. Angesichts dessen sind wir bei FOR in den letzten zwei Jahren aktiv gewesen und haben an so vielen Fronten wie möglich so viel wie möglich getan. Unser Hauptziel ist es derzeit, die erforderlichen Unterschriften zu sammeln, um die Partei für die anstehenden nationalen Wahlen im Herbst 2025 anmelden zu können. Wir nehmen auch unsere Aufgabe ernst, die Öffentlichkeit über den Verrat ihrer sogenannten demokratisch gewählten Führer zu informieren.

Zusätzlich zu einem Treffen in Oslo mit „Gegen den Krieg – Gegen den sozialen Krieg“ im Juni dieses Jahres, an dem einige von Euch teilgenommen haben, gehören zu unseren weiteren Bildungsaktivitäten die Konferenzen 2022, 2023 und 2024 zu Julian Assange und Redefreiheit, an denen u. a. der britische Politiker Jeremy Corbyn, der mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete Journalist Chris Hedges und die Schauspielerin Liv Ullmann teilgenommen haben; eine Konferenz zum Thema „Medien im Schatten des Krieges“ mit Teilnehmern wie Dr. Mads Gilbert aus Gaza, Professor Jeffrey Sachs, SOAS-Professor Haim Bresheeth, Dr. Ghada Karmi, Dr. Deepa Govindarayan, der ehemalige britische Botschafter Craig Murray, US-Oberst Douglas MacGregor und unser Freund Professor Glenn Diesen; ein zweiteiliges Seminar mit Live-Online-Diskussionen mit Exilanten und politischen Gefangenen in Kiew, Ukraine; und zuletzt haben wir eine lebhafteste Konferenz „Frieden [Fred] ist ein Wort mit vier Buchstaben“ mit den ehemaligen irischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments Clare Daly und Mick Wallace sowie dem Rüstungsexperten und Autor Andrew Feinstein, beide in Oslo und Trondheim, organisiert.

Nächsten Monat organisieren wir gemeinsam mit der Friedensgruppe Lay Down Your Arms und dem diesjährigen „The Real Nobel Peace Prize“-Träger David Swanson, Direktor von World Beyond Arms, organisieren. Und bereits im Januar nächsten Jahres werden wir zusammen mit dem Institute for the Public Interest (IPI) eine internationale Konferenz in Oslo mit dem Titel „Stop the Wars“ organisieren.

Abschließend möchte ich Euch versichern, dass wir großen Wert auf die Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern, wie Euch, legen. Wir glauben, dass eine echte Zusammenarbeit zwischen den Völkern und Kulturen Europas ein Gegenmittel gegen die soziopathische Geisteskrankheit sein kann, die die aktuelle europäische politische Landschaft durchdringt. Danke!



Der Berliner Appell von 60 Persönlichkeiten wurde auf der Demonstration am 3. Oktober verlesen und hat bereits bis Ende November 17.000 Unterschriften erhalten. Der Wortlaut:

»Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der Gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen.

Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden. Dieser Aufgabe darf sich niemand entziehen.«

Der oben zitierte Berliner Appell gegen die Stationierung neuer atomar bestückbarer Mittelstreckenwaffen in Deutschland mit einer Reichweite bis tief nach Russland kann hier unterschrieben werden: nie-wieder-krieg.org/

Die neue *Zeitung gegen den Krieg* Sonderausgabe Winter 2024/2025 (siehe Abbildung und Link auf der gegenüberliegenden Seite) hat den Berliner Appell und die geplanten US-Mittelstreckenwaffen zum Schwerpunkt.

**Bündnis Sahra Wagenknecht, BSW,
Mitglied des Bundestages**

54% in Georgien haben deshalb diese Regierung gewählt,

Wir brauchen eine starke und breite Antikriegsbewegung, die die dramatische Bereitschaft zur Eskalation stoppt, etwa durch die Lieferung von Taurus-Raketen oder die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland.

**„Wenn Kriege durch Lügen
ausgelöst werden können,
kann Frieden durch Wahrheit
entstehen“**



No. 58 Winter 202

Sehnsucht nach Frieden nicht diskreditieren lassen NEIN zur Raketenstationierung

Keywords: *Self-esteem, self-esteem threat, self-esteem threat effects, self-esteem threat effects on self-esteem, self-esteem threat effects on self-esteem, self-esteem threat effects on self-esteem*

[illegible]

BERLINER APPELL
Gegen neue Mittelstreckenraketen
und für eine friedliche Welt:



Hier lesen und herunterladen: zeitung-gegen-den-krieg.de

Rede von Laura Castel Fort

Esquerra Republicana de Catalunya (ERC), Republikanische Linke Kataloniens, Mitglied des spanischen Senats für Tarragona



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,
wir stehen an der Schwelle eines Krieges, der alle EU-Mitgliedstaaten einbeziehen wird.

Es gibt alarmierende Signale, die von den Institutionen der Union ausgehen. Zum Beispiel wurde heute der Bericht des EU-Rechnungshofs über die strategische militärische Mobilität der EU veröffentlicht. Darin heißt es, dass die militärische Mobilität der EU angesichts des Angriffskrieges gegen die Ukraine immer dringlicher wird. Dem Rechnungshof der EU zufolge ist die militärische Mobilität eines der vorrangigen Elemente der EU und zielt darauf ab, die rasche Verlegung von militärischem Personal, Material und Gütern innerhalb und außerhalb der EU kurzfristig und in großem Umfang zu gewährleisten.

Achtung: innerhalb und außerhalb der EU, kurzfristig und in großem Umfang. Das heißt, innerhalb von Wochen oder Monaten.

Zum ersten Mal verfügt die EU über ein Budget für militärische Mobilität in Höhe von 1,69 Milliarden Euro für Infrastrukturen mit doppeltem Verwendungszweck, d. h. zivil und militärisch.

Aus rechtlicher Sicht fällt die territoriale Verteidigung in die Zuständigkeit der 27 Mitgliedstaaten, von denen 23 der NATO angehören. Nach dem EU-Vertrag erstreckt sich die Zuständigkeit der Union für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik jedoch auch auf die Sicherheit und die Festlegung der gemeinsamen Verteidigungspolitik, was zu einer gemeinsamen Verteidigung führen kann.

Die militärische Mobilität umfasst auch die Harmonisierung von Standards in allen Mitgliedstaaten und die Entwicklung von Infrastrukturen im Rahmen des dualen zivil-militärischen Ansatzes.

Der Mehrjahreshaushalt der EU für den Zeitraum 2021-2027 enthielt erstmals ein spezifisches Budget für zivil-militärische Verkehrsinfrastrukturprojekte mit doppeltem Verwendungszweck in Höhe von 1,69 Mrd. EUR, das in der Verordnung über die Fazilität „Connecting Europe“ vorgesehen ist. Darüber hinaus werden auch Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich der militärischen Mobilität finanziert.

Es gibt Details, die die Alarmglocken schrillen lassen. Laut den TCU-Prüfern ist beispielsweise die Verteidigung ein neuer Bereich, aber sie bereiten bereits einen zweiten Bericht vor, der im Winter veröffentlicht werden soll, um zu bewerten, ob der Plan eine vernetzte militärische Mobilität mit kürzeren Reaktionszeiten begünstigt.

Übersetzt bedeutet dies, dass wir es mit einer sehr kurzfristigen und massiven Truppenmobilität auf europäischem Boden zu tun haben und mit der Militarisierung der europäischen Politik und der Militarisierung der öffentlichen Ressourcen.

Dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass immense Ressourcen dafür aufgewendet werden, der militärischen Eskalation Vorrang einzuräumen und die EU auf eine Kriegswirtschaft mit unvorhersehbaren Folgen vorzubereiten.

Es ist unsere Pflicht als Menschen, gegen dieses militaristische Narrativ zu kämpfen, wir müssen unsere Aktionen aus allen Ländern koordinieren und unsere Stimmen in allen nationalen und internationalen Foren erheben, um diese völkermörderische Entwicklung zu stoppen, damit die Menschen davon wissen, informiert sind und auf den zivilisierten Weg der Konfliktlösung setzen, d.h. auf Diplomatie und Friedensgespräche.

Ich danke Euch vielmals.

Rede von Andreas Kutsche

**Betriebsrat, ver.di Berlin-Brandenburg,
Stellv. Landesvorsitzender des BSW Brandenburg a. d. Havel**



Liebe Friedensfreunde,
ich freue mich, dass ich ein Grußwort aus Brandenburg an Euch richten darf.

Ich bin seit Januar 2024 Mitglied der sehr jungen Partei BSW (Partei um Sahra Wagenknecht), stellvertretender Landesvorsitzender, Stadtverordneter und seit Oktober dieses Jahres Mitglied im Landtag von Brandenburg.

Das BSW ist hervorgegangen aus einem Bruch mit der Linkspartei, entscheidend war die Haltung zum Ukraine-Krieg. Die Linkspartei hat sich der Kriegspolitik der Bundesregierung unter Scholz unterworfen. Es ist sicher nicht übertrieben, wenn ich sage, dass das BSW heute die einzige politische Kraft in Deutschland ist, die im Parlament konsequent gegen diese kriegstreibende Politik ihre Stimme erheben und auch zu Massendemos mobilisiert hat. Wir fordern einen sofortigen Stopp der Waffenlieferungen, Waffenstillstand und Verhandlungen. Ebenso lehnen wir die Unterstüt-

zung der Waffenlieferungen durch die Regierung an das Regime Netanjahu ab, wodurch sich die Regierung zum Komplizen des Genozid-Kriegs gegen die Palästinenser macht – wir haben einen entsprechenden Antrag im Bundestag eingebracht

Wie wichtig diese Konferenz ist, zeigt, wie schwierig es aus parlamentarischer Sicht ist, die Dinge zu verändern. Es benötigt noch viel mehr außerparlamentarische Gegenwehr zu dieser Kriegshetze und Aufrüstung. Die Mehrheit der Bevölkerung in der BRD lehnt diesen Kriegskurs ab, dennoch verstärken die anderen Parteien noch die Waffenlieferungen, sowohl an Selenskyj wie an Israel. Dass das BSW der Mehrheit der Bevölkerung eine Stimme gibt, hat sich in den Wahlen und dem großartigen Wahlerfolg gezeigt.

Die Schlagzeilen zu den aktuell stattfindenden Koalitions-

gesprächen in Sachsen Thüringen und Brandenburg überschlagen sich. Für Brandenburg wurde aus der Sicht des BSW ein guter Kompromiss gefunden, der in Thüringen nicht möglich erscheint. Auch wenn die Stationierung von Mittelstrecken- und Hyperschallraketen nicht, wie es das BSW fordert, abgelehnt, sondern nur kritisch gesehen wird, ist es ein kleiner Erfolg, welcher im Sondierungspapier von Brandenburg zwischen der SPD und dem BSW niedergeschrieben steht. Was wiederum in der Presse und in Kreisen der SPD stark kritisiert wird.

Dennoch werden wir selbstverständlich weiter dafür kämpfen, dass die Demokratie, d.h. der Mehrheitswille des Volkes respektiert wird. Wir werden ein Pol im Widerstand gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen bleiben, wie auch gegen die Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche. Zum Beispiel dadurch, dass sie die Krankenhäuser, ich selbst bin Betriebsrat in einem Universitätsklinikum, „zur „Kriegstüchtigkeit“ umgestalten wollen.

Eine klare Aussage, und das möchte ich betonen, ist zu weiteren Waffenlieferungen zu finden, nämlich, dass diese den Krieg **nicht** beenden werden. Dass es diese Zeilen im Sondierungspapier gibt, ist wie gesagt schon ein großartiges Zeichen, dass das BSW den politischen Diskurs verschieben kann. Die Presse titulierte u.a. im Spiegel dazu: „Die SPD

kniet vor Wagenknecht – und unterwirft sich Putin“.

Ob die SPD in Brandenburg diesem Druck, der von der Regierung und CDU zusätzlich befeuert und von fast allen Medien aufgebaut wird, standhält, wird sich in den nächsten 4 Wochen der Koalitionsverhandlungen zeigen.

Persönlich finde ich den Kompromiss als ein noch zu großes Zugeständnis des BSW. Es gibt bisher keine Aussage dazu, dass der Ausbau des Bundeswehrstandortes in Holzdorf zum größten Luftwaffenstützpunkt im Osten Deutschlands hinterfragt wird. Dieser dient ebenfalls zur Kriegsvorbereitung gegen Russland. Allerdings müssen wir zunächst die Verhandlungen abwarten und dann das Ergebnis bewerten, ob ein Regierungseintritt tatsächlich Sinn macht und es eben kein weiter so in der Politik in Brandenburg gibt.

Insgesamt kann man aber konstatieren, dass aus parlamentarischer Sicht aktuell nicht mehr möglich zu sein scheint. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch über solche Aktivitäten wie heute diese Europakonferenz „Gegen den Krieg, gegen den sozialen Krieg“, Druck auf die Regierungen in Europa aufbauen und organisieren, indem wir dem Mehrheitswillen Ausdruck verleihen, eine Widerstandskraft mobilisieren.

Vielen Dank, dass ich hier heute diese Worte an Euch richten durfte.



Rede von Britta Brandau

Mitglied im ver.di Gewerkschaftsrat

Mein Name ist Britta Brandau, ich bin Gewerkschafterin und bei der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di aktiv. Wir haben uns als Gewerkschafter:innen in der Initiative „Nein zum Krieg! Nein zum sozialen Krieg!“ zusammengefunden. Wir positionieren uns in ver.di gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung, gegen Waffenlieferungen und Sanktionen. Die großen Demonstrationen am 25.11.2023 und am 03.10.2024 in Berlin haben wir unterstützt und auch in der Gewerkschaft dafür mobilisiert. Ein harter Kampf!

Die deutsche Bundesregierung hat die Zeitenwende ausgerufen, seitdem steigen die Rüstungsausgaben in alarmierenden Höhen. Bundesgesundheitsminister Lauterbach hat die Zeitenwende auch für das Gesundheitswesen ausgerufen. Dazu kündigte er ein Gesundheitssicherstellungsgesetz an.

Genaue Inhalte des Gesetzes sind noch nicht bekannt. Es geht darum, Krankenhäuser kriegstüchtig zu machen und in die offensive Militärstrategie einzubetten.

Beim derzeitigen Schließen von Kliniken, ist zu fragen, wer bestimmt, welche Krankenhäuser noch gebraucht werden? Neben Finanzinvestoren etwa auch die Bundeswehr, die NATO oder sogar die Rüstungsindustrie?

Das deutsche Krankenhauswesen steht am Abgrund. Die sogenannten Reformen der letzten Jahrzehnte haben die Kliniken für die Ausrichtung am profitorientierten Markt kaputtgespart.

Personalmangel bei Pflege und Therapeut:innen, Ärztenmangel, Bettenabbau, Krankenhausschließungen/-insolvenzen, ein Fallpauschalensystem, orientiert am Profit und immer noch nicht abgeschafft führen zu mangelhafter Grundversorgung der Bevölkerung vor allem auf dem Land.

Die Bundeswehr gibt bereits Szenarien vor, auf was sich die zivilen Kliniken einzustellen hätten. Zunächst sollen

Kapazitäten für rund 100.000 verwundete Soldaten bereitgestellt werden. Diese stünden zivilen Patient:innen nicht mehr zur Verfügung. Das Krankenhauspersonal würde zum erweiterten Personal der Bundeswehr. Das lehnen wir als Beschäftigte in zivilen Krankenhäusern entschieden ab!

Gesundheits-„Sicherstellung“ schließt auch die Einschränkung persönlicher und demokratischer Rechte ein. Das fängt bereits vor dem Krieg an und wird „Ernstfall“-Übungen einschließen. Mit der Orientierung auf ein kriegstüchtiges Gesundheitswesen endet jede Bemühung um die Sicherung der Daseinsvorsorge. Kriegstüchtigkeit ist das glatte Gegenteil von Daseinsvorsorge.

Für die gigantische Aufrüstung werden alle Haushaltsbereiche stark beschnitten und auf den Militärhaushalt umgeleitet. Gespart wird in Sozialem, Bildung, Kultur, Infrastruktur und Wohnungswesen. Der Gesundheitshaushalt wurde schon für dieses Jahr um ein Drittel (!) gekürzt.

Anfang August beschloss die Bundesregierung die Kürzung des Bürgergelds um 4,7 Milliarden Euro. Demgegenüber verdienen sich die Aktionäre der Rüstungsfirmen dumm und dämlich.

Der Ukrainekrieg und die NATO-Planung zur Stationierung atomwaffenfähiger Hyperschallraketen auf deutschem Boden lassen einen Atomkrieg denkbarer werden als noch vor Jahren.

Im Atomkrieg wird es keine medizinische Versorgung mehr geben, nicht für Soldaten, nicht für Zivilisten.

Wir sehen nur einen Weg zur Lösung der Konflikte dieser Welt: Verhandeln um den Frieden zu finden. Geht nicht? Das wird von den Aufrüstungs- und Kriegsszenario-Regierungen behauptet.

Wir lassen uns nicht einschüchtern! Es geht! Es gibt keine Sicherheit in Europa ohne Abrüstung und Frieden.

Wir Gewerkschafter:innen wollen keine kriegstüchtigen Krankenhäuser – statt Rüstungsmilliarden brauchen wir eine gute, eine funktionierende, nicht profitorientierte Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand.

Schriftlicher Beitrag für die Konferenz von Peter Feldmann

2012-2022 Oberbürgermeister von Frankfurt am Main, Major of Peace

Die meisten der inhaltlichen Punkte aus dem Aufruf "Wir sagen Nein zu Euren Kriegen! Ihr (die Regierungen) seid verantwortlich für die Massaker und Kriege" unterstützte ich.

Krieg dient immer als Legitimation für Aufrüstung, Militarisierung, Zensur und Repression nach innen und führt zu massiven Sozialkürzungen und Sozialabbau und gefährdet unmittelbar den Sozialstaat.

Dabei ist der Ukraine-Krieg im Kern ein Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der EU/Nato. Dieser wird von Deutschland vor allem vorangetrieben, um in einer entstehen multipolaren Weltordnung zu einem eigenständigen machtpolitischen Pol zu werden.

Der Krieg ist auch eine Reaktion auf die Erosionserscheinungen des Neoliberalismus, dessen Marktlogik mit dem Finanzcrash 2008 und der folgenden staatsfinanzierten Bankenrettung durch die Steuerzahler, sowie der Coronapandemie und weitreichenden Eingriffen zunehmend durch Rückgriff auf Staatsinterventionismus ins Absurde gezogen wurde. Allerdings führt diese Verunsicherung nicht zu einem Umdenken: Den Versuch, endlich unsere Welt sozialer und gerechter zu machen, Reichtum umzuverteilen und den globalen Süden nicht länger auszubeuten. Nein, umgekehrt versucht Deutschland wieder Weltmachtstatus zu erlangen. Damit verbunden ist an erster Stelle die eskalierte Konfrontation mit dem europäischen Nachbarn Russland.

Diesem Krieg – inmitten von Europa – geht eine lange Abkehr von friedenspolitischen Zielen und atomaren Wiederbewaffnung voran. Diese habe ich in meiner Amtszeit als Oberbürgermeister und "Mayor for Peace" immer kritisch begleitet und verurteilt.

1982 wurde auf Initiative des damaligen Bürgermeisters von Hiroshima die Organisation „Mayors for Peace“ gegründet, um grenzüberschreitend und auf kommunaler Ebene für eine Welt ohne Atomwaffen zu streiten. Viele deutsche Städte und Landkreise haben sich dieser Initiative angeschlossen. So auch Frankfurt.

In meiner Amtszeit als Oberbürgermeister konnte ich beobachten, wie weltweit das atomare Wettrüsten von Neuem begann:

In 2018 hat die Regierung unter Donald Trump ihre Nuklear-Doktrin („Nuclear Posture“) angepasst: Die nun eine Option einführt auch bei konventionellen Aggressionen "regional begrenzt" Atomwaffen einzusetzen.

Im Jahr 2019 sind sowohl Russland als auch die USA aus dem 1987 geschlossenen INF-Vertrag ausgestiegen, der den Vertragsparteien alle nuklear bestückbaren Mittelstreckenraketen verbietet.

Im Juni 2020 machte Russland seine neue Nukleardoktrin publik und behielt sich darin auch vor, auf einen konventionellen Angriff auf kritische politische oder militärische Infrastruktur mit einem nuklearen Erstschlag zu antworten.

Im März 2021 hatte Boris Johnson bekannt gegeben, dass London seine Atomwaffen erstmals seit Jahrzehnten wieder aufrüsten wolle. So sieht die neue außenpolitische Strategie der britischen Regierung vor, die Begrenzung der Anzahl Atomsprengköpfe von 225 auf bis zu 260 zu erhöhen – anstatt wie bisher geplant auf 180 zu reduzieren.

Macron sieht in Atomwaffen einen "strategischen Dialog über die Rolle der nuklearen Abschreckung für unsere gemeinsame Sicherheit in Europa".

In diese Logik fällt auch die Stationierung der Mittelstreckenraketen und Überschallraketen ab 2026 in Deutschland, die auf dem Nato-Gipfel in Washington beschlossen wurden, mit Zustimmung der Bundesregierung unter Olaf Scholz. Dieser hatte in seiner Studentenzeit noch gegen den

Nato-Doppelbeschluss und die Stationierung von Pershing-Raketen erfolgreich demonstriert.

Auch ich war damals schon in der Friedensbewegung aktiv und habe im Oktober 1983 mit mehr als einer Million Menschen an einer Demo gegen die Aufrüstung und Stationierung von Mittelstreckenraketen teilgenommen.

Damals wie heute gilt: Diese Stationierung könnte das ganze Land und seine Bevölkerung zur Zielscheibe einer atomaren Auseinandersetzung machen. 79 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist die Gefahr eines Atomkrieges, der dann auch von deutschem Boden aus geführt werden könnte, wieder eine akute Bedrohung geworden.

Deshalb ist eine europäische Friedens-Konferenz so wichtig. Auch vor dem Hintergrund eines zweiten Krieges, der im Nahen Osten stattfindet und ebenso die Tendenz hat sich zu einem dritten Weltkrieg ausweiten zu können.

Dabei wird gerade im Nahost-Konflikt eine "Entweder-Oder-Haltung" erwartet. Ist man für Israel, dann ist man zwangsläufig gegen Palästina sein und umgekehrt. Diese gesellschaftliche Polarisierung spaltet. Deutsche Jüdinnen und Juden sollen sich für die Netanjahu-Regierung, Palästinenser:innen für den Angriff der Hamas, Muslime für das, was in arabischen Staaten geschieht, rechtfertigen.

Für mich gilt: Ich setze mich für eine friedliche Zweistaatenlösung als ökonomische Konföderation mit einem Jerusalem als unteilbare Doppel-Hauptstadt ein. Nur ein souveränes, sicheres und starkes Israel an der Seite eines gleichberechtigten Palästina, einschließlich der Möglichkeit einvernehmlichen Gebietsaustauschs, kann langfristig zum Frieden führen. Die israelische Friedensbewegung verdient unsere Unterstützung.

Was ich nur eingeschränkt teile: In dem Aufruf zur Europäischen Konferenz heißt es grundsätzlich "Keine Waffenlieferungen an Israel" zu tätigen. Das wirft für mich persönlich Fragen auf: Als Oberbürgermeister und auch vor meiner Amtszeit habe ich die Lieferung von Defensiv-Patriots zum Schutz der israelischen Bevölkerung vor terroristischen Angriffen und Raketen unterstützt. Auch setze ich mich für ein Selbstverteidigungsrecht Israels und für die Freilassung der Geiseln der Hamas ein.

Das brutale Vorgehen der Hamas am 7. Oktober und die von ihr angerichteten Massaker sind auch mit Verweis auf das Handeln der Gegenseite nicht zu rechtfertigen.

Aber: Gleichzeitig sind die Reaktionen der Netanyahu-Regierung ebenfalls zu verurteilen. Die übertriebenen Bombardierungen Gazas und des Westjordanlands, der Umgang mit der Zivilbevölkerung haben nichts mehr mit Selbstverteidigung zu tun. Ich lehne den Terror – egal von welcher politischen Seite – als Mittel der Politik ab. Deswegen setze ich mich aus menschenrechtlichen Erwägungen auch für die Freilassung der palästinensischen und arabisch-israelischen politischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen ein, die nicht an terroristischen Attentaten auf die israelische Zivilbevölkerung beteiligt waren.

Ebenso lehne ich die Forderung der zwei Siedler-Minister entschieden ab, palästinensische Bevölkerung aus dem Gazastreifen und den besetzten Gebieten zu vertreiben. Dies läuft einer Zweistaatenlösung und einem gerechten Frieden in Nahost entschieden zuwider.

Unverhältnismäßige Gewalt und revanchistische Politik wird Extremismus auf allen Seiten nur weiter stärken. Dies muss die Bundesregierung erkennen und alles unternehmen, um durch einen Waffenstillstand und Verhandlungen die Gewalt zu stoppen und um einen Weg zu einem dauerhaften Frieden in der Region - ohne Besatzung und struktureller

Diskriminierung - zu ebnet.

Deswegen ist für mich die "Europäische Konferenz gegen Krieg und gegen den sozialen so wichtig zu unterstützen. Ich danke den wunderbaren und sehr engagierten Initiatoren für diese Initiative.

Ich hatte auch schon die Erklärung der "Gewerkschafter sagen Nein zum Krieg! Nein zum sozialen Krieg!" unterschrieben und habe den Aufruf für die Friedensdemonstration am 3. Oktober "Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität" unterstützt.

Eure Initiative ist auch deshalb so wichtig, sie das Spektrum der Friedensbewegung erweitert und Arbeitnehmer:innen und junge Menschen gegen den Krieg und Sozialabbau organisiert.

Als Kommunalpolitiker habe ich mich immer für die Interessen der Arbeitnehmer:innen und von Verarmung bedrohten oder betroffenen Bevölkerung eingesetzt und für soziale Umverteilung geworben.

In meiner Zeit als Oberbürgermeister wurden kostenlose Sozialleistungen eingeführt: z.B. freie Museumsbesuche für



Liebe Genossinnen und Genossen!

Es wurde bereits gesagt, ich bin Gewerkschafter und auch wenn ich nicht im Rahmen meines Gewerkschaftsmandats spreche, glaube ich, dass die Frage der Verantwortung der Gewerkschaften angesichts des Krieges und unserer Diskussion eine wichtige politische Frage ist, die die Gewerkschaften in erster Linie betrifft. Denn diejenigen, die die nationale Union über den Krieg suchen, suchen diese nationale Union auch in Bezug auf seine Folgen für die Arbeiter.

Seit Monaten organisieren die Führungen der wichtigsten Gewerkschaftsorganisationen mit wenigen Ausnahmen nicht den Widerstand, den wir brauchen. Das gilt für Europa, das gilt für Frankreich, auch wenn es beim Krieg in der Ukraine und in Palästina unterschiedliche Formen annimmt.

Im Frühjahr haben alle großen Gewerkschaftsbünde zu Demonstrationen für die Ukraine aufgerufen. Aber eine Demonstration zur Unterstützung Selenskyjs, um zusätzliche Waffenlieferungen zu fordern! Man kann sich in einem Punkt beruhigen: Diese Politik ist weit davon entfernt, Massen von Arbeiter zu bewegen, und die Initiative wurde trotz der Beteiligung von Organisationen, die Hunderttausende von Mitgliedern repräsentieren, von nur 200 Teilnehmern unterstützt...

In Bezug auf Palästina wurde die Zusammenarbeit gesucht, indem man angeblich gegen Antisemitismus demonstrierte, während des Völkermords. Es war eine Demonstration, die den Antisemitismus instrumentalisierte, um Netanjahus Ausschreitungen abzudecken, an der Seite der extremen Rechten! Der Strick war zu grob: Die CGT weigerte sich, daran teilzunehmen. Und ganz allgemein gibt es diese Führer, die schweigen oder Scheinbekenntnisse abgeben, aber in der Praxis keinen Widerstand und keine Demonstrationen organisieren.

Während es Demonstrationen insbesondere in der Jugend, an der Seite der LFI selbst unter schwierigen Bedingungen gibt, trotz der Propaganda, trotz der Hindernisse. Ihre festen Positionen gegen den Völkermord waren für uns, für die Tausende Arbeiteraktivisten, die Widerstand leisten wollen, ein wichtiger Stützpunkt.

Geflüchtete und Kinder und Jugendliche, sozialverträgliche Mietpreisstopp und kostenlose Kitas durchgesetzt.

Diese grundlegenden Errungenschaften und die kommunale Daseinsvorsorge bzw. der Sozialstaat könnten einer verschärften Kriegspolitik zum Opfer fallen. Momentan wird nur noch in Hochrüstung und Militarisierung investiert, anstatt Bildung, Gesundheit und soziale Teilhabe zu finanzieren. Deswegen 100 Milliarden für Bildung und Gesundheit statt für Rüstung und Bundeswehr.

Abschließen möchte ich mit einem Zitat aus dem Aufruf zur Europäischen Konferenz, das mir besonders wichtig ist: "wir stehen an der Seite der jungen Ukrainer und Russen, die den Krieg nicht länger ertragen können, an der Seite der Arbeiter und Jugendlichen, die den Krieg und Unterdrückung ablehnen und einen Waffenstillstand, die Aufhebung von Blockaden, Boykottaufrufen und die Erfüllung ihrer sozialen und politischer Forderungen fordern."

Dafür will ich mich weiter mit Euch gemeinsam einsetzen und werde gern Teil der Bewegung sein, die sich für diese Politik engagiert.

Rede von Kevin Crépin

Gewerkschafter der CGT, Frankreich

Es gibt noch einen weiteren Aspekt für uns Franzosen, der wichtig ist. Frankreich ist ein Kolonialland, das weiterhin die Völker unterdrückt, die heute auf Martinique wie auch in Neukaledonien Widerstand leisten. Dies hat zwar nicht die Form eines offenen Krieges angenommen, aber dennoch: 12 Tote in Neukaledonien! In einem Widerstandskampf gegen die Politik der Intensivierung der Kolonialisierung, die dem Volk der Kanak jede Möglichkeit verweigert, sein Recht auf Selbstbestimmung auszuüben. Sie deportierten Aktivisten der Unabhängigkeitsbewegung der Kanaken über 10.000 Kilometer weit weg von ihrem Zuhause, verweigerten ihnen den Kontakt zu ihren Familien und isolierten sie von der aktuellen Mobilisierung. Zusammen mit anderen französischen Arbeiteraktivisten haben wir daher über *das Internationale Komitees gegen Repression* eine Initiative für die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen ergriffen. Denn wir müssen die berühmte Maxime im Auge behalten: Der Feind steht im eigenen Land. Diejenigen, die die Kanaken unterdrücken, sind diejenigen, die hier gegen die Arbeiter Krieg führen!

Dieser Druck, der auf unsere Gewerkschaftsorganisationen ausgeübt und von ihren Führern weitergegeben wird, lastet natürlich auch auf den Organisationen selbst. Diese todbringende Logik führt dazu, dass man die Angriffe akzeptiert. Wie kann man dagegen kämpfen, dass man uns für Waffenlieferungen in die Taschen greift, wenn man das Prinzip der Ausweitung des Militärbudgets akzeptiert, anstatt auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu reagieren? Barnier (Premierminister Frankreichs, d. Red.) kündigt einen Plan für einen sozialen Krieg an: 60 Milliarden! Aber gleichzeitig werden problemlos weitere Milliarden bereitgestellt, und Macron hat Selenskyj gerade eine Verlängerung gewährt!

Aber ich glaube, dass unsere Diskussion dazu beitragen soll, all jene zu stärken, die bereits jetzt, ohne zu warten, Widerstand leisten und versuchen, gegen den Krieg zu mobilisieren, sowie die Verbindung zu dem sozialen Krieg herzustellen, der gegen uns geführt wird. Durch die Verbindung untereinander, durch die Diskussion untereinander helfen wir, den Bleideckel zu sprengen, der auf uns lastet. Diesen Bleideckel mit dem einen Ziel zu sprengen: bei der Mobilisierung der Arbeiter und der Völker zu helfen, die allein in der Lage sein werden, den Krieg und die Massaker zu verhindern!

Beitrag von Sílvia Timóteo and Pedro Soares

Portugiesische Delegation auf der Europäischen Konferenz

DIE INTERNATIONALE SITUATION, DIE VON ENDELOSEN KRIEGEN UND DER HEUCHELEI DER WESTMÄCHTE GEPRÄGT IST

1. Die Kriege in Europa und im Nahen Osten zeigen keine Anzeichen einer Abschwächung. Im Gegenteil, die militärische Eskalation geht weiter, die Barbarei, der Tod und die Zerstörung nehmen kein Ende, und die Erklärungen der politischen Führer der euro-atlantischen Achse sind stets kriegsbefürwortend, gekennzeichnet durch die Heuchelei derer, die von der Notwendigkeit eines Waffenstillstands sprechen, aber die Waffenlieferungen und die Finanzierung an ihre Verbündeten erhöhen. Der neue Generalsekretär der NATO, Mark Rutte, wünscht sich „eine robustere transatlantische Militärindustrie“, da die Organisation „weiter und schneller gehen muss“. Dies ist auch eine der Schlussfolgerungen des Berichts von Mario Draghi, der mit dem Argument, dass wir wettbewerbsfähiger werden müssen, für eine Kriegswirtschaft in der EU plädiert. Die USA und die europäischen Mächte sind direkt in die Konflikte verwickelt, indem sie sie politisch unterstützen und technologisch immer anspruchsvollere militärische Mittel in die Ukraine und nach Israel schicken.

Die USA begegnen ihrem Niedergang und dem Aufkommen anderer Pole in der globalen Auseinandersetzung mit der Behauptung ihrer militärischen Überlegenheit. Die NATO positioniert sich und bereitet sich auf Konflikte vor, um ihre globale Hegemonie aufrechtzuerhalten.

2. Die unmissverständliche Verurteilung der Russischen Föderation für ihren Einmarsch in der Ukraine kann keinen endlosen Krieg rechtfertigen, bis „Russland besiegt ist“, wie Ursula von der Leyen argumentiert. Die aufrührerischen Äußerungen von Mark Rutte, der der Ukraine die Genehmigung für den Einsatz von Langstreckenraketen europäischer und amerikanischer Produktion gegen russisches Territorium erteilen will, sind gefährlich und begünstigen die Eskalation des Krieges und seine Ausweitung auf andere Gebiete. Die Kriegs- und NATO-Politik wird zu einer Trennungslinie für die europäische Linke. Sie erinnert an die historische Spaltung zur Zeit des Ersten Weltkriegs zwischen denjenigen, die eine Beteiligung am Krieg befürworteten, und denjenigen, die diesen Weg ablehnten. Der einzig mögliche Weg im Interesse der Völker besteht darin, die Logik der Kriegstreiberei umzukehren, alle Anstrengungen auf einen Weg des Friedens zu konzentrieren, mit mehr Dialog, Diplomatie und weniger Waffen.

Zu diesem Zweck ist eine gesellschaftliche Mobilisierung gegen den Krieg und für die Förderung des Friedens unerlässlich und das wirksamste Mittel, um den Plänen der imperialistischen Mächte entgegenzutreten. Die Mobilisierungs- und Initiativarbeit des Komitees gegen Krieg und sozialen Krieg ist von großer Bedeutung.

3. Der 7. Oktober ist der Jahrestag des verwerflichen Angriffs der Hamas auf Israel. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Geschichte des Nahen Ostens nicht an diesem Tag begonnen hat. Das palästinensische Volk ist seit der *Nakba* 1948 kolonisiert und Opfer eines abscheulichen Völkermordes geworden, und die UN-Resolution 3103 von 1971 gewährt ihm das Recht auf Aufstand und bewaffneten Kampf gegen den Kolonialismus. Was folgte, war kein Akt

der israelischen Selbstverteidigung. Es war (und ist) eine brutale Aggression der Netanjahu-Regierung gegen das palästinensische Volk, ein wahrer Völkermord, der bereits mehr als 41.500 Menschen im Gazastreifen das Leben gekostet und die Vertreibung von rund zwei Millionen Menschen verursacht hat.

Die Apartheid und der ständige Angriff auf das historische und legitime Recht des palästinensischen Volkes auf sein Land hat ein unmenschliches Ausmaß erreicht. Es ist eine Politik der verbrannten Erde im Gange, um die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern. Die Offensive der israelischen Regierung ist nur durch die Komplizenschaft der Regierungen der USA und der EU möglich.

4. Israel hat seine militärischen Angriffe auf den Libanon ausgeweitet, die Region unter Beteiligung des Irans und Syriens an den Rand eines Krieges gebracht und das Leid der Bevölkerung vergrößert. Nicht einmal die UNIFIL (*United Nations Interim Force in Lebanon*) wird respektiert oder verschont. Vor einigen Tagen hat das israelische Parlament das UNRWA, das UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge, das die Menschen im Gazastreifen unterstützt, als terroristische Organisation bezeichnet und es an der Fortsetzung seiner Arbeit gehindert. Die israelische Arroganz widersetzt sich jeder Vorstellung von internationalem Recht, aber sie tut dies nur, weil sie die Rückendeckung der USA und der westlichen Länder hat und auf ein gewisses Schweigen der arabischen Hauptstädte zählen kann. Die israelische Armee bombardiert und überfällt den Libanon, einen souveränen Staat, aber der Westen, der gegen die Invasion in der Ukraine protestiert hat, rührt keinen Finger, um die Invasion im Libanon zu verurteilen, verurteilt nicht die terroristischen Anschläge mit den mit Sprengfallen versehenen *Pagern* und *Funkgeräten* und verhängt keine Sanktionen gegen den Angreifer.

Die Doppelmoral der westlichen Mächte ist eklatant und macht die übliche Rhetorik über die moralische Autorität des Westens zunichte. Die Botschafter Israels in jedem unserer Länder sollten von ihren Regierungen aufgefordert werden, „nach Hause zu gehen“, wir wollen keine Beziehungen zu völkermordenden Regierungen.

5. Die Arbeiterklasse, die Gesellschaften und die Volkswirtschaften unserer Länder werden durch die Gier der EU-Eliten, die sich den geostrategischen Interessen der USA unterwerfen, durch Krieg und den Kampf um die globale Hegemonie stark beeinträchtigt. Wir verstehen, dass andere Länder versuchen, sich zu organisieren, wie im Fall der BRICS, aber wir machen uns keine übertriebenen Illusionen über die Ergebnisse eines Myriaden-Multilateralismus für die Völker, dem ein zwischenimperialistischer Streit zugrunde liegt. In der gegenwärtigen Situation müssen wir fordern und unsere Kräfte bündeln, um Israel aus Palästina, Putin aus der Ukraine und die NATO aus Europa herauszuholen. Der Krieg leistet dem Konservatismus, dem Populismus und der extremen Rechten Vorschub, greift das Recht auf Gleichstellung der Geschlechter an und verschärft die rassistische Diskriminierung und die Diskriminierung von LGBTQI+ Menschen.



Die Ausbeutung von Arbeitskräften und die Ungleichheiten nehmen zu, die Rechte von Arbeitnehmern, Einwanderern und der Mehrheit der Bevölkerung werden stark beeinträchtigt, und die dem Sozialstaat entzogenen Mittel werden für den Krieg verwendet. Die Klimakrise wird immer ernster, und die privaten Interessen verfolgen eine Politik des *Greenwashing*. Die Linke hat jedoch

in den letzten Jahrzehnten viele Rückschläge erlitten. Wir brauchen eine neue, starke, polarisierende und mobilisierende politische Antwort, die in der Lage ist, die Arbeiterklasse und die von der Globalisierung Ausgegrenzten einzubeziehen. Es ist dringend notwendig, eine Politik gegen den zerstörerischen Krieg und den sozialen Krieg durchzusetzen. Dafür sind wir hier.



Rede von Mugurel Popescu

Vorsitzender des Gewerkschaftsverbands Hermes, Bukarest, Rumänien

Rumänien ist ein Staat ohne Unabhängigkeit und Souveränität, Attribute eines Rechtsstaats, die nach und nach an ausländische Mächte abgetreten wurden, als das Land der NATO und der Europäischen Union beitrug.

Derzeit wird in der Öffentlichkeit über die Unterordnung der rumänischen Streitkräfte unter die militärische Führung der NATO diskutiert. Dieses Projekt wird von Vertretern der Zivilgesellschaft mit verfassungsrechtlichen Argumenten abgelehnt, die eindeutig besagen, dass die Rolle der Armee darin besteht, den Staat zu verteidigen und nicht an militärischen Angriffen anderer Staaten teilzunehmen.

Der Konflikt zwischen militärischen Interessen und den Interessen der Zivilgesellschaft ist offensichtlich und bekannt.

Die ständige Manipulation von Presse und Fernsehen hat jedoch dazu geführt, dass die Bürger in zwei Lager gespalten sind, eines für jede Seite des Konflikts in der Ukraine. Das Wort, das beide Lager in Rumänien beschäftigt, ist FRIEDEN.

Aus diesem Grund mangelt es den in der Hauptstadt des Landes, Bukarest, organisierten Antikriegsprotesten an der Macht der Zahlen und an nennenswerten Ergebnissen.

Leider müssen wir feststellen, dass selbst in Ländern, in denen Tausende oder Zehntausende Bürger an den Protesten teilnehmen, diese die Regierungen nicht davon abhalten können, den Krieg in der Ukraine mit Waffen und Munition weiter anzuhizen und eine Eskalation in naher Zukunft zuzulassen.

Bei der Analyse der Entwicklung der internationalen Lage, die vom internationalen Europäischen Verbindungskomitee, in den in „Information Ouvrières“ veröffentlichten Artikeln, von den Arbeiterorganisationen oder Kriegsgegnern dargestellt wird, kommen wir zu dem eindeutigen Schluss, dass der Krieg von politischen Kräften gewollt und aufrechterhalten wird, die denen untergeordnet sind, die tödliche Waffen herstellen und damit handeln.

Sie sind diejenigen, die weltweit das erste und grundlegendste Menschenrecht verbieten: das Recht auf Leben. Natürlich hat jeder Mensch Angst vor der Möglichkeit, dass sein Land in einen militärischen Konflikt verwickelt wird. DIESE Angst verbirgt sich hinter dem falschen Eindruck, dass es ihm und seinem Land nicht passieren kann. Nichts kann falscher sein, als so zu denken.

Wir alle sehen, dass wir die letzte Phase der Existenz des Kapitalismus erleben, der eine kontinuierliche Expansion braucht, um zu überleben, um neue Gebiete, Nationen und natürliche Ressourcen zu erobern. Dafür setzt er alle ihm zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel ein.

Die Vertreter und Unterstützer der Sache der Arbeiterklasse auf der ganzen Welt haben die Pflicht, sich dem Krieg

zu widersetzen, wo auch immer dieser Krieg stattfindet, um den Verlust von Menschenleben und das Vergießen von Blut zu verhindern.

In Rumänien machen sich bereits Besatzungstruppen aus anderen Ländern breit. Wie sonst können wir diese Soldaten nennen, die sich in Friedenszeiten auf unserem Territorium befinden?

Angeblich sollen diese Soldaten Rumänien verteidigen.

Wir entgegnen auf diese dumme Rechtfertigung, indem wir den Politikern sagen und sie fragen, dass wir nicht angegriffen werden wollen, dass wir an diesen fiktiven und ineffektiven Verteidigungen in keiner Weise interessiert sind. Wir wollen, dass die rumänische Politik zu den internationalen Standards zurückkehrt, die sie vor dem Sturz des vorherigen Regimes hatte: Wir wollen Frieden und Freundschaft mit allen Ländern und Völkern.

Leider gibt es in Rumänien keine linke politische Option mehr, die einzige ehrliche Form der Vertretung der Arbeiterklasse auf Entscheidungsebene.

Unsere Regierenden denken anders, sie vertreten uns nicht, sie entscheiden nicht in unserem Namen, sie haben andere Interessen.

In der Nähe des Schwarzen Meeres und der Grenzen der Russischen Föderation wird die größte Militärbasis Europas gebaut. Ich spreche von einer Militärstadt, die 10.000 Soldaten beherbergen wird, Familienmitglieder nicht mitgerechnet.

Wir sind besorgt über diese Vorbereitungen für eine Eskalation der Militäroperationen in diesem Gebiet und wir wissen, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis Rumänien Teil dieses Krieges sein wird, der keine Gewinner haben wird.

Die Geschichte zeigt uns, dass es die Arbeiterklasse war, die die Kosten für die Rüstung trug, die Männer auf den Schlachtfeldern sah, die die Tragödie von auseinandergerissenen oder völlig zerstörten Familien ertrug. Wir müssen diesen Wahnsinn stoppen!

Wir müssen das Massaker beenden, das in Gaza unter dem Beschuss der israelischen Armee und der Führung des Verbrechers Netanjahu weitergeht.

Was genau wollen wir?

Wir sagen:

- NEIN zum Kapitalismus.
- NEIN zum Militarismus.
- NEIN zur NATO.
- NEIN zur Europäischen Union, die ein militarisierter europäischer Staat werden will.
- JA zum Frieden.
- JA zum Waffenstillstand in der Ukraine.
- JA zur Befreiung Palästinas und zur Rückeroberung der besetzten arabischen Gebiete.

Rede von Ratibor Trivunac

Serbisches Komitees gegen Krieg und Imperialismus



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, ich grüße alle Anwesenden. Ich bin hier im Namen des serbischen Komitees gegen Krieg und Imperialismus. Ich halte diese Zusammenkunft in diesem kritischen historischen Moment für sehr wichtig und möchte den Genossinnen und Genossen des deutschen Verbindungskomitees gegen den Krieg für die Organisation dieser europäischen Konferenz danken, die uns alle hierher gebracht hat und Raum für die Debatte und die weitere Koordinierung unserer Antikriegsaktivitäten bietet.

Die herrschenden Klassen auf der ganzen Welt drängen die Menschheit weiter in einen neuen Weltkrieg. Von der Ukraine und Gaza über den Jemen und andere Orte, an denen die Konflikte andauern, bis dahin, was möglicherweise am schrecklichsten sein könnte – einem Krieg zwischen der NATO und China in Taiwan. Hunderttausende Menschen haben in diesen Konflikten bereits ihr Leben verloren, und wenn wir die herrschenden Klassen nicht in ihren Absichten stoppen, werden weitere Millionen sterben.

Die Region, aus der ich komme, der Balkan (weltweit bekannt durch die Konflikte, die dort stattgefunden haben), ist nun vollständig in den imperialistischen NATO-Block integriert. Und während die herrschenden Kohorten in der Region und in der Welt versuchen, der Bevölkerung mit Reden über einen neuen möglichen Konflikt auf dem Balkan Angst einzujagen, sind sie alle am Waffenhandel und an der Aufrüstung der herrschenden Kompradorenklassen in der Region beteiligt. Ein gutes Beispiel dafür ist die jüngste Entwicklung in Frankreich, das mehrmals seine „Besorgnis“ darüber geäußert hat, dass der Balkan der nächste „Krisenherd“ sein könnte, während es gleichzeitig Kampfflugzeuge an Serbien und Kroatien verkauft.

Daraus wird deutlich, dass diese Lügen über einen möglichen Konflikt mit der Absicht verbreitet werden, den Nationalismus zu schüren und ihn zur Kontrolle der lokalen Bevölkerung zu nutzen, während die Aufrüstung mit der Absicht organisiert wird, diese Bevölkerung auf der Seite der NATO-Kriegspartei in den Fleischwolf des nächsten Weltkriegs zu schicken. Dies gilt nicht nur für die Länder auf dem Balkan, die offen Teil des NATO-Blocks sind, sondern auch für die Länder, die vorgeben, neutral zu sein, wie Serbien, aus dem ich komme.

Was ich auf dem ersten Treffen des Europäischen Verbindungskomitees, das in Paris stattfand, berichtet habe, war, dass der Krieg weitergeht: Serbien gibt vor, neutral zu sein, produziert und verkauft jedoch riesige Mengen an Waffen und Munition an die Ukraine und Israel und zeigt damit in der Praxis, dass es in diesem sich anbahnenden Weltkrieg fest auf der Seite der NATO steht.

Wenn es darum geht, neues Fleisch für den Fleischwolf des Krieges zu schaffen, wird in unserer gesamten Region die Wehrpflicht wieder eingeführt, was der Tendenz und der Ankündigung entspricht, dies in ganz Europa zu tun. Aber da wir eine kapitalistische Peripherie sind, sind wir die ersten, die sich in die Schlange zum Schlachten stellen. Wir tun unser Bestes, um diese Tendenzen auf dem Balkan zu bekämpfen. Wir organisieren uns mit Genossen aus Ex-Jugoslawien und der gesamten Region gegen den Krieg. Die Balkan-Antikriegskonferenz, die im Juli dieses Jahres in Belgrad stattfand, ist ein gutes Beispiel für unsere Aktivitäten. Wir haben aber auch mit konkreten Aktivitäten begon-

nen, wie Erste-Hilfe- und Amateurfunk-Schulungen, von denen wir aufgrund der Erfahrungen der Antikriegsbewegung während der Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren wissen, dass sie nützlich sein werden, wenn der nächste Weltkrieg wieder über uns hereinbricht.

Eine Antikriegsbewegung muss breit aufgestellt sein und Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund zusammenbringen, um erfolgreich zu sein. Wir haben hier unter anderem Reden von Genossen gehört, die aus parlamentarisch orientierten politischen Parteien kommen, und wir haben auch in unserem Komitee Menschen mit einem ähnlichen politischen Profil. Aber ich komme aus einem anderen Hintergrund, ich komme aus einer antiparlamentarischen, anarchistischen Tradition, wie viele Genossen in unserem Komitee, aber auch in der Antikriegsbewegung in der Balkanregion. Deshalb ist es für uns wichtig, dass das Europäische Verbindungskomitee gegen den Krieg direkt demokratisch und föderalistisch organisiert ist und sich selbst finanziert und von den Staaten unabhängig ist.

Ich denke, wir alle teilen die gleiche Position, und das ist etwas, was das Europäische Komitee zu artikulieren versucht, nämlich dass nur breite Bevölkerungsschichten den Krieg stoppen können! Und dass selbst kriegsgegnerrische Politiker nichts tun können ohne den enormen Druck, den nur die Bewegung der Massen auf den Straßen gegen den Krieg ausüben kann. Daher bin ich der Meinung, dass unser vorrangiges Ziel die Aktivierung der Massen in diesem existenziellen Kampf für den Frieden ist.

Ich danke Euch allen!

Infoblätter
des EVK
zu den
Anti-Kriegs-
Konferenzen
in Oslo (Juni
2024) und
Belgrad (Juli
2024) sind in
deutscher und
englischer
Sprache auf
der Webseite der
Koordination
des EVK ver-
öffentlicht:

gegendenkrieg-gegendensozialenkrieg.info

Europäisches Verbindungskomitee „Gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“

Summary of the Oslo Anti-War Conference organised by Fred og Retterdighet - FOR in association with the European Liaison Committee "Against the War – Against the Social War"

On Saturday, June 22, 2024, the new Norwegian party Fred og Retterdighet - FOR and the European Liaison Committee Against the War, Against the Social War organised a full day conference with speakers from Norway, France, Sweden, and Germany.

Speakers:

Marielle Leraand - Chairperson Fred og Retterdighet - FOR
Yan Le Goff, peace activist, French journalist and member of the of the French Independent Workers' Party leadership.

Gottfried Krupp, founder of "Against War – Against Social War"
Mario Kunze - Workers' Representative at Vivantes, Germany's largest public hospital

Marcus Carlstedt, faculty representative of the Swedish academic trade union with over 300,000 members
Tomas Magnusson, Campaign leader of No to US Bases in Sweden

Cla Tünander, professor emeritus at Peace Research Institute Oslo (PRIO)
Glen Diesen, professor at the University of South Eastern Norway

Based on the European call Biden, Scholz, Macron, Sunak, Zelenskyy, "We say NO to your wars!" has been responsible for the measures and wars, which is supported by numerous colleagues, members and organisations of the peace movement from 20 countries, as well as other political and trade union organisations, the German Coordination of the European Liaison Committee "Against War – Against Social War" is organising a European conference in Berlin on 2 November 2024

together with the International Peace Bureau (IPB). A hybrid form of the conference is planned.

This conference is co-organised by the Norwegian party FOR (Peace and Justice). Other organisations that see themselves within the framework of the ECC are invited to participate in the preparations.

Further information about the appeal and the conference:
<https://gegendenkrieg-gegendensozialenkrieg.info/>

Contact: Gottfried.Krupp@t-online.de



After a formal introduction by FOR board member Peter Eisenstein and FOR Chairperson Marielle Leraand, the conference began with a presentation from Yan Le Goff.

Le Goff spoke of the situation for workers in France and the divisions created between different left-leaning organisations, some of which have now taken positions





Rede von Harri Grünberg

Vorstand Trägerkreis aufstehen, Was Tun?!

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir treffen heute zusammen auf dieser Antikriegskonferenz, um über die zugespitzte Kriegslage in Europa und dem Nahen Osten zu beraten. Alle großen imperialistische Mächte haben erklärt sich auf einen großen Krieg mit Russland und China vorzubereiten, dies unabhängig vom Ausgang des jetzigen Krieges in der Ukraine. Deutschland steht mit an der Spitze der Kriegsvorbereitungen gegen Russland und China. Nach vielen Jahrzehnten, wo sich der deutsche Nachkriegsimperialismus sich als Friedensmacht verkaufte, rüstet er jetzt erneut zum Krieg, das ist der Kern von Kanzler Scholz' Zeitenwende.

Wir wollen aber hier auch darüber beraten, wie wir zum Aufbau einer breiten Massenbewegung gegen Krieg und Sozialen Krieg um die blutigen Kriege in der Ukraine und Palästina Libanon zu beenden, beitragen können. In Europa wächst Kriegsmüdigkeit und der Widerstand die Menschen wollen keinen Krieg.

Es geht darum den Kriegskurs der westlich imperialistischen Mächte hin zu einem Weltkrieg zu stoppen. Dafür brauchen wir Partner in Gewerkschaften, aber auch politischen Parteien, die gegen den Krieg sind. Wir brauchen Massen auf der Straße, aber noch sind wir nicht so weit. Wir müssen in aller Klarheit vor den Gefahren eines neuen Weltkrieges warnen, der vom Imperialismus entfesselt wird. Die Kriegsvorbereitungen gehen einher mit einem bislang nicht gekannten Angriff auf den Sozialstaat und politischen Freiheiten. Wir sagen mit aller Klarheit das Krieg und Kriegsvorbereitungen den Sozialstaat hinwegfegt. Sämtliche sozialen und demokratischen Errungenschaften der Arbeiterklasse stehen auf dem Spiel. Demokratieabbau und das wachsen von Repressionen erleben wir in zahlreichen Länder Europas schon heute. Mit Gesetzen mit den Ausbau des Repressionsapparates wollen sie Proteste gegen ihren Krieg unterdrücken und nicht nur in Deutschland.

Wir können helfen und dazu beitragen das es zu einer machtvollen Friedens- und Antikriegsbewegung kommt.

Neben einer Massenbewegung gegen den Krieg sind aber auch politische Führungen zentral, wir müssen die Frage des Fehlens einer politischen Führung und deren Aufbau ebenso angehen wie den Aufbau einer Antikriegsbewegung mit Massencharakter. Nach wie vor ist die Frage der politischen Führung für die Menschheit heute von zentraler Bedeutung. So eine Führung muss den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und den sozialen Krieg letztendlich mit der Frage des Kapitalismus verbinden. Es ist die große Krise des Kapitalismus. Heute in Form des Niedergangs, der Erschöpfung des neoliberalen globalisierten Modells, der zum Krieg führt. Im Falle Deutschlands ist die Phase der stabilen Entwicklung auf der Grundlage billiger von Russland gelieferter Ressourcen zu Ende. Aber der deutsche Imperialismus braucht die Rohstoffe Russlands wie die Luft zum Atmen. Die Jüngste Aggressivität des deutschen Imperialismus liegt darin begründet, dass er bereit ist um die Rohstoffe Russlands Krieg zu führen. Es gilt Jan Jaures Aussage, die er am Vorabend des ersten Weltkriegs machte, weiterhin: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“.

Die der Führung stellt sich dramatisch angesichts der Tat-

sache, dass wir heute damit konfrontiert sind, das sozialdemokratische Parteien und die von ihnen kontrollierten Gewerkschaften wieder einmal wie 1914 ins Kriegslager übergewechselt sind, sich auf die Seite des eigenen Imperialismus – heute erweitert durch ihr Vasallentum gegenüber den USA – gestellt haben. Das gleiche trifft aber auch auf viele ehemalige linke Parteien zu, die sich links von der Sozialdemokratie positioniert haben. Viele von ihnen wie die skandinavische Linke sind ins NATO Lager gewechselt oder wie die deutsche Linkspartei, auf dem Weg dahin. Auf ihrem jüngsten Parteitag im Oktober 2024 haben sie Beschlüsse getroffen, die sie in Richtung der Akzeptanz der NATO führt.

Die Linkspartei in Deutschland hat weder einen Beschluss für einen sofortigen Waffenstillstand ohne Vorbedingungen getroffen, noch fordert sie das Ende des Wirtschaftskrieges in Form der Sanktionen, der zu einer Deindustrialisierung Europas insbesondere Deutschlands führt. Millionen von Arbeitsplätzen sind durch den Wirtschaftskrieg der EU gegen Russland in Gefahr. Die Linkspartei in Deutschland sagt, dass ein Waffenstillstand zur Bedingung hat, dass sich die russischen Kräfte aus der Ukraine zurückziehen. Das ist genau das NATO-Narrativ, welches besagt, der Krieg ist dann schnell zu Ende, wenn sich die Russen aus der Ukraine zurückziehen. Das ist aber unrealistisch und damit wird das Töten weitergehen. Denn eines ist heute klar, die NATO will bis zu einem Weltkrieg eskalieren. Deshalb brauchen wir einen sofortigen bedingungslosen Waffenstillstand. Alles muss dann verhandelt werden. Auch die territoriale Frage und das Selbstbestimmungsrecht von Ukrainern und Russen. In einer Resolution des Europaparlaments wird der massive Angriff bis tief hinein ins russisches Gebiet gefordert. Parteien der europäischen Linken haben diesem Antrag zugestimmt. Auch eine Vertreterin der deutschen Partei Die Linke stimmte dieser Resolution zu. Der Apparat der Linken kritisierte sie nicht. Das ist eine Bankrotterklärung. Und der vermeintlich „linkste“ Flügel innerhalb der Partei Die Linke die antikapitalistische Linke, liefert eine theoretische Vorlage für den Krieg, denn der russische Imperialismus sei der aggressivste.

Die Linke hat auch keine klare Haltung im Vernichtungskrieg Israels gegen die Palästinenser eingenommen. Deutschland steht an der Spitze der beiden Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten. Als zweitstärkster Waffenlieferant und Finanzier Netanjahus, hinter der US-Regierung, macht sich der deutsche Kanzler Scholz verantwortlich für den Genozid Israels am palästinensischen Volk und für die Ausweitung des mörderischen Nahost Kriegs. Wer von der Linken eine klare Haltung zugunsten des Kampfes des palästinensischen Volkes gegen Besatzung Landraub und Repressionen für die Verwirklichung ihres Selbstbestimmungsrechtes erwartet, der wird sie nicht bekommen. Die Linke diskutiert lieber über einen angeblichen linken Antisemitismus. Die Linke macht eine wahre Täter-Opfer-Verkehrung. Nicht Israel ist Opfer. Israel betreibt eine kolonialistische und rassistische Politik gegenüber dem Palästinensern das ist die Ursache für das Fortdauern und die Radikalisierung des Konfliktes.

Ich spreche als Mitglied der sozialistischen *Was Tun?!* Strömung, die aus den Auseinandersetzungen der

Fortsetzung auf Seite 25 unten >>>

Rede von Agnieszka Wolk-Laniewska

Chefredakteurin der Wochenzeitung „NIE“, Polen



Grüße aus Polen.

Leider gibt es keine „polnische Friedensbewegung“. Die Menschen haben einfach Angst, ihre Meinung zu sagen – das Wort „Frieden“ ist zu einem schmutzigen, unanständigen Wort geworden.

Kürzlich schrieb die „Financial Times“, dass „Polen durch den Kauf von Waffen in Rekordgeschwindigkeit zu einem Star-Mitglied der NATO geworden ist. Warschau wird in diesem Jahr 4,1 Prozent des polnischen BIP für Verteidigung ausgeben – das ist etwas mehr als das Doppelte des NATO-Ziels und liegt vor den USA“. Aber das ist noch nicht alles: Im Haushalt 2025 hat die Regierung von Premierminister Donald Tusk 4,7 Prozent des BIP – 43,5 Milliarden Euro – für Rüstungsgüter bereitgestellt. Zum Vergleich: Das gesamte polnische Gesundheitsbudget beläuft sich auf 51,5 Milliarden Euro. Und niemand stellt sich dem entgegen.

Die polnische Linke hat sich gerade gespalten. Die Partei Razem („Zusammen“), die als radikal links gilt (tatsächlich ist sie nur eine anständige Sozialdemokratie), hat die parlamentarische Fraktion der Vereinigten Linken verlassen, die Teil der regierenden Koalition ist. Adrian Zandberg, de facto Vorsitzender von Razem, erklärte: „Die Regierung hat einen schlechten und unsozialen Haushaltsplan ins Parlament eingebracht, der die öffentliche Gesundheitsversorgung und die Haushaltsangestellten trifft, der sehr geizig ist, wenn es um Wissenschaft, Forschung, Entwicklung und Wohnungsbau geht, aber sehr großzügig gegenüber Milliardären, Banken und Bauträgern ist“. Er hat recht. Aber – beachten Sie – kein Wort über Rüstungsausgaben. In Polen wird man automatisch zum russischen Agenten, wenn man die Rüstungsausgaben in Frage stellt. Dafür gibt es ein spezielles Wort: *ruska onuca*. Onuca ist ein Stück Stoff, das von der sowjetischen Armee anstelle von Socken verwendet wurde.

Die Kriegstreiberei funktioniert: Im Dezember letzten Jahres, zu Beginn der neuen Regierung, glaubten 64 Prozent der Polen, dass die Verbesserung des Gesundheitssystems Priorität haben sollte. 38 Prozent gaben die Inflationsbekämpfung an und die Abmilderung und ihrer Auswirkungen, 34 Prozent die Aufrechterhaltung der Sozialtransfers. Nur 36 Prozent sprachen sich für Investitionen in Verteidigung und Sicherheit aus. Im April ergab die von IBRIIS durchgeführte und von der seriösen Tageszeitung „Rzeczpospolita“ in Auftrag gegebene Umfrage, dass 53,6 Prozent nicht befürchteten, dass der Krieg in der Ukraine auf unser Land übergreifen würde; 27,3 Prozent waren anderer Meinung und ganze 19,1 Prozent hatten überhaupt keine Meinung dazu. Aber im Juli, nach einigen Monaten der Kriegsrhetorik des Premierministers, waren in der CBOS-Umfrage 71 Prozent der Befragten der festen Überzeugung, dass sich die Regierung von Donald Tusk in erster Linie mit der „Verbesserung der Sicherheit des Staates und der Stärkung der Verteidigung“ befassen sollte.

Im Oktober kündigte Donald Tusk, der eigentlich als liberaler Europäer der Mitte gilt, aber den starken Mann markieren will, an, dass er „das Recht auf Asyl vorübergehend aussetzen“ werde. In der von SW Research für „Rzeczpospolita“ durchgeführten

Umfrage wurden die Menschen gefragt, wie sie Tusks Ankündigung einschätzen. 49,4 Prozent der Befragten antworteten „positiv“. Die Worte von Tusk wurden von 24,1 Prozent der Befragten negativ bewertet. 26,6 Prozent der Befragten haben keine Meinung zu diesem Thema.

Was die Einstellung gegenüber Gaza angeht, ist es noch schlimmer. Die meisten Polen leben in einem „osteuropäischen Kokon“, in dem der russisch-ukrainische Konflikt das einzige Problem der Welt ist, sodass uns die anderen Gräueltaten, die wir in Echtzeit beobachten können, nicht sonderlich interessieren. In einer Umfrage vom 19. April – an diesem Tag jährte sich der Aufstand im Warschauer Ghetto zum 80. Mal, sodass es zu einer Art emotionalen Erpressung kam – gaben 66,7 Prozent der Befragten an, dass Polen in diesem Konflikt keine Stellung beziehen sollte. 6 Prozent würden sich auf die Seite der Israelis stellen, 10,9 Prozent gaben an, dass Polen die Palästinenser unterstützen sollte. Einen Monat später ergab eine andere Umfrage, dass 66 Prozent der Polen der Meinung sind, dass Israel durch seine Einsätze im Gazastreifen Kriegsverbrechen begeht. Wir wissen also, dass dort ein Völkermord stattfindet – es ist uns nur egal.

Ich sehe keine Chance, diese Einstellung in nächster Zeit zu ändern. Vor allem, weil sie offiziell nichts mit dem sozialen Krieg zu tun hat: Wir haben angeblich die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU – 2,9 Prozent. Ich bin mir nicht sicher, ob das stimmt: Massenentlassungen gibt es überall, in staatlichen und privaten Unternehmen. Wir haben ein recht symbolisches Arbeitslosengeld, vielleicht melden sich die Leute deshalb einfach nicht arbeitslos. Die Lage im öffentlichen Gesundheitswesen ist katastrophal, aber das ist sie schon seit Jahren. Die für das nächste Jahr geplanten Budgeterhöhungen sind symbolisch – aber die Mitarbeiter sind daran gewöhnt. Ich fürchte, dass nur ein schwerer Konjunktüreinbruch unsere Einstellung ändern wird.

Und auf diesen Moment müssen wir vorbereitet sein. Dank Konferenzen wie dieser wird es ein wenig realer.

*Für das polnische Verbindungskomitee
„Gegen Krieg – gegen Sozialkrieg“
Agnieszka Wolk-Laniewska,*

Chefredakteurin der Wochenzeitung „NIE“





Rede von Heinz Deininger

Friedensrat Heilbronn

Heilbronn hatte in der Vergangenheit mit zwei kriegerischen Ereignissen zu tun: Der Bombardierung der Stadt durch die RAF am 4.12.1944 (6.000 Tote) und dem Raketenunglück auf der Heilbronner Waldheide am 2.2.1985. Der Motor einer der dort stationierten Pershing-II-Atomraketen war detonierte, drei GIs starben. Die Region schrammte nur knapp an einer atomaren Katastrophe vorbei. Damals entstand eine starke Friedensbewegung mit mehreren tausend Teilnehmern bei regelmäßigen Demonstrationen. Infolge des INF-Vertrags von 1987 zog die US-Armee bis 1991 ab. Jetzt sollen wieder Raketen in Deutschland stationiert werden.

Damals entstand der **Heilbronner Friedensrat**. Er macht vor allem seit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24.2.2022 und seit dem Hamas-Überfall auf Israel am 7.10.2023 verstärkt Aktionen für die Beendigung beider und weiterer Kriege, gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und der gigantischen Verschwendung von Geld für Rüstung und Krieg anstatt für Investitionen in Infrastruktur, Schulen, Gesundheitswesen und weitere soziale Aufgaben. Der Friedensrat schrieb im Februar 2024 einen offenen Protestbrief an SPD und IGM, die in einem Papier verstärkte Investitionen in die Rüstungsindustrie und Schaffung neuer Arbeitsplätze dort gefordert hatten. Dies führte zu einer kontrovers geführten Veranstaltung mit MdBs/MdLs von SPD und Grünen. Andreas Zumbach, Jan van Aken und Kerem Schamberger von *medico*

international waren die Referenten bei weiteren Veranstaltungen, immer mit 60-100 Teilnehmern. Die DIG Heilbronn versuchte vergeblich, eine Zoom-Veranstaltung mit Moshe Zuckermann aus Tel Aviv zu verhindern. [Hier die Stellungnahme von Moshe zu diesem Vorgang: <https://overtomagazin.de/top-story/in-nicht-nur-eigener-sache/>]

Daneben führte der Friedensrat drei Kundgebungen in Heilbronn durch, mit bis zu 200 Teilnehmern, in Kooperation mit Gewerkschaften und SPD-Mitgliedern. Dort wurden u.a. eindringlich die durch Krieg und Aufrüstung entstehenden Schäden für die Umwelt und durch fehlende Geldmittel für Bildung und Infrastruktur thematisiert. Die Forderung war ganz klar: Wir zahlen nicht für Eure Kriege!

Freud hatte Recht: Der Firnis der Zivilisation ist dünn. Krieg ist immer der maximale Bruch mit allen zivilen Errungenschaften. Er macht alle Beteiligten roh, gewaltbereit, verwahrlost – die Soldaten und die ganze Gesellschaft. Der Krieg macht Verbrechen möglich, die sonst nicht gemacht werden könnten, so die Shoa und T4-Aktion der Nazis. Die gesundheitlichen, materiellen und finanziellen, aber auch die seelischen Schäden und Traumata sind riesig. Das gilt für alle beteiligten Armeen. Deshalb gibt es keine Alternative zur Beendigung von Kriegen.

In Israel gibt es kleine NGOs wie *B'Tselem* und *Breaking the Silence*. Diese mutigen Gruppen setzen sich in Israel seit Jahrzehnten für die Beendigung der Besatzung und für eine politische Lösung des Konflikts ein, mit sehr wenig Erfolg bisher. Sie verdienen unsere volle Anerkennung und Unterstützung.

>>> Fortsetzung von Seite 23

Partei Die Linke insbesondere um die Kriegsfrage hervorgegangen ist. Wir haben in der Linken den Kampf gegen die Preisgabe linker antiimperialistischer Positionen gekämpft. Die meisten von uns haben Die Partei Die Linke verlassen ich auch. Ich war 33 Jahre lang Mitglied der Linken und war Mitglied des Parteivorstandes. Viele von uns sind in das Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW) gegangen andere kämpfen noch innerhalb der Linken. Als Strömung arbeiten wir weiter, weil wir davon überzeugt sind, dass es eine politische Kraft braucht die Perspektivisch für eine Alternative über den Kapitalismus hinaus kämpft und im Moment vor allem um eine breite Antikriegsbewegung aufzubauen. Viele von uns von *Was Tun?!* waren aktiv an der Vorbereitung der großen Demonstration am 3. Oktober in Berlin. *Was Tun?!* Mitglieder sind von Anfang an bei dem EVK dabei. Wir unterstützen das BSW in seiner klaren Haltung gegen den Krieg und im Kampf gegen den sozialen Krieg. In mancher Frage wünschen wir uns vom BSW mehr programmatische Klarheit.

Liebe Freundinnen und Freunde,
der sozialdemokratische Verteidigungsminister Pistorius prognostiziert, dass es am Ende dieses Jahrzehnts zu einem großen Krieg mit Russland kommen wird. Der Vorsitzende der CDU fordert, dass man Russland ein Ultimatum stellen müsse und es mit allen Waffen in der tiefe treffen müsse. Auch Moskau solle durch diese Waffen angegriffen werden. Das ist Wahnsinn das bedeutet einen atomaren Krieg.

Mit dem BSW ist eine Partei entstanden, die sich klar ge-

gen den Krieg positioniert, ebenso gegen den sozialen Krieg. Die Erfolge des BSW haben Auswirkungen auch auf die SPD. Die deutsche Sozialdemokratie ist unter Kriegskanzler Scholz zu einer offenen Kriegspartei geworden, aber sie erhält Widerspruch durch das BSW und von den Menschen, die das BSW gewählt haben. Die Erfolge des BSWs bei den ostdeutschen Landtagswahlen macht sich auch intern in der SPD bemerkbar. So musste die SPD im Land Brandenburg in der Präambel ihrer Koalitionsverhandlungen mit dem BSW eine Friedenspassage akzeptieren, die der Spitze der Sozialdemokratie viel Kopfzerbrechen bereitet und in den Eliten der deutschen Bourgeoisie Schnappatmen auslöst. Enorm ist der Hass der Eliten auf Sahara Wagenknecht, den sie medial zum Ausdruck bringen. Sahara Wagenknecht und das BSW sagen: „Wir haben im Wahlkampf versprochen, dass wir uns nur dann an einer Landesregierung beteiligen werden, die auch in der so viele Menschen bewegenden und für viele unserer Wähler wahlentscheidenden Frage von Krieg und Frieden Position bezieht.“ Gleiches betrifft auch die sozialen Fragen, wie Gesundheit, gute Renten, Verteidigung der Meinungsfreiheit zu. Und man muss sagen, unter dem Druck des BSW regen sich wieder friedensorientierte Kräfte in der SPD.

Wir sagen:

Schluss mit den Kriegen in der Ukraine und Palästina!

Sofortiger und bedingungsloser Waffenstillstand, keine Waffenlieferungen nach Israel und der Ukraine!

Beendigung der zerstörerischen Sanktionspolitik gegen Russland!

Rede von Ambre

Studentin, Aktivistin der POI Frankreich



Als junges Mitglied der POI [Unabhängige Arbeiterpartei] in Frankreich möchte ich heute über die Mobilisierungen und das Engagement der Jugend in Frankreich sprechen. Damit möchte ich euch auch einladen, in euren Beiträgen auf dieser Tribüne mitzuteilen, was ihr über die Formen der Jugendmobilisierungen in eurem Land wisst. Wir werden dies auf dem Jugendtreffen ausführlicher diskutieren, aber ich denke, dass es trotzdem sinnvoll ist, diese Informationen auszutauschen. (Andrej Hunko sagte gestern, dass es in Deutschland weniger Mobilisierungen für Palästina gibt, außer an den Universitäten, wo ein Campus zur Unterstützung von Gaza eingerichtet wurde).

Dies ist umso wichtiger, weil wir direkt von der kriegstreibenden Politik betroffen sind, die von unseren Regierungen betrieben wird. Die prekäre Lage, in der sich die Jugend und die Studierenden befinden, hat alles mit dem gigantischen Budget zu tun, das der Armee und der Polizei (d. h. der staatlichen Barbarei und Repression) zur Verfügung gestellt wird.

Diese Politik ist Teil einer umfassenden Politik zur Prekarisierung der Jugend, denn sie wissen, dass die Universitäten ein fruchtbarer Nährboden für Politisierung sind. Sie tun alles, um uns zu prekarisieren und uns zu billigen, austauschbaren Arbeitskräften zu machen und so zu verhindern, dass wir uns organisieren. Der Beweis dafür ist, dass die Universitäten mittlerweile automatisch geschlossen werden, sobald eine Mobilisierung beginnt. Die Folgen davon sind, dass derzeit Zehntausende von Studenten im ganzen Land für Lebensmittelverteilungen anstehen, da die Studenten nicht über die nötigen Mittel verfügen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Rückblick auf den Jugendprotest in Frankreich gegen den Krieg: Die Jugendbewegungen in Frankreich haben sich vor allem wegen der Palästinafrage mobilisiert. Ab November organisierten wir zusammen mit den Aktionsgruppen von *La France insoumise* (LFI) sowie mit Hilfe der palästinensischen Komitees Versammlungen für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand. Die LFI ist die einzige politische Kraft, die an diesen Mobilisierungen teilnahm (die Mobilisierungen der übrigen politischen Organisationen und der Gewerkschaftsorganisationen waren und sind lächerlich gering).

– Im April dieses Jahres, als die israelische Offensive in Rafah eskalierte, beschlossen wir, ein Camp in der Sorbonne zu errichten, als Echo auf die Bewegung, die an nordamerikanischen Universitäten (Columbia University) ins Leben gerufen wurde. Wieder einmal kamen nur Abgeordnete von *La France insoumise* zu den Kundgebungen, und sie waren die einzigen, die ihre Unterstützung bekundeten, als wir trotz unserer friedlichen Demonstration gewaltsam geräumt wurden.

– Im Mai wurden anlässlich einer weiteren Mobilisierung in der Sorbonne parallel zu einer Versammlung von Hunderten von Studenten direkt vor der Fakultät 86 Studenten von der Polizei festgenommen und in Polizeigewahrsam genommen (sie betraten den Raum dreimal).

Die Begründung? Für den Frieden mobilisiert zu haben. Für die Regierung darf niemand eine Meinung äußern, die der Kriegspolitik Israels zuwiderläuft, und ganz sicher nicht die Jugend.

– Nach seiner Ernennung im September veröffentlichte Patrick Hetzel, der neue Minister für Hochschulbildung, sofort ein Rundschreiben mit dem Titel „*Manifestations étu-*

diantes en lien avec le conflit israélo-palestinien“ („Studentendemonstrationen im Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt“), das an alle Universitätspräsidenten geschickt wurde und in dem er diese auffordert, die Unterdrückung jeglicher Äußerungen gegen den Völkermord in Palästina und den Krieg im Libanon zu gewährleisten. Er erinnerte sie an „ihre Pflicht, dem Staatsanwalt jede Straftat zu melden, von der sie Kenntnis haben“, und an ihre Verpflichtung, „für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung innerhalb ihrer Einrichtung zu sorgen“. Anschließend nahm er an einem Treffen der rechtsextremen Studentengewerkschaft UNI zu Beginn des Semesters teil. Es ist anzumerken, dass für die Studenten der Science Po (*Institut für politische Studien Paris*), denen nach der Teilnahme an einer Aktion zur Unterstützung des palästinensischen Volkes im September der Zugang zu ihrer Hochschule verwehrt worden war, vor zwei Tagen von der Leitung ihrer Hochschule die Sanktionen gegen sie aufgehoben wurden. Dies verärgerte unseren Minister, der sich für ihren Ausschluss ausgesprochen hatte.

Dies verdeutlicht die zunehmend repressive Atmosphäre, in der wir uns derzeit befinden. Die neue Regierung Macron verhöhnt jede Demokratie, ist nicht legitimiert und ruft bei jungen Aktivisten gegen den Krieg und den sozialen Krieg nur Abscheu und Wut hervor. Die Regierung ist unpopulärer denn je. Und so gehen trotz der medialen Dämonisierung der LFI und der gesamten Repressionen die Mobilisierungen weiter. Demonstrationen und Kundgebungen werden weiterhin organisiert. Und der Feind ist klar identifiziert: Der erste Slogan, der bei Demonstrationen und Kundgebungen (seit einem Jahr) skandiert wird, ist der folgende: „Israel Mörder – Macron Komplize“.

Abschließend möchte ich die Schlussfolgerung des Aufrufs des Europäischen Verbindungskomitees vom 4. Mai aufgreifen: Die Einheit ist unsere größte Stärke. Die Einheit der Arbeiter und Jugendlichen in unserem Land UND international, um einen Waffenstillstand und die Umverteilung der Militärbudgets für die Grundbedürfnisse der Bevölkerung durchzusetzen, das ist unsere größte Kraft.



Berlin, 3. Oktober 2024



Rede von Jonas Winkler

Jugend gegen Krieg und Sozialabbau, Leipzig

Ich studiere Geschichte an der Universität in Leipzig. Vor vier Tagen hatten wir eine Vollversammlung an der Universität. Mehr als 1.000 Studierende nahmen teil.

Der StudierendenRat und weitere Einlader erzählten den Anwesenden, dass die AfD ihre Bafög-Sätze kürzen wolle und sie dem vermeintlichen Rechtsruck der Bevölkerung entgegenhalten müssten.

Doch die Studierenden erklärten ihnen, dass die Regierung schon Anfang des Jahres im Haushalt zur Kriegsfinanzierung das Bafög, also den Studierendenkredit, massiv beschnitten hatte.

Nur jeder 10. Studierende erhält diesen Kredit. Und er reicht nicht einmal zum Leben. Mehr als 35% der Studierenden leben in Armut. Bei den Auszubildenden sind es auch 18%, weil deren Ausbildungsvergütung ebenfalls unter jeder Mindestgrenze von Einkommen liegt.

Das hat die Regierung Scholz mit ihrer Kriegsvorbereitung zu verantworten. Dazu braucht es keine AfD.

Aus der Mitte der Versammlung kamen die Forderungen, die die Studierenden mit großer Mehrheit beschlossen:

- ein elternunabhängiges Grundeinkommen, das zum Leben reicht,
- tarifgeschützter Lohn für studentische und wissenschaftliche Arbeit und Lehre
- keine Wehrpflicht und kein Zivildienst,
- keine Forschung zu militärischen Zwecken
- keine Repressionen gegen politische Aktionen gegen den Genozid in Palästina, fallen lassen der Strafanträge durch das Rektorat.

Dass diese Forderungen der Studierenden aus der Menge mit großer Mehrheit verabschiedet wurden, war so von den Veranstaltern nicht geplant. Doch die Studierenden erleben hautnah eine Wirklichkeit, in der demokratische und soziale Zerstörung für Kriegsvorbereitung durch die Regierung an der Tagesordnung ist: Studierende mussten z.B. in Münster zum Semesterbeginn in Turnhallen schlafen, weil sie keine bezahlbare Wohnung fanden.

Marode Schulen, Stundenausfall und Lehrermangel haben Studierende als SchülerInnen erlebt. An der Universität erleben sie nun die Fortsetzung der Zerstörung von Bildung.

Studierende werden als Billiglohnkräfte in prekären Arbeitsverhältnissen ausgebeutet und konkurrieren damit mit großen Teilen der Arbeiterschaft, weil sich der Niedriglohnssektor seit der Einführung des Mindestlohnes immer stärker ausbreitet. Und Studierende werden heute auch von politischer Repression bedroht, besonders, wenn sie sich gegen den Genozid in Gaza gegen Netanjahus zionistische Regierungspolitik in Israel und der Region einsetzen.

Mit der Bodeninvasion Netanjahus im Gazastreifen und der Ausweitung des Massakers am palästinensischen Volk, gab es auch in Leipzig [gab es] massive Proteste der Studierenden gegen die Massaker. Die friedliche Besetzung eines Hörsaals wurde mit Polizeigewalt geräumt. Die Studierenden erhielten Strafanzeigen. Das Protestcamp neben dem Hauptcampus der Universität wurde ebenfalls durch Polizei verlegt.

Im Mäntelchen der Staatsräson wird jeder Protest gegen den Genozid am palästinensischen Volk massiv unterdrückt, denn die Protestierenden klagen auch die Regierung Scholz

an. Durch ihre Waffenlieferungen macht sie sich mitschuldig am Genozid. Die Anklage trifft sie zu Recht!

Die Unabhängigkeit und Autonomie der Universität wird untergraben, indem das Rektorat zum Transmissionsriemen der Regierungspolitik wird und die Staatsräson konkret durchsetzt: Palästina-solidarischen Aktionen und Diskussionen werden Räume verwehrt, der Protest wird durch Polizei bekämpft.

Doch damit nicht genug: eine Zivilklausel, also eine Selbstverpflichtung der Universitäten nur für zivile Zwecke zu forschen und jegliche militärische Forschung auszuschließen, will sich die Universität Leipzig nicht geben.

Die Studierenden und die anwesenden Beschäftigten der Uni bei der Vollversammlung bestätigten diese Forderung mit großer Mehrheit. Das ist ein deutlicher Ausdruck für ein NEIN zum Krieg und NEIN zur Kriegsvorbereitung, die über die Forschung genauso läuft wie über die Kürzung von Mitteln für Bildung, Gesundheit und Lebensunterhalt, wie über die Einführung des Wehr- und Zivildienstes.

Die CSU-Regierung des Bundesstaates Bayern ging sogar noch einen Schritt weiter und verpflichtete die Hochschulen zur militärischen Zusammenarbeit. In Bayern werden Offiziere an Schulen zur Rekrutenwerbung eingesetzt. Allein letztes Jahr waren bundesweit 10,4% der Neu-Rekruten minderjährig, in Bayern sogar mehr als 13%.

Jetzt will Kriegsminister Pistorius in ganz Deutschland die Wehrpflicht wiedereinführen. Und ganz nebenbei auch die Zwangsarbeit über den Zivildienst. Wir Jugendlichen sollen als Kanonenfutter sterben oder als Zwangsdienstler billig öffentliche Leistungen erbringen. Die Wiedereinführung von Wehrpflicht und Zivildienst ist ganz direktes Indiz für Kriegsvorbereitung.

Doch überall verweigern Jugendliche in immer größer werdender Zahl die Vereinnahmung ihres Lebens für die kriegerischen Ziele der Regierungen. Tausende junge Russen und Ukrainer fliehen vor der Front, weil sie nicht als Kanonenfutter sterben wollen, für keinen der Oligarchen. Sie verdienen unsere Hochachtung und Solidarität. So auch die Jugendlichen in Israel, die den Kriegsdienst verweigern und unter Kriegsrecht sanktioniert werden.

Auf der Friedenskundgebung von 42.000 in Berlin am 3. Oktober 2024 hieß es: „Die Waffen nieder“ und wurde der bedingungslose Waffenstillstand gefordert. Der Vertreter der IG-Metall Jugend brachte es auf den Punkt: Wir schießen nicht aufeinander!

In Leipzig hat sich ein Aktionskreis Jugend gegen Krieg und Sozialabbau gegründet. Eine revolutionäre Jugendzeitung soll entstehen – weil wir die unabhängige Organisation brauchen. Gemeinsam mit Jugendlichen aus Serbien schlagen wir eine Kampagne gegen die Wehrpflicht und den Zivildienst vor – jedes Land muss seine spezifische Situation dabei einbringen. Und trotzdem steht ein gemeinsames Ziel dahinter:

Wir wollen leben und nicht als Kanonenfutter sterben. Wir wollen in keinem Land der Erde missbraucht werden als Kindersoldaten, oder als mordende Beauftragte im Massaker in Gaza, oder sterben im Stellungskrieg für ukrainisches Land, was schon längst internationalen Finanzfonds gehört.

Wir wollen Zukunft jetzt – Schluss mit den Kriegen und Massakern! Schluss mit der Regierung Scholz, die den Krieg vorbereitet und Staatsräson predigt, um das Massaker am palästinensischen Volk zu decken! Schluss damit!

Rede von Christos Marsellos

Delphi Initiative, Defend Democracy Press, Autor, Griechenland



Es besteht kein Zweifel: Wir erleben eine Beschleunigung der Geschichte. Dies könnte zu der katastrophalen Entwicklung hin zu einem Weltkrieg führen, bei dem möglicherweise Atomwaffen zum Einsatz kommen. In Zeiten wie diesen lautet die erste Frage immer: War all dies unvermeidlich? Die Antwort ist ein klares Nein.

Der Krieg in der Ukraine wäre ohne die aufeinanderfolgenden Expansionswellen der NATO nicht ausgebrochen. Während einige argumentieren, dass die Freiheit der Völker, ihre Bündnisse zu wählen, von größter Bedeutung ist, müssen wir dem das von Europa selbst vertretene Prinzip entgegensetzen, dass solche Entscheidungen nicht auf Kosten der Sicherheit anderer gehen dürfen. Russland warnte vor der NATO-Erweiterung in Georgien und der Ukraine, doch diese Warnungen wurden konsequent ignoriert; ein neuer europäischer Sicherheitspakt wurde nie diskutiert. Gleichzeitig zogen sich die Vereinigten Staaten einseitig aus mehreren Verträgen über Mittelstreckenraketen und Atomwaffen zurück.

Darüber hinaus erforderte die NATO-Mitgliedschaft in einem geteilten Land wie der Ukraine eine erzwungene Vereinigung und die Unterdrückung der Stimmen der russischen und pro-russischen Bevölkerung, die bei weitem keine kleine Minderheit darstellt. Die Gewalt, die nach den Ereignissen von 2014 ausbrach und von Gräueltaten gegen russischsprachige Bürger geprägt war – Gräueltaten, die von Europa weitgehend übersehen wurden – hat zu einem Krieg geführt, der Hunderttausende unschuldige Menschenleben gefordert hat. Vor allem auf der Krim und im Donbass stand das Prinzip der Selbstbestimmung auf dem Spiel, wenn auch auf eine Weise, die den Ansprüchen Europas widerspricht. Diejenigen, die die Legitimität der Referenden in diesen Regionen in Abrede stellen, übersehen die Tatsache, dass Russen und Pro-Russen eine große Mehrheit darstellen.

Russland hätte diese Regionen als Druckmittel nutzen können, um die Richtung der Ukraine zu beeinflussen, ein Schritt, der durch die Realitäten vor Ort gerechtfertigt wäre. Im Gegensatz dazu erfordert der Vorstoß zur erzwungenen Vereinigung ein höheres Maß an Manipulation, indem ein künstliches Narrativ geschaffen wird, dass die lokalen Realitäten missachtet. Man kann nicht behaupten, dass die Bewohner der Ostukraine Ukrainer sind, und ihnen gleichzeitig das Recht verweigern, die Zukunft ihres Landes zu gestalten.

Das westliche Lager schien zu glauben, dass Russland entweder nicht reagieren würde oder von den Sanktionen überwältigt wäre, was dazu führte, dass sie schon früh im Konflikt von jeglichen Friedensgedanken abrieten. Infolgedessen leidet die Ukraine nun unter dieser westlichen Hybris, die durch den Einsatz von Bodentruppen oder Tiefangriffen in Russland zu einer Katastrophe eskalieren könnte. Der Grat zwischen Bluffen und Kontrollverlust ist gefährlich schmal, und dies könnte letztlich zu einem nuklearen Holocaust führen.

Im Nahen Osten ist der 7. Oktober zu einem Datum geworden, das sich in unser Gedächtnis eingebrannt hat. An diesem Tag begann eine blutige israelische Militäroperation, die bereits Zehntausende unschuldige Zivilisten das Leben gekostet hat. Wir hören, dass Israel das Recht hat, sich zu verteidigen, und das stimmt zwar, aber eine solche Verteidigung sollte nicht auf Kosten von Zivilisten gehen, die beispiellose Verluste erleiden. Allein durch diese Feststellung werden wir oft beschuldigt, die am 7. Oktober an israeli-

schen Zivilisten begangenen Gräueltaten zu legitimieren. Natürlich können wir sie nicht legitimieren. Aber wir sind nicht die Richter. Wir sind in der Tat für sie verantwortlich, denn ohne unsere Gleichgültigkeit hätte die Verzweiflung der Palästinenser nicht zu diesen Gräueltaten geführt. Wenn man ihnen nicht verzeiht, was sie seit Jahrzehnten erleiden, dann kann man auch Israels blutige Rache nicht verzeihen. Durch ihre Unverhältnismäßigkeit ist sie eine absolute Schande.

Ich komme aus einem Land, das in viel kleinerem Maßstab ähnliche Phänomene erlebt hat. Während des Zweiten Weltkriegs gab es zahlreiche Fälle, in denen die Nazis als Vergeltung für den Verlust von einem oder zwei Soldaten die gesamte männliche Bevölkerung eines Dorfes oder eine beträchtliche Anzahl von Personen in Städten auslöschten. Habe ich deswegen Ressentiments gegenüber den Deutschen? Nein, habe ich nicht; so etwas wie Kollektivschuld gibt es nicht.

Einige Israelis könnten argumentieren, dass es keinen Vergleich gibt, und behaupten, dass sie sich lediglich verteidigen und dass Antizionismus ein Deckmantel für Antisemitismus ist. Ich stelle diese Auffassung in Frage. Ich hege keine negativen Gefühle gegenüber Juden als Kollektiv, denn auch hier gibt es keine Kollektivschuld. Wir müssen diese Diskussion jedoch weiter nuancieren. Es geht nicht um den Zionismus an sich, sondern um eine Politik, die kein Mensch gutheißen kann. Viele Juden weltweit lehnen die Handlungen der derzeitigen israelischen Regierung ab und betrachten sie als Wahnsinn, der die Gewalt über Generationen hinweg fortsetzt. Soll man sie als Antisemiten bezeichnen?

Die Wahrheit ist, dass es ohne Verhandlungen und Gerechtigkeit für beide Seiten keinen Ausweg aus dieser Situation gibt. Umgekehrt stehen wir vor einem für alle Beteiligten schlimmen Ausgang, insbesondere wenn diejenigen, die einen umfassenderen Konflikt provozieren wollen – angetrieben von ihrem Wunsch nach einer endgültigen Konfrontation mit dem Iran – sich durchsetzen dürfen. Man könnte sogar in Frage stellen, ob Israel solche katastrophalen Wellen lange überleben könnte. Nicht Israels Feinde, sondern seine Freunde sollten sich dafür einsetzen, Druck auf seine Regierung auszuüben, um diesen Kreislauf des Schreckens zu beenden.

Wir sind besorgt, dass diese Kriege zu einem totalen Krieg eskalieren könnten, aber wir sind auch besorgt über ihre Auswirkungen auf unsere Zivilgesellschaften. Können wir sicherstellen, dass diese Konflikte nicht zu sozialen Unruhen führen, die durch einen niedrigen Lebensstandard und verschärfte Klassenkämpfe ausgelöst werden und die entweder spontan oder durch Manipulation dazu führen könnten, dass die zugewanderte Bevölkerung zum Sündenbock gemacht wird?

Wir dürfen nicht vergessen, dass das, um eine alte Definition von Aristoteles zu verwenden, was aus unserer Perspektive zuerst kommt, nicht unbedingt das ist, was in der Natur der Dinge zuerst kommt. Wir beobachten, wie geopolitische Spannungen Druck auf unsere Wirtschaft ausüben, doch in Wirklichkeit ist es der Zustand unserer Wirtschaft, der diese Spannungen schürt. Wir geben nicht nur Geld aus, das anderswo besser eingesetzt werden könnte, wir verdienen

Geld. Oder, um es deutlicher auszudrücken: Einige im westlichen Lager verdienen Geld, und einige andere, die das nicht tun, haben nicht den Mut, einfach die Wahrheit zu sagen.

Geopolitische Spannungen entstehen durch ein Ungleichgewicht in der globalen Wirtschaftsrealität, in der der Einfluss der westlichen Volkswirtschaften allmählich abnimmt. Hinzu kommt die nicht zugegebene Notwendigkeit, das exorbitante Privileg des Dollars als internationale Währung mit Gewalt aufrechtzuerhalten, zusammen mit dem umfassenderen globalen Fiat-Geldsystem, das es westlichen Nationen ermöglicht, über ihre Verhältnisse zu leben.

Europa fehlt nicht nur die Stärke, um effektiv zu verhandeln und gegnerische Parteien in verschiedenen Konflikten einzudämmen; die EU selbst scheint es vorzuziehen, der Hybris bestimmter westlicher Fraktionen zu folgen, die versuchen, ihren Willen durchzusetzen, anstatt anzuerkennen, dass sie in Verhandlungen nicht die Oberhand behalten würde – weder durch Gewalt noch durch Gerechtigkeit.

Dies führt zu einem Teufelskreis: Mit zunehmenden internen Spannungen könnten sich unsere Regierungen zuneh-

mend externen Feinden zuwenden, um die Schuld für ihre eigenen Unzulänglichkeiten von sich zu weisen. Dies ist der Hauptgrund, warum die Situation ohne einen neuen Gesellschaftsvertrag hoffnungslos erscheint; doch wir sind noch weit davon entfernt, auch nur die Grundlagen dafür zu schaffen.

Wir sollten nicht erwarten, dass Staaten und ihre Mechanismen – und noch weniger die derzeit zerstrittenen Imperien – Gerechtigkeit in Betracht ziehen; sie sind von Natur aus vom Streben nach Macht getrieben. Nur gewöhnliche Bürger können von ihren Regierungen verlangen, dass sie sich auf Gerechtigkeit konzentrieren. Um sich für Gerechtigkeit einzusetzen, müssen die Bürger die wahren Umstände verstehen. Gerechtigkeit wird durch Wahrheit erreicht, insbesondere durch die Art von Wahrheit, die oft von den Mainstream-Medien unterdrückt wird, die einem heimtückisch auferlegten Konsens dienen. Die Wahrheit ist nicht immer angenehm, und Gerechtigkeit – sowohl international als auch innerhalb unserer Gesellschaften – wird nicht ohne Opfer erreicht werden.

Rede von Marcus Carlstedt

Gewerkschafter im Bildungsbereich, Schweden



Liebe Freunde und Genossen,
ich bin Gewerkschaftsdelegierter in der Lehrgewerkschaft in Stockholm und Mitglied der nationalen Verhandlungsdelegation. Ich bin hier als Vertreter der neu gegründeten Partei *Solidaritet* (Solidarität).

Zunächst möchte ich die Bedeutung dieser Konferenz in einer Situation betonen, die von der Entwicklung reiner Barbarei auf der ganzen Welt geprägt ist. Vergessen wir nie, was gerade jetzt im Gazastreifen, im Libanon, im Westjordanland und in den Schützengräben in der Ukraine vor sich geht. Lasst uns das unter uns präsent sein!

Alle Ausdrucksformen, von denen wir auf dieser Konferenz über die Barbarei gehört haben, sind auch in Schweden präsent. Was ich speziell für Schweden anspreche, ist die vollständige Integration Schwedens und Finnlands in die NATO. Dies ist natürlich ein historisches Ereignis und aufgrund der geografischen Lage Schwedens und Finnlands für die NATO selbst von großer Bedeutung. Wenn Ihr die „geleakte“ Karte über den Truppentransport im Falle einer Eskalation des Krieges gesehen habt, dann wisst Ihr, dass einer der Hauptwege über Norwegen, Schweden und Finnland zur russischen Grenze führt.

Was gerade passiert, ist die Vorbereitung für die Stationierung schwedischer Truppen in Lettland an der russischen Grenze. Außerdem die Stationierung schwedischer Militärflugzeuge in der integrierten NATO-Verteidigung der Ostsee, wobei die schwedischen Militärflugzeuge von Arbeitern in Schweden von der Firma Saab hergestellt werden, die einige von Euch vielleicht als Autohersteller kennen, die aber geschlossen wurde und jetzt nur noch Militärprodukte herstellt.

Dann haben wir das berühmte Verteidigungsabkommen – DCA – zwischen Schweden und den USA. Es geht um das Recht der US-Streitkräfte, 17 Militärstützpunkte in Schweden einzurichten. Eine Art Deckmantel für die Schaffung echter US-Stützpunkte, denn sie haben das Recht, diese Stützpunkte umzubauen, einschließlich der Gebäudeteile, die für die schwedischen Behörden geschlossen werden. 17 Stützpunkte in Schweden! Ich empfehle Euch, dieses Ab-

kommen zu lesen, aber ich möchte auf einen Punkt hinweisen, der normalerweise nicht diskutiert wird. Es gibt einen ziemlich langen Absatz über das Recht der USA, ihre eigene Militärpolizei einzusetzen, und es entsteht der Eindruck, dass sie sich auf eine große Anzahl von US-Soldaten in Schweden vorbereiten. Andernfalls wäre diese detaillierte Beschreibung, wie die Militärpolizei die Soldaten in Schach halten soll, nicht nötig.

Außerdem arbeitet Schweden natürlich in allen Bereichen mit Israel zusammen: Militär, Wissenschaft, Austausch zwischen Universitäten, Wirtschaft und so weiter. Schweden gehört also zu den Regierungen, die für die derzeit stattfindenden Gräueltaten mitverantwortlich sind.

Zu all diesen von mir erwähnten Fragen gibt es eine massive Propaganda, einschließlich Angriffen auf alle Formen des Widerstands. Angriffe auf die Tausenden von Teilnehmern an den Demonstrationen gegen die Massaker in Palästina, die jede Woche in mehreren schwedischen Städten stattfinden. Sie werden als „Antisemiten“ beschuldigt. Angriffe gibt es auch auf die Gewerkschaften, auf Gewerkschaftstreffen gegen die Massaker, die nicht so zahlreich sind, aber es gibt sie. Ich habe damit persönliche Erfahrungen gemacht, als ich versuchte, ein Treffen innerhalb der Lehrgewerkschaft zu organisieren, das sowohl von innerhalb der Gewerkschaft selbst als auch von außerhalb angegriffen wurde, unter anderem von zionistischen Kräften, die uns in den Medien kritisierten.

Auch Mitglieder der Linkspartei werden angegriffen. Einige ihrer Mitglieder wollen sich bei der Verteidigung der Palästinenser noch stärker engagieren und werden in den Medien, von den rechten Parteien und der extremen Rechten bloßgestellt und angegriffen, wobei die Besonderheit darin besteht, dass die Führung der Linkspartei selbst diese Angriffe fortgesetzt hat. Es gab mehrere Ausschlüsse aus der Linkspartei, darunter auch von Führungskräften auf regiona-

ler Ebene, die zum Austritt gezwungen wurden, und ein gewählter Gemeinderat wurde ausgeschlossen. Viele andere sahen sich aufgrund der Angriffe gezwungen, die Linkspartei zu verlassen.

Hunderte Palästinenser und Aktivisten, die an den Demonstrationen zur Verteidigung Palästinas teilgenommen haben, wenden sich nun von der Linkspartei ab. In dieser Situation haben wir letzte Woche eine neue Partei gegründet. Das Grundsatzprogramm dieser neuen Partei könnte durch die folgenden Punkte unseres europäischen Appells zusammengefasst werden:

- Stoppt den Völkermord am palästinensischen Volk!
- In Palästina wie in der Ukraine: sofortiger Waffenstillstand!
- Stoppt die Waffenlieferungen!
- Nein zu jeglicher militärischer Intervention durch NATO-Truppen in der Ukraine!

Ich möchte noch einen weiteren Punkt hinzufügen, der für diese neue Partei von zentraler Bedeutung ist, nämlich die klare und eindeutige Unterstützung für eine Ein-Staaten-Lösung in Palästina – vom Fluss bis zum Meer!

Ihr könnt euch vorstellen, dass wir von den Medien und anderen Parteien angegriffen werden, aber die Gründung dieser neuen Partei ist ein äußerst wichtiger Schritt. Und der Prozess geht weiter. Am Tag vor der Gründung unserer Partei wurde ein weiterer lokaler Parteiführer der Linken ausgeschlossen. Das bedeutet, dass nun Hunderte von Aktivisten versuchen, eine neue Partei zu gründen. Natürlich versuchen wir, unsere Kräfte zu bündeln.

Das ist nicht einfach, es wird eine sehr schwierige Aufgabe

sein, diese Partei aufzubauen, gegen die Unterdrückung und all die schmutzigen Methoden, die angewendet werden, um uns zu verleumden, aber ich möchte mit einem positiven Ton schließen.

Wie einige von Euch, insbesondere der Delegierte aus Frankreich, erwähnt haben, ist die Situation innerhalb der Gewerkschaften wichtig. Es gibt ein wichtiges Beispiel: die örtliche Gewerkschaft der großen Scania-Lkw-Fabrik, die ein riesiges Werk direkt außerhalb von Stockholm betreibt. Die Gewerkschaft dieses Werks hat 4.800 Mitglieder. Vor ein paar Wochen haben sie eine Erklärung mit dem Titel „Verurteilung“ abgegeben. Und was sie verurteilen, ist der Völkermord in Palästina.

Noch wichtiger ist, dass sie in derselben Erklärung die Frage aufwerfen, ob es richtig ist, weiterhin Lastwagen nach Israel zu exportieren. Dies ist der Beginn einer Bewegung, die tatsächlich den Versand von Waffen und anderen von der israelischen Armee genutzten Einrichtungen blockieren kann.

Übrigens versucht einer der Sprecher unserer Partei – ein ehemaliger Abgeordneter der Linkspartei und derzeitiger Präsident von *Ship to Gaza* – die Dockworkers Union zu überzeugen. Eine unabhängige Gewerkschaft, die in vielen wichtigen Fragen einen unabhängigen Standpunkt vertritt, auch auf internationaler Ebene durch ihr Netzwerk. Leider haben sie bisher nichts unternommen, um die Waffenlieferungen nach Israel zu blockieren. Wir versuchen nun, mit ihnen eine Diskussion zu eröffnen, inspiriert von den Ereignissen in Italien, im Hafen von Genua usw.

Vielen Dank, Genossen, lasst uns weiterkämpfen!

Rede von Marcus Staiger

Aktivist/Publizist, Berlin

Liebe Freundinnen und Freunde,
vielen herzlichen Dank, dass ich auf dieser Veranstaltung sprechen darf, zumal ich keiner Organisation anhöre und so quasi ein Freier Radikaler bin.

Ehrlich gesagt, habe ich auch mit der Friedensbewegung nicht viel anfangen können, zu alt und auch etwas angestaubt, allerdings habe ich dann nach dem russischen Überfall auf die Ukraine im Jahr 2022 doch festgestellt, dass es sich bei der Kriegsfrage um einen antagonistischen Widerspruch handelt und dass es wichtig ist, hier Position zu beziehen. Umso erstaunter war ich, als ich bemerken musste, dass viele Leute aus meinem politischen Umfeld plötzlich NATO-Positionen vertraten.

Ich habe mich dann dem Bündnis *Heizung Brot und Frieden* angeschlossen, das auch eines der ersten war, die die soziale Frage und die Frage des Krieges miteinander verbunden haben, was viele Gruppierungen bis heute nicht machen.

Entweder sie beschäftigen sich mit der Friedensfrage und lassen die soziale Frage außen vor oder sie beschäftigen sich ausschließlich mit der sozialen Frage, wie die Gewerkschaften, lassen dafür aber die Kriegsfrage unbeachtet. Oder die Linkspartei, die es bis heute nicht schafft, eine klare Haltung zum Krieg in der Ukraine oder in Gaza zu beziehen.

Das gehört aber zusammen, denn im Schatten des Krieges und der Kriegswirtschaft wird eben auch ein Krieg gegen die Bevölkerung geführt und deshalb ist so eine Konferenz wie die unsere, mit diesem Titel auch so wichtig und macht Mut.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch noch über etwas anderes sprechen, und zwar darüber, wie die Militarisierung nicht nur unsere materiellen Grundlagen zerstört, sondern wie die Kriegshetze und die immer größer werdenden Be-

reitschaft, sich abzuschotten, Mauern zu bauen und sämtliche Konflikte mit Gewalt zu lösen, unsere Gesellschaft zerstört.

Ich möchte darüber sprechen, wie der Krieg und die Kriegsrhetorik unsere Seelen vergiftet und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstört und wie die weltweite Kriegsbegeisterung eben auch nach innen wirkt.

Wir sehen das jeden Tag. Obdachlosigkeit, Drogenhandel, Jugendkriminalität, Gewaltdelikte – die Schlagzeilen sind voll davon.

Die konservativen, die Rechten, aber auch mittlerweile die Liberalen schreien dann nach mehr Polizei und härteren Strafen. Sie beklagen den Wertezerfall (wobei man fragen muss, welche Werte sie eigentlich meinen) und sie beklagen einen moralischen Niedergang. Aber wir wissen doch alle – das hat wenig mit Moral zu tun – diese Zerstörung von Gesellschaft hat eine materielle Grundlage und das ist die Krise eines Wirtschaftlichen Systems, das ist die Krise des Kapitalismus, der sich nur noch mit brutalster Gewalt an der Macht halten kann.

Und das können wir in der Welt beobachten, genauso wie wir das im Innern beobachten können.

Wisst Ihr, ich arbeite in einem Jugendzentrum in Berlin Kreuzberg und zu uns kommen viele Kinder, deren Eltern aus Palästina oder dem Libanon fliehen mussten. Wir arbei-



Fortsetzung auf Seite 31 unten >>>



Rede von Milena Repajic

Vorsitzende der Radikalen Linken, Serbien

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich freue mich, dass wir uns heute hier versammelt haben, um eine Front gegen den drohenden Krieg auf dem gesamten Kontinent zu bilden.

Ich komme aus Serbien, einem Land mit einer Anti-NATO-Öffentlichkeit, aber einem Land, das ein sehr loyaler Verbündeter des Westens ist. Die serbische Regierung exportiert Waffen nach Israel und in die Ukraine und hat kürzlich ein Atomabkommen mit Frankreich geschlossen. Wir haben ein NATO-Büro im Verteidigungsministerium. Bei den jüngsten Besuchen von Olaf Scholz und Ursula von der Leyen hat Serbien zugestimmt, Lithium für einen europäischen „grünen Wandel“ und die deutsche Autoindustrie zu fördern, die bröckelt und 100.000 Arbeiter entlässt, während wir hier sitzen. Derzeit versucht die Regierung, Änderungen des Strafrechts zu verabschieden, die dem „Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union“ besondere Aufmerksamkeit widmen.

Dieses Land wird seit jeher beschuldigt, pro-russisch zu sein, ein „russisches Gouvernement“, weil es nicht in vollem Umfang Kriegstreiberei betrieben und Russland nicht sanktioniert hat.

Wir leben in einer Welt, in der schwarz weiß ist, einer Welt des Umgekehrten. Genosse Hunko erwähnte vorhin Julian Assange. Einer der prominenten „unabhängigen Journalisten“ in Serbien – unabhängig bedeutet, dass er vom National Endowment for Democracy finanziert wird und

Auszeichnungen vom Außenministerium der USA erhält – hat wiederholt verächtlich geäußert, dass Julian Assange kein Journalist sei. Ich weiß nicht, ob die Wahrheit Kriege beenden kann, aber ich weiß, dass Assange eine der wichtigsten Stimmen war, die die imperialistische Kriegsmaschinerie aufgedeckt hat, die jetzt die ganze Welt an den Rand eines Krieges bringt.

Die Frage von Krieg und Frieden ist heute die wichtigste politische Trennlinie in Europa und der Welt. Wir sehen das jetzt überall in Europa bei den Linken. Wir sehen, wie sich die traditionellen, neuen linken Parteien in einen kriegsfeindlichen und einen pro-imperialistischen Flügel spalten. In Serbien hat die Partei der Radikalen Linken 2021 eine solche Spaltung durchgemacht. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle fortschrittlichen Antikriegskräfte zusammenarbeiten, um die imperialistische Bourgeoisie aufzuhalten, die einen weiteren Krieg braucht, um zu überleben. Das sehen wir in der europäischen Kriegswirtschaft. In den neuen NATO-Stützpunkten in Norwegen und Schweden. In den Langstreckenraketen, die die USA in Deutschland stationieren wollen. Im kriegstreiberischen Wahlkampf der derzeitigen Europäischen Kommission. Deshalb sind solche Treffen wichtig, ich hoffe nur, dass wir nicht zu spät kommen.

Abschließend muss ich hinzufügen, dass die europäische Linke, wenn dies erreicht werden soll, ihre Arroganz ablegen und mit dem globalen Süden zusammenarbeiten und ihm zuhören muss. Dort entsteht ein wahrer antiimperialistischer Kampf – von Palästina bis Afrika, von China bis Lateinamerika.

>>> Fortsetzung von Seite 30

ten in einem sogenannten Brennpunktviertel und es gibt auch immer wieder Spannungen unter den Kindern und Jugendlichen.

Wie aber soll ich diesen Kindern und Jugendlichen erklären, dass sie ihre Konflikte friedlich lösen sollen, wenn sie mir im selben Moment Tiktok-Video zeigen, in denen man sehen kann, wie Verwandte, Freunde oder Bekannte bei lebendigem Leib verbrennen.

Wie soll ich ihnen erklären, dass sie Teil dieser Gesellschaft sind, wenn die Hetze über Migrantinnen und Migranten immer lauter wird.

Wie soll ich ihnen von den Werten der westlichen Gesellschaft erzählen, wenn ihre Demonstrationsfreiheit eingeschränkt wird und ihnen immer wieder mitgeteilt wird, dass sie Menschen zweiter Klasse sind.

Wie soll ich ihnen irgendwas von Menschenrechten erzählen, wenn sie genau sehen, dass diese Menschenrechte gar nicht für alle gleichermaßen gelten und diese Menschenrechte vom Westen immer sehr unterschiedlich verteilt werden.

Wie soll man so eine Heuchelei rechtfertigen. Wie kann man so eine Doppelmoral erklären.

Wie soll man diese Kinder zu Offenheit und Toleranz erziehen, wenn an den Grenzen Europas eine mörderische Abschottungspolitik praktiziert wird und tagtäglich Flüchtlinge ertrinken, zusammengeschlagen und abgeschoben werden.

Dann ist es doch fast logisch, dass sich diese Spannungen in spontanen Unruhen, in gewalttätigen Ausschreitungen

und nihilistischen Riots entladen.

Es ist doch verlogen, wenn man dann Krokodilstränen über die Silvesterkrawalle vergießt, aber die Ursachen nicht benennt.

Nein. Diese Spannungen werden nicht verschwinden. Die lassen sich nicht wegmoderieren. Die bürgerliche Gesellschaft ist bankrott und sie wird diese Spannungen nicht mehr auflösen können. Die bürgerliche Ordnung ist am Ende.

Wir selbst müssen bei diesem Prozess allerdings dafür arbeiten, dass sich diese gesellschaftlichen Verwerfungen nicht in einem Krieg jeder gegen jeden entladen und dass wir uns nicht dazu hinreißen lassen, uns gegenseitig zu bekämpfen.

Aus diesem Grund müssen wir die Verhältnisse nutzen und sie gegen jene richten, die uns diese Verhältnisse eingebrockt haben.

Und wenn sie uns zu den Waffen rufen, dann müssen wir die Waffen umdrehen und gegen jene richten, die uns in den Krieg schicken wollen. Selbstverständlich nur als Kunstaktion und als revolutionäre Performance, denn in der Kunst ist alles erlaubt.

Liebe Freundinnen und Freunde, vor über 100 Jahren hat Rosa Luxemburg prophezeit, dass wir vor einer Entscheidung stehen. Sozialismus oder die Barbarei und wie wir wissen hat damals die Barbarei gewonnen.

Heute stehen wir vor der gleichen Frage. Sozialismus oder Barbarei? Und ich werde alles dafür tun, dass diesmal die Barbarei verliert.

Dafür müssen wir kämpfen, gemeinsam, organisiert und internationalistisch. Hoch die internationale Solidarität!

Rede von Bud Blumenthal

Comité Surveillance OTAN, Belgien



Ich werde nicht über alles sprechen, worüber wir gesprochen haben.

Meine Organisation, das Comité Surveillance OTAN (NATO-Überwachungsausschuss), stimmt sicherlich allem zu, was hier zum Ausdruck gebracht wurde. Ich möchte Euch nur daran erinnern, dass sich die belgische Friedensbewegung zu Beginn der SMO sofort spaltete. Wahrscheinlich etwa 70 % bis 30 % der Gruppen verurteilten RUSSLAND und die anderen nicht. Dies ähnelt dem Beginn des Gaza-Konflikts. Viele Organisationen und Politiker beginnen mit einer Verurteilung der Hamas und der anderen militanten Organisationen, die die Al-Aqsa-Flut durchgeführt haben. Dabei wird natürlich das Recht Israels auf Selbstverteidigung bekräftigt. Und dann kann die Organisation oder Person damit beginnen, alle wichtigen Aspekte des Völkermords zu erklären, seine Geschichte, seine Planung, seine imperialen Auswirkungen und die wahren Ziele Israels und natürlich das Problem der Unterstützung Israels durch die USA und Europa.

Meine politische Partei, die PTB, hat beispielsweise auch die russische Invasion in der Ukraine vehement verurteilt. Danach hat sie sich natürlich gegen die Lieferung von Kriegsmaterial an die Ukraine gewehrt und diese verurteilt. Selbst mein buddhistischer Sangha hätte die Invasion der Ukraine durch Russland nie unterstützt. Und dennoch kann er verstehen, wie der Westen unter der Führung der USA den Konflikt angezettelt hat. Wir alle kennen die Details.

Ich werde die wichtigen Punkte, die heute bereits von fast allen wiederholt wurden, nicht noch einmal ansprechen. Ich möchte nur sagen, dass wir es mit einer intellektuellen und administrativen Elite in der Regierung, der Wirtschaft, den Medien usw. zu tun haben, die sich in den letzten 30 Jahren gebildet hat. Diese Nomenklatura ist schuld daran, dass wir in diese drei Kriege verwickelt wurden: Ukraine, Israel und China – der kommende Krieg, der bereits begonnen hat. Diese Eliten, Politiker und Vordenker müssen bekämpft werden.

Warum? Weil sie immer noch da sind! Wir mögen denken, dass der Krieg verloren ist und die Ukraine keine Chance hat, sich durchzusetzen. Aber SIE TUN ES NICHT. Sie verdoppeln offensichtlich ihre Anstrengungen und setzen sich weiterhin über die offensichtliche Geschichte hinweg, die sich gerade abspielt. Sie haben keine Chance, diesen Krieg zu gewinnen, und dennoch führen sie ihn gegen das Interesse aller.

Vor allem für die zukünftigen Generationen. Was für eine Welt hinterlassen wir unseren Kindern? Was für eine Welt hinterlassen unsere Staats- und Regierungschefs ihren eigenen Kindern und Enkeln? Ich sage, dass sie Verräter an ihren Kindern und Enkeln sind. Ich sage, dass sie zu einer Welt des heißen und kalten Krieges beitragen, die mit dem Überleben der Spezies völlig unvereinbar ist. Nicht nur, weil sie jegliche Zusammenarbeit zwischen den Generationen der Menschen in den verschiedenen Ländern wie Russland und China und unseren Ländern ruinieren, sondern auch wegen der Besessenheit vom Krieg, die in Wirklichkeit eine Besessenheit davon ist, den Krieg nicht zu „VERLIEREN“, das „GESICHT“ nicht zu verlieren, d. h. Rechenschaftspflicht und dann „Gerechtigkeit“ zu vermeiden. Wir müssen anfangen, die Schurken anzugreifen. Wir müssen anfangen, ihr Kriegssystem zu untergraben. Wir müssen damit beginnen, die Protagonisten dieser Katastrophe in Verlegenheit zu bringen. Wir müssen uns über sie lustig machen. Wir müssen sie lächerlich machen. Wir müssen sie so darstellen, wie sie sind – als unwissende, propagandistische, imperialisti-

sche Wegbereiter, die mit der Illusion einer kapitalistischen Fantasie moralischer Autorität aufgewachsen sind, die auf dem Erfolg und der Inspiration des American Way aufbaut, der unangefochten ist und unsere Lebensweise für immer und ewig schützen wird! Diese Fantasie muss demontiert werden.

Dafür müssen wir mehr Generationen von Menschen gewinnen. Jüngere Menschen, Menschen mittleren Alters und sehr junge Menschen. Dafür müssen wir ihnen all diesen Scheiß erklären. Dafür können wir nicht in einer Weise sprechen, die Sie und ich leicht verstehen, indem wir unseren Jargon, unsere Nomenklatur und unsere komplexen Begriffe verwenden. Wir können die Dinge jedoch in einfacheren Worten erklären. Damit diese Generationen Interesse entwickeln, müssen wir ihre Aufmerksamkeit erregen. Sie müssen visuell, sinnlich, intellektuell und emotional interessiert sein. Wie Gaza eine große Anzahl junger Menschen inspiriert hat, so hat auch die Klimabewegung eine große Anzahl junger Menschen angezogen.

Durch meine Arbeit in der Klimabewegung, die vor dieser Antikriegsbewegung stattfand, habe ich gelernt, dass es für die Schaffung von Engagement und damit dieses wächst und sich selbst trägt, unerlässlich ist, die Arbeit wichtig und relevant zu machen, mit einer Erzählung, in der der Aktivist zum Protagonisten einer Heldengeschichte wird, die unsere Zivilisation retten wird. 2. Wir müssen sie nahrhaft machen, die Menschen müssen Sinn, Verbindung, Zweck, Erfolg und coole Aktivitäten mit Kreativität und Vielfalt finden. 3. Es muss Spaß machen, es darf nicht nur hart und langweilig und kompliziert sein, es muss Lächeln, Lachen, Spiele, Gesänge, Musik, Tanz, Kunstwerke geben ... wir brauchen Schönheit an sich, es muss für alle attraktiv sein und so gestaltet sein, dass sich die Menschen sicher fühlen und sich auch relevant, wichtig und wohl fühlen.

Wir müssen einfache Methoden anwenden und nicht nur Untergangsszenarien und politische Analysen. Wir müssen Geschichten darüber schreiben, was sein könnte. Wie die Welt aussehen wird, wenn wir diesen Weg des Krieges weitergehen – keine Möglichkeit, nach Russland, in den Osten nach China zu reisen, und mit einem Großteil der Welt als unseren Feinden – die BRICS zum Beispiel ... und wir müssen eine Welt beschreiben, die so sein kann, wie wir eine Lösung finden, um dauerhaften Frieden und Zusammenarbeit zwischen Ländern und Zivilisationen zu schaffen. Wir müssen eine Utopie beschreiben, wenn wir auch nur die geringste Chance haben wollen, eine solche zu schaffen.

Deshalb sollten wir junge Menschen in unsere Organisationen einbinden und ihnen die Aufgabe übertragen, unsere großartige Geschichte zu malen und zu choreografieren, sie bitten, die Playlist für den Marsch, die Banner für die Parade, den Tanz für die Feier und das vegetarische Essen für das Treffen zu gestalten.

Ein paar Ideen: Poster, Aufkleber, Stempel und Graffiti, T-Shirts, Anstecknadeln, Videoclips, Tic-Tac-Toe, Wandbilder in der Stadt, Postkarten und schließlich Tanz. Die kreative Klasse anlocken und einbinden. Die NATO wird der Kreativität nichts entgegensetzen können.

Ich gebe Euch ein Beispiel.

Bitte erhebt Euch.

Aus einem Buch von Joanna Macy: Wir sind die Natur ... die sich selbst verteidigt.



Rede von Jörn Rieken

IG Bauen-Agrar-Umwelt, IG BAU, Berlin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
der entscheidende Ansatz wurde heute bereits mehrfach angesprochen: ein wirkungsvoller Widerstand gegen Krieg und Aufrüstung erfordert eine strukturelle und dauerhafte Massenbewegung. Obwohl Aktionen von Bewegungen und Bürgerinitiativen teilweise Erfolge bei ihren Themen erzielen konnten, sind die meisten von ihnen mittlerweile kaum mehr aktionsfähig. Für einen wirkungsvollen Widerstand gegen die geballte Macht der Instrumente des kapitalistischen Systems braucht es die organisierte Kraft der abhängig Beschäftigten, und zwar die Gewerkschaften – im Inneren gegen die neoliberale Umverteilungspolitik und im äußeren gegen die Kriege des „Werte-Westens“.

Zu deren Finanzierung wurde der Rüstungsetat bereits in den letzten 10 Jahren von 30 Mrd. auf 80 Mrd. Euro erhöht. Das geschah vorwiegend, um ökonomisch weniger entwickelte Länder, die sich der Dominanz des Westens entziehen wollten, in ihren Grundfesten zu zerstören. Nach dem Zerfall der Sowjetunion waren diese „demonstrativen Kriege“ recht „effektiv“ darin, weitere Länder des Globalen Südens von Widerständen abzuschrecken.

Der finanzielle Aufwand gegen Russland und demnächst China dürfte wesentlich höher ausfallen. Schon wurden 100 Mrd. Sonderschulden aufgetürmt, von weiteren 500 Mrd. ist bereits die Rede. Genügte früher etwas über 1% des BSP zur Finanzierung der Zerstörung unbotmäßiger Länder, wird für den laufenden Krieg gegen Russland und den zukünftigen gegen China mit mindestens 4% des BSP gerechnet.

Für die meisten Deutschen ist der ukrainische Kampfplatz bisher nur medial präsent. Aber der Krieg kommt täglich näher: mit der für Deutschland angekündigten Stationierung atomar bestückbarer US-Mittelstreckenraketen, dem geplanten Ausbau von auf Kriegschirurgie spezialisierten Krankenhäusern für bis zu 1.000 Schwerverletzten pro Tag, dem Ausbau von Brücken für deren Panzertauglichkeit, usw. Die erforderlichen Ressourcen zur Kriegsfähigkeit werden dabei aus anderen Bereichen abgezogen, d.h. es wird schlicht umverteilt: zivile Krankenhäuser werden geschlossen, die zivile Infrastruktur wird nicht mehr instand gehalten, seien es Straßen, Schienen, Krankenhäuser oder Schulen.

An dieser Umverteilung müssen wir ansetzen, bei den abhängig Beschäftigten, deren Löhne seit vielen Jahren kaum noch die Inflation ausgleichen, deren Arbeitsalltag und Lebensumfeld zunehmend prekärer wird.

Weitgehender Konsens herrscht über das in den letzten Jahren immer drängender werdende Problem von drastisch angestiegenen Mieten. Ungefähr die Hälfte der Deutschen sind Mieter, ca. ein Drittel von ihnen müssen mittlerweile mindestens 30% ihres Einkommens für Miete aufwenden. Der private Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen ist praktisch zum Erliegen gekommen, im sozialen Wohnungsbau fallen seit Jahren mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung heraus als neue bebaut werden.

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt fordert daher seit einiger Zeit ein Sondervermögen von 50 Mrd. Euro für sozialen Wohnungsbau. Und zwar als „Vermögen“, da die gebauten Wohnungen ja im Bestand bleiben, und nicht wie die „Sonderschulden“ für Rüstung, deren Aufwen-

dungen volkswirtschaftlich als „Verbrauchsmaterial“ gelten, während sie faktisch als „Vernichtungsmaterial“ zu bezeichnen wären.

Angesichts der sich ständig verschärfenden Problemlage auf dem Wohnungsmarkt wurde der Vorschlag eines „Sondervermögens Sozialer Wohnungsbau“ während der letzten Jahre von verschiedenen Regierungen zumindest rhetorisch in Betracht gezogen. Kurz nach Kriegsbeginn mit Russland wurde das Vorhaben gänzlich ins Reich der Utopie verbannt. Inzwischen ist nur noch weiterer Aufrüstung die Rede – 500 Mrd. zusätzliche Sonderschulden zur Finanzierung zur umfassenden Kriegsfähigkeit, während 50 Mrd. Euro für soziales Wohnungsbauvermögen als utopisch abgewertet werden.

In fast in der gesamten Nachkriegsgeschichte hatten wir eine Trennung zwischen der Friedensfrage und der sozialen Frage. Durch die massive Aufrüstung wird diese Trennung inzwischen aufgehoben. Jeder Euro, der in Rüstungshaushalten versenkt wird, fehlt zukünftig für Bildung, Sozialpolitik, den sozial-ökologischen Umbau und den sozialen Wohnungsbau.

Ein führender regierungsnaher Wirtschaftswissenschaftler hat das zusammengefasst mit „Kanonen statt Butter“. An diesem Punkt müssen wir als Gewerkschaften ansetzen – an den unmittelbaren Bedürfnissen der abhängig Beschäftigten in Nutzung öffentlicher Dienstleistungen, seien es Wohnen, Ausbildung, Mobilität oder Umwelt. Hier müssen wir die Diskussion führen, in den Betrieben, in Betriebsversammlungen, in den Gremien. Auch wenn unsere Anträge zumeist abgelehnt wurden, aber erste Erfolge, zumindest die Diskussion auf Gewerkschaftskongressen zu fördern, haben ver.di, IG Metall und IG BAU bereits erzielt. Hier müssen wir beständig weiterbohren.

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.

GEWERKSCHAFTEN GEGEN AUFRÜSTUNG



Den Appell „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!“ haben mittlerweile über 6.000 Kolleginnen und Kollegen online und etwa 1.700 auf Papierlisten unterschrieben.

Darin heißt es:

»(...) Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. Das ergibt sich aus ihrer Tradition und ihren Beschlüssen. Auch und besonders in den aktuellen Auseinandersetzungen um die internationale Politik und um die Haushaltspolitik!

Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden! Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: gegen Kriege und gegen Aufrüstung!«

Link zum vollständigen Appell und weiterhin zum Unterschreiben:

gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/

Rede von Luka Šikić

Kroatischer Delegierter auf der Europäischen Konferenz



Ich möchte für die Bemühungen danken, die Konferenz nach den Grundsätzen der direkten Demokratie, der Selbstfinanzierung und der Unabhängigkeit von der Regierung zu organisieren. Im Folgenden möchte ich einen kurzen Ausblick auf die Rolle Kroatiens in der NATO und den Zustand der kroatischen Gesellschaft geben.

Obwohl Kroatien ein kleines Land ist, das erst Ende 2013 der „NATO-Partei“ beigetreten ist, spielt es eine aktive Rolle in der NATO. An diesem Montag (27.10.2024) unterzeichneten der kroatische und der deutsche Verteidigungsminister ein Abkommen, in dem sich Kroatien verpflichtet, bis zu 50 Leopard 2A8 zu kaufen und im Gegenzug seine alten Panzer und Infanteriefahrzeuge an die Ukraine zu übergeben. In diesem militaristischen Geist unterzeichnete das kroatische Unternehmen DOK-ING eine Vereinbarung mit dem deutschen Großunternehmen Rheinmetall über die Entwicklung und Produktion autonomer Robotersysteme und Waffen. Die kroatische Regierung hat in den letzten Jahren auch ihre Luftstreitkräfte ausgebaut, wobei die US-Regierung bisher vier Black-Hawk-Hubschrauber geschenkt hat. Dies waren jedoch keine wirklichen Geschenke, da die kroatische Regierung bereits eine Vereinbarung über den Kauf von weiteren acht UH-60M Black-Hawk-Hubschraubern unterzeichnet hat. Die kroatische Regierung hat außerdem 12 Rafale-Militärflugzeuge von Frankreich gekauft, von denen 6 bereits in Kroatien stationiert und einsatzbereit sind. Die serbische Regierung ist diesem Beispiel gefolgt und hat ebenfalls ein Abkommen über den Kauf von 12 Rafales unterzeichnet. Die kroatische Regierung hat außerdem den Kauf von 8 HIMARS-Raketenartilleriesystemen mit Raketen und den Kauf französischer Haubitzen vereinbart.

Im Gegenzug exportieren die kroatische Regierung und Firmen Pistolen an Polizeibehörden und andere Militärs in den USA sowie andere Schusswaffen und militärische Ausrüstung nach Polen, Saudi-Arabien und in die Ukraine. Es gibt gute Belege dafür, dass die an die Saudis gelieferte militärische Ausrüstung vom IS verwendet wurde, was darauf hindeutet, dass es bei Waffen keine Grenzen gibt, im Gegensatz zu Nationen und für Menschen. Die kroatische Militärindustrie belieferte auch Russland vor der Invasion der Ukraine und exportierte große Mengen an Militärhelmen und anderer Ausrüstung.

Die kroatische Militärindustrie und Regierung sind nur einer der Beteiligten an der Ausweitung des Waffenhandels auf dem Balkan, da sowohl Serbien als auch Bosnien große Mengen an Waffen und militärischer Ausrüstung exportiert haben. Kroatien und Serbien werden in ein „Mini“-Wettrennen miteinander hineingezogen, während Bosnien als Spielwiese für lokale und regionale Nationalisten dient, die die Ressourcen und die arbeitende Bevölkerung dort ausbeuten.

Die kroatische Gesellschaft ist aufgrund der Regierung, der katholischen Kirche und der rechten Bewegungen zu tiefst nationalistisch und militaristisch. Säkularismus existiert in Kroatien kaum, da die katholische Kirche eine dominierende Rolle in der nationalen Identität Kroatiens spielt und ihre Politik im Bildungssystem und in anderen sozialen Einrichtungen ungehindert durchsetzen kann. Die Fußball-Hooligan-Kultur, die Nationalismus und Militarismus fördert, ist ein großes Problem, das durch finanzielle Unterstützung der Regierung und rechtlichen Schutz angeheizt wird. Die Regierung mischt sich auch in die Politik des Nachbarlandes Bosnien und Herzegowina ein, wo sie als Vertreterin der deutschen und europäischen Wirtschaftsmacht investiert.

Parallel zum wirtschaftlichen Druck fördert und finanziert sie nicht nur kroatische Nationalisten, sondern auch serbische Nationalisten in Bosnien und Herzegowina, um daraus eigenen Nutzen zu ziehen, wie z. B. im Fall der Migration nach Kroatien und in die übrige EU, einen leichteren Zugang zur Ausbeutung natürlicher Ressourcen usw. In Kroatien versuchen die Regierung und rechte Bewegungen der serbischen Minderheit die Möglichkeit zu nehmen, ihre eigene Kultur zu entwickeln oder ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern.

Die kroatische Regierung unter der Führung der regierenden Partei HDZ führt einen Sozialkrieg gegen die Arbeiterklasse und Minderheiten, indem sie Sparmaßnahmen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen durchführt und damit deren Privatisierung fördert. Die Opposition ist machtlos und wird von den politischen Manövern des Oppositionspräsidenten vereinnahmt, die in Wirklichkeit die sozialen Kernprobleme in Kroatien nicht angehen, wie Armut, Wohnungsnot, Entvölkerung der meisten Teile Kroatiens aufgrund der Abwanderung junger, arbeitsfähiger Menschen in westliche Länder, Inflation aufgrund der anhaltenden Kriege und der Einführung des Euro usw.

Bis vor kurzem wurde die Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert und die Öffentlichkeit darauf vorbereitet, doch die jüngsten Streitigkeiten zwischen der HDZ und dem Präsidenten im Zusammenhang mit Wahlkampagnen haben diese Diskussion und die militaristischen Absichten in den Hintergrund gedrängt. Diese unbestrittene soziale und politische Misere hat dazu geführt, dass die Gesellschaft von einer totalen politischen Apathie erfasst wurde – Proteste finden nur selten statt, und wenn sie stattfinden, werden sie von Gewerkschaften und politischen Parteien organisiert, die den Neoliberalismus, die NATO oder den offenen Nationalismus unterstützen.

In den letzten Jahren hat auch die rassistische und nationalistische Rhetorik aufgrund der massenhaften Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte durch die kroatische Regierung und Kapitalisten zugenommen. Die Arbeiter werden misshandelt und unter schrecklichen Bedingungen untergebracht, um sie mit dem Segen der Regierung so weit wie möglich von den Kapitalisten ausbeuten zu lassen. Die kroatische Regierung und Polizei spielen eine wichtige Rolle beim „Schutz“ der EU-Grenzen, indem sie an der gesamten kroatischen Grenze gewaltsame Zurückdrängung gegen Migranten durchführen, die versuchen, in westliche Länder zu gelangen. Kroatien verhält sich einmal mehr wie eine militarisierte Grenzzone, nur dass es diesmal den Kapitalismus und die NATO-Mitgliedstaaten vor sogenannten internen und externen Bedrohungen schützt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Kroatien nur ein winziges Rädchen im internationalen, kapitalistischen und imperialistischen System ist, das sich derzeit durch die Blöcke von Nationalstaaten, die gegeneinander kämpfen, weiterentwickelt. Daher ist es von größter Bedeutung, dass sich die Arbeiter selbst massenhaft organisieren, um die Antikriegsstimmung und die soziale Befreiung auf internationaler Ebene voranzutreiben. Deshalb müssen wir als Arbeiter auf dem Balkan auch versuchen, uns selbst zu organisieren und diese internationalistischen Bemühungen zu unterstützen, um unsere soziale und politische Ausbeutung und Herrschaft zu beenden.

Grußadressen aus den USA an die Europäische Konferenz

Botschaft von Ann Wright, Oberst a. D. der US-Armee, ehemalige US-Diplomatin und Organisatorin des Gipfels „No to NATO, Yes to Peace“, der im Juli in Washington stattfand, an die Teilnehmer der Berliner Konferenz

Im Namen der palästinensischen Solidaritätsaktivisten in den Vereinigten Staaten danken wir Ihnen in Europa für die Organisation der sehr wichtigen Konferenz über den israelischen Völkermord in Gaza! Wir in den Vereinigten Staaten versuchen verzweifelt, die Komplizenschaft unserer Regierung mit dem israelischen Völkermord zu stoppen. Allerdings hatten wir bisher nur wenig Erfolg dabei, den Waffenfluss nach Israel zu stoppen, aber wir werden sicher weiter versuchen, ihn zu stoppen! Wir sind jeden Tag im US-Kongress und drängen die Parlamentarier, ihre Mitschuld am Völkermord, indem sie für mehr Waffen und Geld für Israel stimmen, zu beenden! Stoppt den Völkermord!

Ann Wright

Botschaft von Massachusetts Peace Action an die Konferenz in Berlin

Grüße an Ihre Europäische Konferenz gegen den Krieg in der Ukraine und den Völkermord am palästinensischen Volk von vielen von uns in den Vereinigten Staaten, die gegen den Todeswunsch unserer politischen Führer kämpfen. Wir stehen an mehreren Fronten am Rande einer Katastrophe. Wir hoffen sehr, dass Sie einen Weg durch diese Zeit des Leidens, der Unruhen und des wachsenden Militarismus finden und unsere Länder wieder zur Vernunft bringen, indem Sie auf den Gefühlen der Weltbevölkerungen aufbauen, die sich nach Frieden sehnen. *Massachusetts Peace Action – USA* wünscht Ihnen viel Erfolg bei Ihrem Treffen.

Botschaft der Democratic Socialists of America (DAS) an die Konferenz in Berlin

Als Mitglieder des *Internationalen Komitees der Demokratischen Sozialisten Amerikas (DSA)* sprechen wir den Organisatoren und Teilnehmern der Europäischen Konferenz gegen den Krieg und den Völkermord am palästinensischen Volk unsere volle Solidarität aus. Wir stehen an Ihrer Seite im Kampf gegen

imperialistische Kriege, systemische Gewalt und die ungebremste Militarisierung der Gesellschaft. Wir glauben, dass unser Kampf geteilt wird, über nationale Grenzen hinausgeht und in der grundlegenden Notwendigkeit verwurzelt ist, Machtstrukturen in Frage zu stellen, die Profit und militärische Dominanz über die Menschenwürde und das Wohlergehen der arbeitenden Menschen überall stellen.

Die DSA bleibt dem Kampf gegen den Imperialismus in all seinen Formen verpflichtet, und wir verurteilen die unerbittliche Führung von Kriegen, die nur den Interessen der herrschenden Eliten und der Rüstungsunternehmen dienen. Von den anhaltenden Konflikten in der Ukraine und in Palästina bis hin zur militärischen Aufrüstung in ganz Europa erkennen wir diese als Symptome eines breiteren Systems, das Menschenleben als entbehrlich behandelt, um Macht und Profit zu erlangen. Die Forderung der Konferenz nach einem Ende der Waffenlieferungen und einer Umlenkung der Ressourcen für soziale Bedürfnisse steht im Einklang mit unserer eigenen Mission in den Vereinigten Staaten.

Wir lassen uns von dem Widerstand inspirieren, der in ganz Europa stattfindet, von den jüngsten Massenmobilisierungen in London und Frankreich bis hin zu Graswurzelbewegungen, die die NATO-Erweiterung und Militarisierung ablehnen. Diese Maßnahmen unterstreichen das weltweite Engagement für einen gerechten Frieden und stellen die Politik der Regierungen in Frage, die Konflikte eskalieren lassen und uns in eine Kriegswirtschaft treiben. Die Stimmen, die Frieden in Palästina und der Ukraine fordern, erwecken die Vision einer Welt zum Leben, in der Frieden Vorrang vor Profit und Diplomatie Vorrang vor Zerstörung hat.

Das Internationale Komitee der DSA verpflichtet sich, Ihre Bemühungen zu unterstützen, indem wir weiterhin für unsere gemeinsame Botschaft des Antimperialismus durch unsere Arbeit in den USA kämpfen und die Zusammenarbeit auf unseren beiden Kontinenten vertiefen, um in gemeinsamen Aktionen den Widerstand gegen Krieg, die Verteidigung demokratischer Freiheiten und den Aufbau einer wirklich internationalen Bewegung für Frieden und Gerechtigkeit zu fördern. Lassen Sie uns gemeinsam weiterhin Widerstand gegen die Kriegsmaschinerie leisten und für eine Welt kämpfen, in der jede Gemeinschaft frei vom Schatten des Imperialismus ist.

Grußadresse einer Lehrerin aus Heilbronn

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde, die Kriege nehmen an Grausamkeit und Intensität zu, nach einem Jahr ununterbrochener Bombardierung des Gaza-Streifens, bombardiert die Netanjahu-Regierung nun das libanesische Volk, in der Ukraine geht der Krieg weiter, auch wenn die Nachrichten zunehmen, dass die Zahl der Desertationen wächst, viele Soldaten völlig erschöpft sind und die Rufe nach einem Waffenstillstand lauter werden. Und wir wissen, das sind nicht die einzigen Kriege.

Die Völker wollen keinen Krieg – sie wollen nicht mit Toten, Verletzten für den Krieg zahlen und gezwungen werden ihre Heimat zu verlassen und sich in der Fremde eine neue Existenz aufbauen müssen. Es sind die kapitalistischen Interessen, deren Vertreter die Regierungen von Biden, Macron, Meloni und auch die deutsche Regierung unter Scholz sind, die die Kriege am Laufen halten, die für die gigantischen Profite der Rüstungswirtschaft sorgen.

Ich bin Lehrerin und Mutter von zwei kleinen Kindern und erlebe, wie in der Bildung, in der Schule das Geld überall fehlt. Die geflohenen Jugendlichen aus der Ukraine und aus Afghanistan und Syrien bekommen nicht genug Deutschunterricht, in der Kita meiner Kinder fehlen Erzieherinnen und die Kinder können kaum beaufsichtigt werden. Eingewöhnungen müssen verschoben werden oder laufen unter katastrophalen Bedingungen ab. Kinderarztpraxen schließen und die Eltern haben keinen Arzt, weder die Vorsorgeuntersuchungen können durchgeführt werden, noch kann eine Bescheinigung für den Kitaertritt ausgestellt werden. Kinder können nicht in die Kita, Frauen nicht zur Arbeit – „Der Kapitalismus frisst seine Kinder.“

Mit Entsetzen sehen wir täglich in den TV-Nachrichten die hungern-

den und sterbenden Kinder, deren Schulen zu Kratern gebombt wurden. „Kinder von Gaza, Kinder von Palästina, es ist die Menschheit die ermordet wird“, diese Worte des amerikanischen Arztes Dr. Mark Perlmutter sollten unvergessen sein.

Wir müssen, wir können ihren Krieg beenden. In Deutschland fehlen Wohnungen, Notfallpraxen werden geschlossen, das Gesundheitswesen wurde kaputt gespart, Medikamente besonders für Kinder fehlen – aber für Kriege, Töten, Morden sind Unsummen da. Das können wir nicht länger hinnehmen.

Nein – sagen wir Nein – der berühmte deutsche Dichter Wolfgang Borchert hat nach dem Zweiten Weltkrieg ein Gedicht geschrieben, in dem er Frauen, Arbeiter – alle auffordert Nein zu sagen, wenn wieder Kriege vorbereitet werden.

Ja, das machen wir. Die Europäische Konferenz ist ein wichtiger Baustein im Kampf gegen den Krieg, der in allen Ländern stattfindet. In Heilbronn haben wir eine lange Tradition mit Kundgebungen, Veranstaltungen gegen den Krieg, die sich großer Zustimmung der Heilbronner Bevölkerung erfreut. Denn Heilbronn wurde am 4. Dezember 1944 von britischen Bombern angegriffen und die Stadt wurde annähernd dem Erdboden gleichgemacht. 1985 entging die Stadt knapp einer Katastrophe als der Motor einer amerikanischen Pershing-Rakete auf der Waldheide explodierte.

Ich wünsche euch einen guten Austausch und fruchtbare Diskussionen.

Keine Waffenlieferungen – Stopp den Kriegen in der Ukraine, in Gaza und überall. Waffenstillstand sofort.

Swetlana Zingraf

Ergebnisprotokoll der Europäischen Konferenz vom 2./3. November 2024 in Berlin

Verstärken wir unseren Kampf gegen den Krieg in Europa und den sozialen Krieg der Regierungen gegen das eigene Volk, gegen den Völkermord am palästinensischen Volk, gegen die Angriffe auf die demokratischen Freiheiten!

Am 4. Mai 2024 haben wir in Paris einen gemeinsamen Appell gestartet: „*Biden, Scholz, Macron, Sunak, Meloni ... – Wir sagen NEIN zu Euren Kriegen! Ihr seid verantwortlich für die Massaker und Kriege.*“

Dieser Aufruf, der Grundlage der Arbeit unserer Konferenz in Berlin ist, wurde von mehreren hundert Gewerkschaftern, Politikern und Aktivisten in 21 europäischen Ländern unterzeichnet.

„*Die Regierungen beteiligen sich an der Zerschlagung des palästinensischen Volkes, indem sie die Lieferung von Waffen ... an Israel organisieren*“ (Aufruf, 4. Mai). Während die US-Regierung weiter milliardenschwere Waffenlieferungen an Netanjahu absegnet, kündigt Bundeskanzler Scholz jetzt die Verdoppelung deutscher Rüstungsexporte nach Israel an und versichert: „*Wir haben Waffen geliefert, und wir werden Waffen liefern. Darauf kann sich das Land Israel immer verlassen.*“

Wir sind davon überzeugt: „Die Mobilisierung des Volkes wird die mörderische Eskalation, in die uns die Regierungen hineinziehen wollen, verhindern und die Waffenlieferungen stoppen können.“ (Aufruf, 4. Mai)

Trotz des fast durchgängigen Schweigens der Führungen der Arbeiterbewegung breiten sich die Proteste und Mobilisierungen zur Verteidigung des palästinensischen Volkes und seiner Rechte aus.

In London gehen die mächtigen Massendemonstrationen für einen Waffenstillstand in Gaza/Westbank, im Libanon und für ein Waffenembargo gegen Israel weiter.

In Frankreich gehen immer wieder Hunderttausende von Demonstranten auf die Straße für einen Waffenstillstand in Palästina.

In Deutschland ist eine große Mehrheit der Bevölkerung für den Stopp der finanziellen und militärischen Hilfen, für einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine wie in Gaza.

„*Die Regierungen wollen uns nun noch stärker in den Krieg in der Ukraine verwickeln, indem sie Truppen entsenden und uns in einen Konflikt zwischen Atommächten stürzen*“ (Aufruf, 4. Mai). Die Waffenlieferungen gehen weiter, während Tausende von jungen Ukrainern und Russen sterben. Unter dem Gebot von US-Präsident Biden hat Scholz der Stationierung von atomar bestückbaren Mittelstreckenraketen in Deutschland – mit einer Reichweite bis Moskau – zugestimmt. Sie bereiten heute den Krieg gegen Russland vor.

Die Kosten für ihre Kriege wälzen sie über einen General-

angriff auf alle sozialen Errungenschaften der eigenen Völker ab. Um jeden Widerstand zum Schweigen zu bringen und die Völker einzuschüchtern greifen sie die Grundrechte massiv an: das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Kriege gegen andere Völker sind immer Kriege gegen das eigene Volk.

Dennoch: Überall auf dem Kontinent beteiligen sich zahlreiche Organisationen und Aktivisten an Demonstrationen und ergreifen Initiativen gegen „ihre“ Kriege. Um diese Prozesse zu konsolidieren und unser Bündnis über die Grenzen hinweg zu stärken, haben wir am 2. November in Berlin die europäische Konferenz, organisiert.

Aktivisten und Organisationen aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Portugal, Belgien, Schweden, Norwegen, Polen, Griechenland, Serbien, Rumänien, Kroatien und Mazedonien haben an der Arbeit der Konferenz teilgenommen.

Wir bekräftigen unsere Forderungen. Wir sagen Nein zur Politik unserer Regierungen:

- **Stoppt den Genozid an der palästinensischen Bevölkerung!**
- **Stoppt die Ausweitung des israelischen Zerstörungskriegs auf Libanon und Syrien!**
- **In Palästina wie in der Ukraine: Sofortiger Waffenstillstand!**
- **Stoppt die Waffenlieferungen!**
- **Nein zu jeder militärischen Intervention der NATO-Truppen in der Ukraine!**
- **Wir stehen an der Seite der jungen Ukrainer und Russen, die den Krieg nicht länger ertragen können.**
- **Wir verteidigen die demokratischen Grundrechte und Freiheiten: Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit.**

2 Nov. 2024	European Conference
	Against war, against social war
2. Nov. 2024	Europäische Konferenz
	Gegen den Krieg, gegen den sozialen Krieg
2 nov. 2024	Conférence européenne
	Contre la guerre, contre la guerre sociale
2 nov. 2024	Conferencia Europea
	Contra la guerra, contra la guerra social

Link zum Aufruf vom 4. Mai 2024:

gegenkrieg-gegenensozialenkrieg.info/2024/05/31/aufruf-biden-scholz-macron-sunak-meloni-wir-sagen-nein-zu-euren-kriegen/

Die Reden und Grußbotschaften sowie Berichte von der Europäischen Konferenz sind auch auf der Webseite des Europäischen Verbindungskomitees „Gegen den Krieg - gegen den sozialen Krieg“ veröffentlicht:

gegenkrieg-gegenensozialenkrieg.info